



# Landtag von Baden-Württemberg

72. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 1. Juli 2004 • Haus des Landtags

Beginn: 9:34 Uhr

Schluss: 16:56 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten .....	5043	Abg. Theurer FDP/DVP .....	5069
Umbesetzung im Präsidium .....	5043	Abg. Walter GRÜNE .....	5070
1. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – <b>Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation in der Landesverwaltung sowie den Unternehmen und Betrieben des Landes</b> – Drucksache 13/2721 .....	5043	Minister Dr. Christoph Palmer .....	5072
Abg. Ruth Weckenmann SPD .....	5043, 5052	Beschluss .....	5074
Abg. Dr. Scheffold CDU .....	5044	4. a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – <b>Perspektiven für die zukünftige Entwicklung des Truppenübungsplatzes Münsingen</b> – Drucksache 13/2299	
Abg. Kleinmann FDP/DVP .....	5046	b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – <b>Naturschutz im Raum des ehemaligen Truppenübungsplatzes Münsingen</b> – Drucksache 13/3123 .....	5074
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE .....	5048	Abg. Walter GRÜNE .....	5074, 5081
Ministerin Dr. Annette Schavan .....	5049	Abg. Dr. Caroli SPD .....	5076, 5082
Beschluss .....	5054	Abg. Röhm CDU .....	5077
2. Aktuelle Debatte – <b>Anhaltende Waldschäden durch den Jahrhundertsommer 2003</b> – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP .....	5054	Abg. Drautz FDP/DVP .....	5079
Abg. Drautz FDP/DVP .....	5054, 5060	Abg. Käppeler SPD .....	5079
Abg. Hauk CDU .....	5055, 5061	Minister Stächele .....	5080, 5083
Abg. Alfred Winkler SPD .....	5056, 5063	Beschluss .....	5083
Abg. Walter GRÜNE .....	5057, 5063	5. <b>Fragestunde</b> – Drucksache 13/3305	
Minister Stächele .....	5058, 5065	5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Boris Palmer GRÜNE – <b>Regionalisierungsmiteinsatz für Stuttgart 21</b> .....	5083
3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – <b>Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes</b> – Drucksache 13/3286 .....	5066	Abg. Boris Palmer GRÜNE .....	5083, 5084
Abg. Birgit Kipfer SPD .....	5066, 5073	Staatssekretär Mappus .....	5083, 5084
Abg. Dr. Reinhart CDU .....	5067		

5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – <b>Laufendes Konsultationsverfahren in Baden-Württemberg entsprechend der Richtlinie 92/43 EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen, derzeit laufendes Nachmeldeverfahren</b> . . . . .	5084	Abg. Knapp SPD . . . . .	5098, 5104
Abg. Gustav-Adolf Haas SPD . . . . .	5084, 5085	Abg. Dr. Witzel GRÜNE . . . . .	5100, 5104
Minister Stächele . . . . .	5084, 5085, 5086, 5087	Abg. Dr. Carmina Brenner CDU . . . . .	5101
Abg. Dr. Caroli SPD . . . . .	5085, 5086	Abg. Beate Fauser FDP/DVP . . . . .	5102
Abg. Birgit Kipfer SPD . . . . .	5086	Staatssekretär Dr. Mehrländer . . . . .	5103
Abg. Dr. Inge Gräßle CDU . . . . .	5086	Beschluss . . . . .	5104
Abg. Alfred Winkler SPD . . . . .	5087		
5.3 Mündliche Anfrage des Abg. Gunter Kaufmann SPD – <b>Die künftige Finanzierung des Wehrgeschichtlichen Museums Rastatt GmbH</b> . . . . .	5087	8. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Innenministeriums – <b>Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen</b> – Drucksache 13/2326 . . . . .	5104
Abg. Kaufmann SPD . . . . .	5087, 5088	Abg. Kurz CDU . . . . .	5104
Staatssekretär Sieber . . . . .	5087, 5088	Abg. Junginger SPD . . . . .	5106
Abg. Dr. Christoph Palmer CDU . . . . .	5088	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . .	5107
Abg. Drexler SPD . . . . .	5088	Abg. Dr. Witzel GRÜNE . . . . .	5109
		Minister Dr. Schäuble . . . . .	5110
6. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Staatsministeriums – <b>Medienpolitik in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 13/2324 . . . . .	5088	Beschluss . . . . .	5112
Abg. Dr. Inge Gräßle CDU . . . . .	5088	9. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 8. Juni 2004 – <b>Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Baden-Württemberg über die Zugehörigkeit der Apotheker, Apothekerassistenten und Pharmaziepraktikanten des Landes Baden-Württemberg zur Bayerischen Apothekerversorgung</b> – Drucksachen 13/3257, 13/3270 . . . . .	5113
Abg. Birgit Kipfer SPD . . . . .	5090	Beschluss . . . . .	5113
Abg. Theurer FDP/DVP . . . . .	5092	10. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/3279, 13/3287, 13/3288, 13/3289 . . . . .	5113
Abg. Walter GRÜNE . . . . .	5093	Beschluss . . . . .	5113
Minister Dr. Christoph Palmer . . . . .	5095	11. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/3239 . . . . .	5113
Beschluss . . . . .	5098	Beschluss . . . . .	5113
7. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – <b>Förderung von Forschung und Anwendung der Tiefengeothermie in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 13/2315		Nächste Sitzung . . . . .	5113
b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – <b>Entwicklung der Geothermie in Baden-Württemberg und Erdwärmeprojekt in Bad Urach</b> – Drucksache 13/3227		Anlage	
c) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – <b>Unterstützung des Landes zur Fortsetzung des Geothermie-Projekts in Bad Urach</b> – Drucksache 13/3186 . . . . .	5098	Vorschlag der Fraktion der FDP/DVP – Umbesetzung im Präsidium . . . . .	5114

## Protokoll

über die 72. Sitzung vom 1. Juli 2004

Beginn: 9:34 Uhr

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 72. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich erteilt Frau Abg. Dederer, Frau Abg. Lösch sowie den Herren Abg. Heinz, Kretschmann, Schneider und Weiß.

(Abg. Drexler SPD: Wieso Kretschmann?)

Dienstlich verhindert sind Herr Ministerpräsident Teufel, Herr Minister Professor Dr. Frankenberg,

(Abg. Drexler SPD: Ja wer ist denn noch da?)

Herr Minister Köberle und – heute Vormittag – Herr Minister Dr. Repnik.

(Abg. Drexler SPD: Ja wer ist denn da?)

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der FDP/DVP für eine Umbesetzung im Präsidium (*Anlage*). – Sie nehmen von diesem Vorschlag Kenntnis und stimmen zu. Gegen diese Feststellung erhebt sich kein Widerspruch.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – Verbesserung der Ausbildungssituation in der Landesverwaltung sowie den Unternehmen und Betrieben des Landes – Drucksache 13/2721**

Zu diesem Antrag rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3326, auf.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags Drucksache 13/2721 fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Weckenmann.

**Abg. Ruth Weckenmann SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Thema unserer heutigen Debatte ist der baden-württembergische Ausbildungspakt. Dieser Pakt wurde geschlossen als Folge des von der Bundesregierung abgeschlossenen nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland. Unser Änderungsantrag liegt Ihnen vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist wirklich erfreulich, dass auch Baden-Württemberg nach Nordrhein-Westfalen einen Ausbildungspakt abgeschlossen hat. Aber nachdem ich gestern solche Elogien gehört habe, frage ich mich schon: Warum muss erst die rot-grüne Bundesregierung einen nationalen Pakt schließen, damit die baden-württembergische Landesregierung einen Handlungsdruck erkennt?

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE – Zuruf von der SPD: Das muss ja weh tun am frühen Morgen!)

Ich meine, lieber spät als gar nicht. Aber die Frage, die noch viel wichtiger ist und die wir heute klären sollten, ist folgende: Warum trifft die Landesregierung keine Vereinbarungen, die über die Berliner Vereinbarung hinausgehen, und warum unternimmt sie nichts, was speziell den Problemen in unserem Land Rechnung trägt?

(Beifall bei der SPD und der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Immerhin: Der Ministerpräsident stellt sich erstmals der Tatsache, dass wir in Baden-Württemberg ein Ausbildungsplatzproblem haben. Aber ich denke, in der Ausbildung ist es wie bei den Ganztagschulen: Ohne Druck aus Berlin nimmt diese Landesregierung wichtige gesellschaftliche Probleme nicht wahr.

(Abg. Seimetz CDU zur SPD: Da müsst ihr selber lachen! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD)

– Ja, ihr hättet ohne uns keine Ganztagschulen gemacht.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: „Druck aus Berlin“, aber Sie lachen! – Unruhe)

– Ohne Druck aus Berlin, Herr Seimetz, wäre nichts gekommen.

Mit dem Abschluss dieses Pakts zeigt sich auch, dass die Spitzengespräche im Land zur Ausbildungssituation, die immer stattgefunden haben, gescheitert sind und erfolglos waren, und zwar deshalb, weil die Vereinbarungen, die man getroffen hat, nicht fest waren und die Landesregierung sich an ihren Teil nie gehalten hat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fischer SPD: So ist es!)

Das Problem in Baden-Württemberg liegt doch offen zutage: Wir haben zu wenig Ausbildungsplätze, und wir haben

(Ruth Weckenmann)

eine wachsende Zahl von Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen. Wir haben – die Kultusministerin ist ja erfreulicherweise da – Jahr für Jahr fast 20 000 Jugendliche, die im BVJ oder in Maßnahmen des Arbeitsamts vielfach eine Warteschleife drehen. Das hat übrigens Herr Heil aus dem Kultusministerium im letzten „Magazin Schule“ genauso gesagt.

(Zurufe von der SPD: Aha! – Abg. Drexler SPD:  
Da sagt er es, aber nicht im Landtag!)

Diesen Tatbestand haben wir seit Jahren im Land, ohne dass Sie irgendetwas Zählbares unternommen hätten. Die SPD-Fraktion hat in der gesamten Legislaturperiode Forderungen gestellt. Aber ich denke, es spricht schon für das Problembewusstsein der Landesregierung, wenn auch im jetzigen Pakt formuliert ist, im letzten Jahr sei es zu einem Ausgleich zwischen Lehrstellenangebot und Nachfrage gekommen.

(Lachen des Abg. Drexler SPD – Zuruf von der SPD: Heuchlerisch ist das!)

Ob Sie sich mit diesen zynischen Äußerungen nach außen wagen, frage ich mich schon.

(Abg. Drexler SPD zur CDU: Wo leben Sie?)

Tausend Jugendliche, die sich ohne Erfolg um einen Ausbildungsplatz bemüht haben, stempeln Sie einfach ab.

Am 8. September 2003, eine Woche vor Ferienende, hatten wir noch fast 16 000 Lehrstellensuchende gegenüber 7 500 offenen Stellen bei den Arbeitsämtern. Es fehlten also rund 8 000 Stellen. Bis zum 1. Oktober 2003 haben Sie statistisch ein Plus von fast 1 000 Stellen daraus gemacht. Da Sie gestern Abend ja alle die Fußball-EM verfolgt haben, kann ich doch die Frage stellen: Wie hat diese Landesregierung das „Wunder von Reitzenstein“ vollbracht, aus minus plus zu machen?

(Beifall bei der SPD)

Sie bauen Potemkin'sche Dörfer auf, und Sie versündigen sich an den Jugendlichen, denen nach Warteschleifen im BVJ und in Vollzeitschulen vom Arbeitsamt keine Lehrstelle angeboten wird, die keine Hoffnung und damit auch keine Perspektive entwickeln können.

Was mir unverständlich ist, aber für den Geist des Landes spricht, ist, dass Sie die Gewerkschaften nicht einbezogen haben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist doch klar! – Abg. Blenke CDU: Und der Schmiedel tritt aus!)

Wir brauchen, um die notwendige Zahl von Ausbildungsstellen sicherzustellen, alle, die in den Betrieben Verantwortung tragen. Oder wollen Sie den Betriebsräten jetzt ihre Verantwortung für die Ausbildung absprechen? Dann melden Sie sich hierzu einmal.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Vor allem die SPD braucht die Gewerkschaft! – Gegenruf des Abg. Stickelberger SPD: Und Sie würden sie am liebsten verbieten! Oder privatisieren! – Widerspruch des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Vereinbarungen können wir nur gemeinsam abschließen. Wenn wir diesen Teil nicht berücksichtigen, wird der Landespakt nicht erfolgreich bleiben.

Die Wirtschaft beklagt im Ausbildungspakt wieder einmal die mangelnde Ausbildungsreife der Jugendlichen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, richtig!)

TIMSS, PISA, OECD-Gutachten belegen diesen Tatbestand. Und was machen Sie?

(Abg. Drexler SPD: Nichts!)

Die „Schwäbische Zeitung“ schreibt gestern den absolut zutreffenden Satz:

*Chefsache im Kultusministerium müsste es sein, die Schwächsten besser als bisher zu fördern – im Pakt mit den Lehrern.*

(Beifall bei der SPD)

Chefsache im Kultusministerium aber ist es, die Schwächsten zu ignorieren, die Lehrer vor den Kopf zu stoßen und Berufsschullehrer mit Deputatserhöhungen zu belasten.

In der nächsten Runde komme ich im Detail zum Ausbildungspakt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Zwei Runden?)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold.

**Abg. Dr. Scheffold** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die berufliche Bildung hat für die CDU-Fraktion eine herausragende Bedeutung. Sie sichert jungen Menschen Lebenschancen, und sie sichert unserer Wirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit. Damit sichert sie die Sozialstrukturen und macht Baden-Württemberg zu dem, was es ist, nämlich zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort. Es ist ein attraktives Land, attraktiv zum Leben, und Menschen aus anderen Regionen ziehen in dieses Land.

(Beifall der Abg. Seimetz CDU und Kleinmann FDP/DVP – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Vielleicht haben Sie gestern Zeitung gelesen. Ich zitiere aus den „Stuttgarter Nachrichten“, aber Sie konnten es auch in anderen Tageszeitungen lesen: „Südwesten wächst weiter“, „Die Zahl der Einwohner in Baden-Württemberg steigt weiter“.

(Lachen des Abg. Birzele SPD)

Verantwortlich für den Bevölkerungszuwachs im Land sind in erster Linie so genannte Wanderungsgewinne. Der überwiegende Teil der Zugezogenen kommt aus anderen Bundesländern. Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Politik von CDU und FDP/DVP gut ist für dieses Land. Vor allem ist sie gut für die Menschen, die hier leben.

(Dr. Scheffold)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Stickelberger SPD: Die Leute kommen trotzdem! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Was hat das mit den Ausbildungsplätzen zu tun? – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Das duale System ist ein Aushängeschild unseres Bildungssystems. Der amerikanische Präsident Clinton hat einmal gesagt, wenn es etwas aus dem Bildungs- und Ausbildungswesen für die USA zu übernehmen gebe, dann sei es das deutsche duale Ausbildungssystem.

(Abg. Wintruff SPD: Warum haben sie das nicht gemacht?)

Deswegen steht die CDU-Fraktion seit Jahr und Tag zu diesem dualen System. Es ist eine Chance für die jungen Menschen.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Warum unterstützen Sie es dann nicht? Warum kümmern Sie sich nicht?)

– Jetzt warten Sie einmal ab, und lassen Sie mich Ihnen darstellen, wie wir uns darum kümmern und wie Sie sich in Ihren Bundesländern darum kümmern.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Ich warte seit vier Jahren ab!)

Schauen Sie sich einmal die Arbeitslosenzahlen bei uns an, und schauen Sie sich die Arbeitslosenzahlen in Nordrhein-Westfalen an! Schauen Sie sich die Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen an. Vergleichen Sie das einmal; dann werden Sie solche Zwischenrufe nicht machen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das liegt aber bestimmt nicht an der CDU! – Weitere Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Capezzuto)

Das ist eine Chance für die jungen Menschen. Alle Jugendlichen sollen in dem wichtigen Lebensabschnitt zwischen Schule und Arbeitswelt eine Ausbildungsmöglichkeit bekommen. Unsere Wirtschaft soll die Möglichkeit haben, qualifizierte Mitarbeiter zu finden.

Das ist ein entscheidender Standortvorteil. Bei uns ist die Zahl der Arbeitslosen am niedrigsten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Die Menschen ziehen nach Baden-Württemberg und nicht aus Baden-Württemberg weg.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Unsere Wirtschaft, unsere Betriebe und unsere Menschen sind so leistungsfähig, dass wir Jahr für Jahr im Länderfinanzausgleich diejenigen Bundesländer unterstützen müssen, die nicht solche Strukturen wie wir haben. Das ist eine Tatsache.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Haben Sie noch nicht bemerkt, dass Jugendliche keinen Ausbildungsplatz haben? – Abg. Wintruff SPD: Das Thema heißt Ausbildung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion begrüßt den am 16. Juni geschlossenen Pakt zwischen Bundesregierung und Wirtschaft zur Ausbildung des Fachkräftenachwuchses. Sie sind damit noch rechtzeitig von dem abgewichen, was ein völliger Irrweg gewesen wäre, nämlich einer Ausbildungsplatzabgabe.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Es ist eine merkwürdige Sache, ein Gesetz zu beschließen, das dann gar nicht in Kraft treten soll.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Schwachsinn!)

Aber das bleibt Ihrer Erfindungsgabe überlassen.

(Zurufe von der SPD, u. a. der Abg. Capezzuto und Schmiedel)

Das Entscheidende ist, meine sehr verehrten Damen und Herren: Sie haben ja gestern gelesen, wie Baden-Württemberg handelt

(Zuruf von der SPD: Ohne das Gesetz wäre es gar nicht so weit gekommen!)

und mit welchen Ergebnissen wir handeln.

Erstens: Die baden-württembergische Wirtschaft setzt sich das verbindliche Ziel, in den kommenden drei Jahren im Jahresdurchschnitt 3 800 neue Ausbildungsplätze und 3 200 Praktikantenplätze anzubieten.

Zweitens: Die Landesregierung wird für den qualitativen und quantitativen Ausbau der beruflichen Schulen zum kommenden Schuljahr die Zahl der den beruflichen Schulen zur Verfügung stehenden Deputate um 300 erhöhen.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist die zweite Lüge! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Dr. Scheffold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wintruff?

**Abg. Dr. Scheffold** CDU: Ja, bitte.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Wintruff.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, Peter!)

**Abg. Wintruff** SPD: Herr Dr. Scheffold, zu diesem Punkt würde ich gerne eine Frage an Sie richten: Befinden sich die 300 Deputate für die beruflichen Schulen, die es ab dem nächsten Schuljahr zusätzlich geben soll, innerhalb der 5 500 zusätzlichen Lehrerstellen,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

oder machen Sie daraus jetzt 5 800 Stellen?

**Abg. Dr. Scheffold** CDU: Herr Kollege, die 300 Stellen sind im Haushaltsplan bereits verankert,

(Lachen bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Zusätzlich?)

und sie werden jetzt auch besetzt werden.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Wären sie sonst nicht besetzt worden?)

Es ist eine Tatsache, dass sie jetzt den beruflichen Schulen zur Verfügung gestellt werden und damit auch die Möglichkeiten geschaffen werden, die damit verbunden sind.

(Abg. Wintruff SPD: Also eindeutig keine zusätzlichen Stellen! Vielen Dank! – Abg. Schmiedel SPD: Aha!)

– Damit werden 300 neue, zusätzliche Stellen besetzt, die bisher nicht besetzt waren. Das ist doch ganz klar, meine sehr verehrten Damen und Herren. Darüber gibt es doch gar keinen Streit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme noch einmal auf den Antrag der SPD-Fraktion, den Sie ja vor einem halben Jahr gestellt haben, zurück. Sie forderten damals, dafür zu sorgen, dass im nächsten Jahr – Ihr Antrag datiert vom Dezember 2003 –

(Abg. Wintruff SPD: Der ist doch längst erledigt! Schauen Sie auf das Datum!)

bis zu 100 Jugendliche in der Landesverwaltung bzw. den Unternehmen und Betrieben des Landes

(Abg. Wintruff SPD: Gucken Sie einmal auf das Datum! – Abg. Zeller SPD: Sie sollten sich einmal mit dem neuen Antrag auseinander setzen!)

eingestellt werden. Jetzt schauen Sie sich doch die aktuellen Zahlen an, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben im Jahr 2003 830 solcher Plätze geschaffen. Wir hatten im Jahr 2002 700 solcher Plätze. Das bedeutet eine Steigerung um mehr als 100 Plätze, und es bedeutet eine prozentuale Steigerung um über 15 %. Wenn Sie sich jetzt einmal anschauen, was die Landesregierung gestern mit der Wirtschaft vereinbart hat, dann sehen Sie, dass weitere neue Stellen für das Jahr 2005 vereinbart worden sind.

(Zuruf: Vorgestern!)

– Vorgestern. – Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Ausbildungsplätze in der Landesverwaltung im Jahr 2005 um über 20 % zu erhöhen bedeutet 114 Neueinstellungen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir setzen uns ehrgeizige Ziele, aber wir erreichen diese Ziele auch. Das ist gut für unsere Jugendlichen und gut für unser Land.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der SPD: „Gut für unser Land“!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

**Abg. Kleinmann** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Land hat in den Jahren 2001 und 2002, meine Damen und Herrn Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in den staatlich anerkannten Ausbildungsberufen jeweils knapp über 700 Auszubildende eingestellt. Im Jahr 2003 wurden sogar 830 eingestellt. Das sollte man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Derzeit werden beim Land über 2 200 Auszubildende – Herr Capezzuto, haben Sie das verstanden?; sonst ließe ja PISA grüßen! – in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet.

Das Land bildet natürlich wesentlich mehr aus, und zwar im Kernbereich seiner Aufgaben. Der Schwerpunkt der Ausbildung – das sollte man bei der SPD einmal zur Kenntnis nehmen – liegt im Bereich des öffentlichen Dienstes bei den Beamtenanwärtern des mittleren und des gehobenen Verwaltungsdienstes. Im Jahr 2004 sind im Entwurf des Staatshaushaltsplans insgesamt, meine Damen und Herren, 18 218 Stellen für Beamtenanwärter enthalten.

(Abg. Capezzuto SPD: Ha no!)

– Ha no, gell? Lorch hat es kapiert. Gut, wunderbar.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Das ist doch nichts Neues! Herr Kleinmann, was soll denn das? – Abg. Wintruff SPD: Das ist doch nichts Besonderes! – Abg. Schmiedel SPD: Lesen Sie doch mal den Antrag!)

– Entschuldigung, Sie behaupten doch hier, im öffentlichen Dienst, insbesondere beim Land, würden nicht genügend Ausbildungsplätze bereitgestellt.

(Abg. Wintruff SPD: Natürlich! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Wir sprechen von den dualen Ausbildungsplätzen!)

– Was heißt hier „duale Ausbildungsplätze“?

(Abg. Wintruff SPD: Es geht um anerkannte Ausbildungsberufe! Die zählen doch hier gar nicht! – Abg. Fischer SPD: Was machen Sie mit der Polizeiausbildung? Da gehen Sie von 400 auf 150 zurück!)

– Es geht doch darum, dass wir im Land als Staat natürlich auch Beamtinnen und Beamte ausbilden. Die muss man doch mit hineinnehmen.

(Abg. Wintruff SPD: Es geht um anerkannte Ausbildungsberufe!)

Die gehen doch nach der mittleren Reife direkt in die Ausbildungsverhältnisse als zukünftige Beamtinnen und Beamte, Herr Fischer.

Die berufliche Ausbildung ist nicht nur eine gesellschaftspolitische Aufgabe, sondern es geht auch um die Sicherstellung des künftigen Fachkräftebedarfs der Wirtschaft. Wenn

(Kleinmann)

die Wirtschaft aber keinen entsprechenden Bedarf hat – das muss man auch einmal feststellen, und für die Konjunktur ist ja nicht das Land Baden-Württemberg zuständig, sondern der Bund –, fragt man sich, warum der Staat über den bestehenden Bedarf hinaus ausbilden soll. Was ist nach Beendigung der Ausbildung? Sie belügen die jungen Leute, wenn Sie ihnen Ausbildungsplätze ohne tatsächliche Berufschancen zur Verfügung stellen. Es fehlt nach der alten SPD-Programmatik eigentlich nur noch ein Beschäftigungsprogramm, mit dem die 500 Auszubildenden nach Abschluss der Ausbildung staatlich beschäftigt werden, damit sie nicht der Arbeitslosigkeit anheim fallen.

Ein Hauptgrund für die nachlassende Ausbildungsbereitschaft der Betriebe – jetzt bin ich bei den Betrieben – resultiert aus der immer noch schwachen konjunkturellen Entwicklung.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau!)

Die derzeit geringen Wachstumsimpulse der Wirtschaft reichen für einen spürbaren Beschäftigungs- und damit auch Ausbildungseffekt nicht aus. Dafür sind nicht wir zuständig. Gleichzeitig führt die aktuelle Diskussion um die Ausbildungsplatzabgabe ebenfalls dazu, dass die Betriebe bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen derzeit zurückhaltend sind. Mit solchen Vorschlägen werden wir die Probleme auf dem Lehrstellenmarkt nicht lösen. Dies gelingt nur mit der Wirtschaft und nicht gegen sie.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Ich möchte im Übrigen noch eines hinzufügen. Überlegen Sie einmal: Die meisten Ausbildungsplätze stellt nicht die Industrie zur Verfügung, sondern der Mittelstand.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig! Die Freiberufler!)

Dann geht man her und überlegt noch, ob man eine Ausbildungsplatzabgabe einführt. Das heißt, man maßt sich an, zu sagen, ob ein Betrieb in der Lage ist, statt zwei jungen Leuten drei auszubilden oder statt keinem einen oder zwei. Wer von Ihnen kennt denn die tatsächlichen betrieblichen Verhältnisse?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ich!)

Niemand. Und da gehen Sie her und sagen: Aber wir legen das zum Beispiel aufgrund der Einkommensteuerveranlagung von vor zwei Jahren fest. Was war denn vor zwei Jahren, und was ist heute der Fall?

(Abg. Fischer SPD: Herr Kollege Kleinmann, Sie kennen die Verhältnisse zweimal nicht!)

Eine Ausbildungsplatzabgabe zu fordern ist das Dümme, was es überhaupt gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Es ist eine absolute Ignoranz des dualen Systems. Es ist eine Ignoranz über die Bereitschaft des Mittelstands, junge Menschen auszubilden.

(Abg. Capezzuto SPD: Die Forderungen haben doch Früchte getragen, Herr Kollege! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Herr Kleinmann, mit Beten geht es auch nicht!)

– Dass Sie nicht beten, weiß ich schon.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Kleinmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wintruff?

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Aber immer.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Wintruff.

**Abg. Wintruff SPD:** Herr Kleinmann,

(Abg. Capezzuto SPD: Beruhigen Sie ihn ein bisschen!)

ich möchte Sie gern fragen: Wie bewerten Sie denn dann, dass die Bauwirtschaft in Baden-Württemberg seit 20 Jahren eine Umlage erhebt und in ihrem neuesten Jahreswirtschaftsbericht davon spricht, dass sie sehr erfolgreich darin war, mit dieser Umlage die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhalten?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wer es freiwillig machen will, soll es machen!)

Auch das baden-württembergische Handwerk erhebt über seine Innungen eine Umlage.

(Abg. Döpfer CDU: Das ist doch etwas anderes! – Abg. Pauli CDU: Das ist doch ein Unterschied!)

Nach dem, was ich eben von Ihnen gehört habe, müsste das ja völlig kontraproduktiv sein. Bitte, beurteilen Sie das einmal. Das war meine Frage.

(Beifall bei der SPD)

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Wintruff, für die Frage. Eine Innung ist nicht der Staat. Das als Punkt 1.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Punkt 2: Wenn in einer Innung vereinbart wird: „Wir machen das so, weil wir das so regeln wollen“, kann sie das regeln.

(Abg. Capezzuto SPD: Ihr dreht es so hin, wie es euch passt!)

Sie müssen überlegen: Sie gehen doch mit einer Ausbildungsplatzabgabe her und beurteilen den einzelnen Betrieb: Kann er mehr ausbilden oder weniger? Wie wollen wir als Staat, egal, welche Partei regiert, das beurteilen? Das können wir doch gar nicht beurteilen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Meine Damen und Herren, abschließend: Was die Ausbildung beim Landtag angeht, nur Folgendes: Wir haben nicht

(Kleinmann)

die nötige personelle – Ausbildungsbeauftragter! –, materielle, finanzielle und räumliche Infrastruktur, um weitere Angestellte und Arbeiter bei uns im Landtag zu beschäftigen.

Nun noch ein Letztes zu den Ganztagschulen. Frau Weckenmann, das, was Sie hier behaupten, ist ja abenteuerlich.

(Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Ich weiß nicht, wie oft ich Ihnen das noch sagen muss. Ich predige das hier schon gebetsmühlenartig. Im Jahr 1992 kam die SPD in die Regierung. Stimmt das?

(Abg. Schmiedel SPD: Da gab es noch keine rot-grüne Bundesregierung!)

Da gab es hier 70 Ganztagschulen. Im Jahr 1996 ist die SPD aus der Regierung ausgeschieden. Wie viele Ganztagschulen gab es da? Noch immer 70. Als wir 1996 in die Regierung kamen, waren es auch noch 70 Ganztagschulen. Aber bereits im Jahr 2001, noch bevor Sie Ihre Pläne in Berlin gemacht haben, waren es 120 Ganztagschulen.

(Zurufe der Abg. Ruth Weckenmann, Carla Brengener und Schmiedel SPD)

Dann kommen Sie her und sagen: „Wir allein, die SPD, haben in Berlin die entsprechenden Akzente gesetzt.“

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, „Dichtung und Wahrheit“ heißt es bei Goethe. Bei Ihnen ist die Dichtung größer als die Wahrheit.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die grüne Fraktion hat den nationalen Pakt für Ausbildung begrüßt. Wir haben das getan, weil wir freiwilligen Lösungen bei der Ausbildung den Vorrang geben, weil wir überzeugt sind, dass für die Jugendlichen so mehr zu erreichen ist, und weil damit die Ausbildungsplatzumlage vorerst nicht zur Anwendung kommt.

Selbstverständlich begrüßen wir auch, dass die Landesregierung dem Beispiel gefolgt ist und jetzt ein baden-württembergisches Bündnis für Ausbildung unterzeichnet hat. Allerdings gilt für uns hier das Gleiche, was wir auch beim nationalen Pakt gesagt haben, nämlich dass die Zeit des Taktierens vorbei ist und dass nun alle Beteiligten – Wirtschaft, staatliche Ebene und Sonstige – mit ihrem Angebot Ernst machen müssen. Dieser Pakt auf nationaler Ebene und auch das Bündnis in Baden-Württemberg müssen wirklich zu spürbaren Verbesserungen auf dem Ausbildungsmarkt führen.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Kollege Scheffold hat gerade eindrucksvoll aufgezählt, was an Baden-Württemberg alles so attraktiv und so gut ist.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: So ist es!)

Deshalb hätte Baden-Württemberg bei diesem Bündnis für Ausbildung mehr erreichen können. Mehr Ehrgeiz, auch hier Spitze zu sein,

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Sind wir doch!)

wäre angemessen gewesen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Kleinmann FDP/DVP und Capezzuto SPD)

Nachdem die Kultusministerin die Situation an den allgemein bildenden Schulen jahrelang schön geredet hat, haben wir jetzt endlich anerkannt bekommen, dass es bei der Ausbildungsreife der Jugendlichen tatsächlich erheblich hapert und dass es höchste Zeit wird, im Schulsystem nachzubessern. Hier gilt besonders für Kinder aus sozial schwachen Familien und für Kinder von Migrantinnen und Migranten – die GEW-Studie ist gestern bereits zitiert worden –: Sie müssen jetzt mit Ihrer Zusage Ernst machen; denn auch hier kann Baden-Württemberg es tatsächlich sehr viel besser machen, als Sie es bisher tun.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Stickelberger SPD)

Gleiches gilt für die Situation an den beruflichen Schulen. Sie haben von 700 zusätzlichen Lehrerstellen gesprochen und jetzt 300 zusätzliche Deputate im Ausbildungsbündnis angekündigt. Das klingt ganz gut. Aber diese neuen Deputate decken tatsächlich nur den Zuwachs an Schülerinnen und Schülern. Das strukturelle Defizit bleibt weiter bestehen. Hier reichen die Zusagen, die Sie gemacht haben, ganz klar nicht aus. Sie müssen hier nachbessern.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Bayer SPD)

Dass Sie die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler in den Blick genommen haben, ist gut und richtig. Aber eine der Hauptursachen für die Defizite, mit denen wir zu kämpfen haben, ist doch, dass wir ein hoch selektives dreigliedriges Schulsystem haben, das zu genau den Defiziten führt, die wir dann immer feststellen können.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt komme ich zur Förderung benachteiligter Jugendlicher. Es war zu lesen, die Landesregierung gebe viele Gutachten in Auftrag. Da sind auch gute Gutachten dabei. Ich empfehle Ihnen einmal dieses Gutachten des Wirtschaftsministeriums:

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Oh! Döring lässt grüßen! Also!)

„Pfade für Jugendliche in Ausbildung und Betrieb“. Das ist ein differenziertes Gutachten. Es kommt zu dem Fazit: Wir tun nicht, was wir wissen.

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

(Edith Sitzmann)

So ist es! Baden-Württemberg kann es auch hier besser. Bevor Sie jetzt zur Tat schreiten, empfehle ich Ihnen dringend, in diesem Gutachten einmal nachzuschlagen. Ich will kurz die wesentlichen Forderungen darstellen.

Die Jugendlichen müssen in den Mittelpunkt, und Sie müssen öffentliche Fördermaßnahmen konsolidieren. Es geht nicht darum, das Rad ständig neu zu erfinden, sondern darum, die vorhandenen Strukturen auszubauen und zielgerichteter einzusetzen.

Das Hauptproblem ist: Es gibt in diesem Land kein Gesamtkonzept. Die Jugendberufshilfe ist, wie Sie hoffentlich wissen, am Zusammenbrechen, und es gibt nicht einmal einen Dialog. Ich denke, dass Baden-Württemberg auch dies besser könnte. Unsere Unterstützung dafür haben Sie.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Stichelberger SPD)

Der Maßstab: Die Zeit des Taktierens ist vorbei. Das gilt selbstverständlich auch für die Ankündigung der Landesregierung in Bezug auf die Landesverwaltung. Ich möchte hierzu zwei Fragen stellen:

Erstens: Warum wird die Zahl der Ausbildungsplätze erst ab dem Jahr 2005 um 20 % erhöht und nicht schon ab 2004, wie das im nationalen Pakt der Fall ist?

Zweite Frage: Wie kommt der Ministerpräsident zu der Zahl von 114 zusätzlichen Ausbildungsplätzen? Aufgrund des Antrags der Fraktion der SPD verstehe ich überhaupt nicht, wie er zu dieser Zahl kommen kann. Wir erwarten, dass tatsächlich die 20 % erbracht werden, und zwar ab diesem Jahr.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Ein letzter Punkt: Landtagsverwaltung.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Es kann nicht sein, dass die Landtagsverwaltung nicht in der Lage ist, fünf Jugendlichen eine Chance auf Ausbildung zu geben, wie die SPD gefordert hat.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Haben Sie einen Antrag dazu gestellt, Frau Sitzmann? Ich wüsste davon nichts!)

– Moment! – Auch die grüne Fraktion als wesentlich kleinere Einheit schafft es zum wiederholten Male, sämtliche rechtlichen, auch arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften zu erfüllen. Es kann einfach nicht wahr sein, dass die Landtagsverwaltung dazu nicht in der Lage ist. Deshalb fordern und erwarten wir, dass Sie hier ein Signal setzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Letzter Satz: Beim Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung in Baden-Württemberg „geht es nicht darum, möglichst hohe Forderungen an andere zu stellen, sondern um die Zusage eines eigenen Beitrags zur Verbesserung der Ausbildungsstellensituation in Baden-Württemberg“. Das hat der Ministerpräsident in einer Presseerklärung vor eini-

gen Tagen gesagt. Wir erwarten, dass Sie das auch tun. Dann unterstützen wir Sie gerne.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Frau Dr. Schavan.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Warum kommt der Finanzminister nicht?)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Es ist unbestritten – und das nicht erst seit diesem Jahr –, dass die Lage auf dem Ausbildungsmarkt besorgniserregend ist. Das wiederum ist ziemlich nahe liegend, weil es – wie alle, die sich mit den Entwicklungen in der dualen Ausbildung in den letzten Jahrzehnten beschäftigt haben, wissen – einen engen Zusammenhang gibt zwischen der Lage auf dem Arbeitsmarkt und der Lage auf dem Ausbildungsmarkt.

Meine Damen und Herren, wenn in Deutschland täglich 2 000 Arbeitsplätze verloren gehen, weil Unternehmen in die Insolvenz gehen, dann ist doch völlig klar, dass auch Ausbildungsplätze verloren gehen – und das seit Jahren. Der eigentliche Skandal in Deutschland besteht darin, dass es diesen Verlust von Arbeits- und Ausbildungsplätzen gibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wintruff SPD: Ich habe Ihnen schon einmal dargestellt, dass diese Analyse falsch ist! Zwischen 1990 und 1998 ist die größte Zahl an Ausbildungsplätzen in Baden-Württemberg verloren gegangen!)

– Jetzt bin ich dran! Ich bin dran!

(Abg. Dr. Scheffold CDU zu Abg. Wintruff SPD: Nicht dazwischenreden, Herr Kollege!)

Herr Wintruff, Sie müssen selbst lachen, wenn Sie das sagen. Das verstehe ich.

Wir kennen die Zusammenhänge alle. Die kennen Sie, die kennen wir. Dieser Zusammenhang bringt mich auch dazu, dass ich schon schmunzeln muss, wenn Sie sich hier hinstellen und erklären, was wir alles Berlin verdanken.

(Abg. Wintruff SPD: Ja! – Abg. Schmiedel SPD: Natürlich! – Abg. Dr. Caroli SPD: Eine ganze Menge!)

Wir verdanken Berlin unter anderem, dass jetzt schon über Jahre hinweg zwar unentwegt über bessere Instrumente zur Verwaltung von Arbeitslosen nachgedacht wird, aber nicht darüber, wie neue Arbeits- und Ausbildungsplätze entstehen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir verdanken Berlin eine anhaltend verheerende Lage in den öffentlichen Haushalten auf allen Ebenen.

(Widerspruch bei der SPD und den Grünen)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Wir verdanken Berlin, dass überhaupt nichts vorangeht, dass Wachstum nicht zustande kommt, das notwendig wäre, um Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Frau Schavan, Ihr Kurzzeitgedächtnis funktioniert, aber Ihr Langzeitgedächtnis ist kaputt!)

Deshalb rate ich uns sehr: Beschäftigen wir uns mit dem, was wir hier tun können und was jeder tun kann.

Wenn Sie hier die Gewerkschaften anführen, dann sage ich Ihnen auch: Wissen Sie, dass die Gewerkschaften in Deutschland seit langer Zeit nicht zu den Ausbildern der Nation gehören?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wissen Sie, dass die Ausbildungsquote der Gewerkschaften in Baden-Württemberg im Eins-Komma-Bereich liegt, ohne dass es irgendeine öffentliche Zusage gäbe, die Ausbildungskapazität zu erhöhen?

(Abg. Zeller SPD: Was macht die Landesregierung?)

Jeder möge also das tun, was er kann, und sich nicht unentwegt mit anderen beschäftigen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wintruff SPD: Wer schließt denn Tarifverträge?)

– Ja, unter anderem Gewerkschaften; das ist wohl wahr.

Deshalb komme ich zu einem zweiten wichtigen Thema. Sie sprechen in diesem Zusammenhang – das ist völlig klar, weil es auch ein gewichtiger Teil unseres Bündnisses ist, der ja gleich mehrere der 17 Punkte umfasst – von den Schulabbrechern und den Migrantenkindern. Da rate ich uns jetzt auch, einfach einmal Fakten zur Kenntnis zu nehmen. In Deutschland verlassen im Schnitt 13,7 % der Jugendlichen eine allgemein bildende Schule ohne Schulabschluss; in Bayern sind es 14 %, in Niedersachsen 16 %, in Nordrhein-Westfalen 12 %, in Hessen 20 %. In Baden-Württemberg sind es 7,8 %. Das ist die niedrigste Quote überhaupt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Hört, hört! – Abg. Wintruff SPD: Das sind 7,8 % zu viel!)

– Das ist wahr: Das sind 7,8 % zu viel. Deshalb haben wir seit vielen Jahren ein Gesamtkonzept, nach dem diese 7,8 % der Jugendlichen eine zweite und dritte Chance bekommen.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

– Frau Sitzmann, wenn Sie das nicht kennen, werde ich es Ihnen gern zur Verfügung stellen. Ihre Kollegin Rastätter aus dem Schulausschuss kennt es. Dass es das gibt und dass es funktioniert, zeigt die Tatsache, dass die 7,8 % eben nicht ohne Schulabschluss bleiben, sondern wir zum Beispiel im Berufsvorbereitungsjahr eine Erfolgsquote von 80 % haben. 80 % aller, die das Berufsvorbereitungsjahr besuchen, erwerben dort ihren Hauptschulabschluss.

(Abg. Schmiedel SPD: Das sind doch aber keine Lehrstellen!)

Andere, die die Berufsschule besuchen, erwerben – – Ich bin jetzt bei Schulabbrechern; gleich werde ich zu den Lehrstellen kommen, Herr Schmiedel.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Was will ich sagen? Baden-Württemberg hat die niedrigste Schulabbrecherquote. Erster Satz.

Zweiter Satz: Bei uns besteht eine ganze Reihe von Möglichkeiten, im zweiten oder im dritten Anlauf einen Schulabschluss zu machen. Nur weil das funktioniert, hat Baden-Württemberg die europaweit niedrigste Jugendarbeitslosenquote. Sie liegt im Moment im Bereich von vier Komma.

Damit komme ich zu den Migrantenkindern. Es gibt ja nur mittelbare Zusammenhänge, aber die will ich alle gern aufgreifen. Sie haben wieder vom selektiven Bildungswesen gesprochen. Der Satz ist gestern schon einmal gefallen. Alle, die unser Bildungswesen begutachten – ob es Herr Baumert ist oder ob es seine Kollegen sind –, sagen, nirgends in Deutschland sei die Durchlässigkeit zwischen den Schularten so groß wie in Baden-Württemberg. Deshalb ist Baden-Württemberg das modernste Bildungsland, deshalb erwerben 30 % derer, die in Baden-Württemberg Abitur machen, das Abitur über einen Weg der beruflichen Bildung, das berufliche Gymnasium.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

In der PISA-Studie steht über Seiten beschrieben, dass die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund nirgends so gut gelingt wie in Bayern und Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Um jetzt einmal die Studie aus Heidelberg anzusprechen: Das ist ja nun wirklich „wissenschaftliche Seriosität“. Das muss man sich einmal vorstellen: Da wird die Frage des Erfolgs des Bildungswesens mit Blick auf die Integration von Migrantenkindern daran festgemacht, wie viel Prozent welche Schule besuchen. Den Erfolg eines Bildungswesens im Hinblick auf Qualifikation und Integration mache ich doch nicht daran fest, welche Schule besucht wird, sondern daran, welcher Abschluss erworben wird. Das ist der eigentliche Erfolgsindikator. Da wird uns gesagt: Gerade weil ihr so viele verschiedene Angebote habt, weil es besondere Konzepte der Förderung gibt, weil es so viele kleine Klassen in diesem Land gibt, kommen auch so viele zu einem Schulabschluss, ist die Integration so gut. Bekanntlich ist die Zahl der Migrantenkinder in der Spitzengruppe – Kompetenzstufe V – nirgendwo so hoch wie in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Diesen Professor können Sie also zu mir schicken. Dann werde ich mit ihm ein Gespräch über wissenschaftliche Seriosität führen, wenn man aus bestimmten Fakten Konsequenzen zieht.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Damit komme ich zum Bündnis für Arbeit in Baden-Württemberg.

Zunächst einmal zu der Sachfrage, die Sie, Frau Sitzmann, gestellt haben: Wie kommt die Zahl 114 zustande, und wie verhält sich diese Zahl zu den im SPD-Antrag genannten Zahlen? Die Zahl bezieht sich auf das Jahr 2005. Im Jahr 2005 setzt ja die Verwaltungsreform bereits ein, sodass die Stellen, die vom Land auf die kommunale Ebene übergehen, herausgerechnet sind; entsprechend sind auch die Ausbildungsstellen herausgerechnet. So kommt die Zahl 114 – als rein auf die Landesverwaltung bezogen – zustande.

Ich muss hier allerdings wiederholen, was Herr Kleinmann gesagt hat: Es ist natürlich auch völlig unseriös, die Zahl der Arbeitsverträge ins Verhältnis zu 200 000 Stellen in der Landesverwaltung zu setzen. Darunter sind allein 90 000 Lehrer und Lehrerinnen. Sie müssen dazu vielmehr die Zahl der Referendarstellen ins Verhältnis setzen – nicht die Zahl der Arbeitsverträge.

Wenn ich das alles zusammenrechne, muss ich sagen: Das, was Herr Kleinmann gesagt hat, stimmt. Was den Gesamtbereich der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse im höheren Dienst betrifft, kommen wir auf eine Quote von 10 %. Aber richtig ist – das leugnet überhaupt niemand; das steht im Bündnis für Arbeit –, dass wir sagen: In solchen Zeiten sind auch Zeichen des öffentlichen Dienstes wichtig. Deshalb haben wir die Ausbildungsquote in diesem Jahr gegenüber dem letzten Jahr erhöht, und wir werden sie im nächsten Jahr gegenüber diesem Jahr sowie in den Folgejahren um mindestens 20 % erhöhen.

Übrigens steht in dem Bündnis an keiner Stelle, die 300 Stellen für die beruflichen Schulen seien als zusätzliche Stellen zu den 5 500 Lehrerstellen zu verstehen.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: So ist es!)

Wo steht das denn? In dem Bündnis steht schlicht der Satz, dass im nächsten Schuljahr die Zahl der Deputate an beruflichen Schulen um 300 erhöht wird.

(Abg. Wintruff SPD: Aber das ist doch nichts Neues! Das haben wir doch schon gewusst! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

– Ja, das ist nichts Neues. Sie finden, es sei nichts Besonderes, dass wir in der gegenwärtigen finanzpolitischen Lage zusätzlich 300 Stellen einrichten.

(Abg. Wintruff SPD: Ja, innerhalb der 5 500! Das ist doch ganz normal!)

– Die gibt es in keinem SPD-regierten Land. Überall dort, wo die SPD regiert, kann die Berufsschule im nächsten Jahr überhaupt nichts an neuen Stellen erwarten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wintruff SPD: Bei dem Defizit ist es doch selbstverständlich, dass die Berufsschulen auch etwas erhalten! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Das passt dem Wintruff nicht! Er will auch hier SPD-Verhältnisse haben!)

Ich gehe jetzt nicht auf all die Zahlen ein. Ich gehe vielmehr auf das ein, was landesspezifisch ist. Übrigens hat Nordrhein-Westfalen überhaupt kein Bündnis für Arbeit geschlossen.

(Abg. Schmiedel SPD: Natürlich! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Nein!)

Das erste Bündnis auf der Ebene eines Landes wurde in Baden-Württemberg geschlossen.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Nordrhein-Westfalen, 26. Juni! Lesen Sie es nach! – Zurufe der Abg. Schmiedel und Carla Bregenzer SPD)

– Ja, ja, Nordrhein-Westfalen hat auch ganz andere Ausbildungsquoten.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: 10 % Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Lesen Sie es doch nach! Warum behaupten Sie das jetzt?)

Ich will die landesspezifischen Punkte herausgreifen. Erster Punkt: Es ist versucht worden, im bundesweiten Bündnis für Arbeit eine neue Verzahnung zwischen beruflicher Vollzeitschule und Teilzeitschule aufzunehmen. Das ist auf Bundesebene abgelehnt worden. Das ist ein wichtiger Punkt. Wir haben ihn in das Bündnis für Arbeit aufnehmen können. Alle Partner des Bündnisses haben zugestimmt. Das ist für die nächsten zehn Jahre die Innovation für unser berufliches Bildungswesen schlechthin. Denn es darf nicht sein, dass Jugendliche einen beruflichen Bildungsgang in einer beruflichen Vollzeitschule absolvieren und dafür dann, wenn sie in eine duale Ausbildung gehen, keinerlei Anerkennung bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Die Module müssen anerkannt werden. Die Verweildauer im Bereich der beruflichen Bildung darf nicht noch länger werden. Wir haben 13, 14, 15 Schuljahre. Wir brauchen einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Lebenszeit junger Menschen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Die Ziffer 9 – das ist eine der wesentlichen Ziffern dieses Bündnisses – trägt dazu bei, dass bei Kammerprüfungen auch bereits erbrachte Ausbildungs- und Qualifizierungsleistungen von Absolventen geeigneter vollzeitschulischer Bildungsgänge anerkannt und diese Absolventen damit zur Kammerprüfung zugelassen werden.

(Abg. Wintruff SPD: Das ist ein guter Punkt! Da unterstützen wir Sie!)

– Das ist wahr. Das ist der Punkt, der beim Bundesbündnis nicht zustande gekommen ist

(Abg. Wintruff SPD: Aber wir wollen Details wissen! Noch weiß man nichts Genaues!)

und der zu einer neuen Verzahnung zwischen beruflicher Vollzeitschule und Berufsschule führen wird.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Zweitens: Wir wollen für die Gruppe der Leistungsschwachen unterschiedliche Wege.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Dazu gehört das Praktikum plus Berufsschule. Da bin ich einmal gespannt, welches Land den Praktikanten im Schulsystem eine Chance zur Qualifizierung gibt. Wir wollen aber auch mehr zweijährige Berufsausbildungen. Wir wollen nicht warten, bis alle in Deutschland bereit sind, mehr zweijährige Berufsausbildungsgänge zu entwickeln. Wir wollen in Baden-Württemberg solche Berufe branchenspezifisch entwickeln.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Die SPD steht seit 20 Jahren abseits!  
– Gegenruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD: Bundesbündnis!)

Der dritte wichtige Punkt: Wir wollen, dass die Förderung der Leistungsschwachen auch in die überbetriebliche Ausbildung noch stärker einbezogen wird.

Vierter Punkt – auch ein spezifischer Landespunkt –: Wir werden im Rahmen der dualen Ausbildung die Zahl der Bildungsgänge erweitern, mit denen zugleich der Erwerb der Fachhochschulreife verbunden ist. Das ist wieder ein Zeichen für Durchlässigkeit. Egal, in welchen Bildungsgang ich gehe: In möglichst vielen Bildungsgängen muss der Zugang zum tertiären Bereich möglich sein.

(Abg. Röhm CDU: Jawohl!)

Das ist auch für die Eltern wichtig. Immer mehr Eltern wünschen für ihre Kinder einen Bildungsabschluss, der den Zugang zum tertiären Bereich ermöglicht. Wir schaffen weitere Bildungsgänge im Bereich der beruflichen Bildung, in denen das möglich ist.

Meine Damen und Herren, das sind einige Punkte, die sich nicht allein auf das nächste Jahr beziehen und nicht allein auf die Frage: Wie wird sich die Zahl der Lehrstellen entwickeln? Denn ob Bundesbündnis oder Landesbündnis: Wir brauchen uns da überhaupt nichts vorzumachen. Kein Mensch von uns weiß, wie viele Ausbildungsplätze verloren gehen und wie das Verhältnis sein wird zwischen denen, die verloren gehen, und denen, die jetzt neu geschaffen werden. Da wagt doch niemand eine Prognose. Die Frage, wie das Verhältnis sein wird und ob die 3 800 bei uns oder die entsprechende Zahl auf Bundesebene eine Zahl zusätzlicher oder nur neuer Ausbildungsplätze sein wird, ist wiederum – da komme ich zum Anfang zurück – ganz schlicht eine Frage, wie sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland in den nächsten Monaten und im Jahr 2005 weiterentwickelt. Wenn auch im nächsten Jahr um diese Zeit weiter 2 000 Arbeitsplätze pro Tag verloren gehen, dann wird –

(Abg. Wintruff SPD: Sie bauen schon vor!)

– Sie haben da nicht Grund zu schmunzeln, das sage ich Ihnen. Da haben Sie keinen Grund zu schmunzeln.

(Abg. Fischer SPD: Das tun wir auch nicht!)

Das geht mit Ihnen heim; da bin ich mir ganz sicher.

(Abg. Wintruff SPD: Das geht mit Ihnen heim!)

Ich finde, wir sollten illusionslos darangehen. Das ist wichtig. Wir haben dieses Bündnis mit den genannten Punkten doch zustande gebracht, weil es in Baden-Württemberg eine enge und langjährige Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Bildungsbereich gibt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, so ist es!)

Wir können damit jetzt auch Innovationen im Bereich der beruflichen Bildung erreichen. Wir können Innovationen sowohl im Hinblick auf die Leistungsschwächeren erreichen als auch im Hinblick auf diejenigen, die über die berufliche Bildung in den tertiären Bereich wollen. Ich halte das für einen wirklichen Fortschritt. Ich halte das übrigens auch für einen ganz wichtigen Punkt

(Abg. Wintruff SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– ich führe das jetzt zu Ende aus;

(Abg. Wintruff SPD: Sie haben aber einen wichtigen Punkt vergessen!)

dann sind Sie wieder dran, und dann können Sie erwidern – in der aktuellen Debatte um das Berufsbildungsgesetz. Da wird es um die Frage gehen: Wie verzahnen wir Vollzeit- und Teilzeitschule?

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Gar kein Dissens!)

Wie erreichen wir Modularisierung? Wie erreichen wir, dass schulische Leistungen von der Wirtschaft anerkannt werden? Das haben wir in Baden-Württemberg erreicht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Deshalb ist es auch mit Blick auf die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung, mit Blick auf die Innovation dieses Flaggsschiffs unseres Bildungswesens ein wichtiges und zukunftsfestes Bündnis, für das ich dankbar bin und das ein Beitrag zur Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation sein kann.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Weckenmann.

**Abg. Ruth Weckenmann SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wahrscheinlich sollten die Kultusministerin und ich einmal die Paktunterlagen austauschen. Bei dem, was sie über den Pakt gesagt hat, könnte man fast meinen, ihr liege ein anderer Pakt vor als der, der uns zur Verfügung steht und über den in der Presse berichtet wurde.

Tatsache ist doch, dass die Landesregierung in allen Bereichen dieses Pakts, in denen sie direkt handeln könnte, absolut unverbindlich geblieben ist.

„Verbesserung der allgemeinen Ausbildungsreife“ lautet eine Überschrift des Pakts. Was steht darunter? Sie wollen Kontakte zu Wirtschaft und Schule vertiefen.

(Abg. Schmiedel SPD: Ha!)

(Ruth Weckenmann)

Gut, dagegen hat niemand etwas, aber das ist doch sehr wenig präzise.

Herr Casper moniert, die Auszubildenden könnten nicht rechnen und schreiben. Es gibt aber keinen einzigen Satz von der Landesregierung darüber, wie es zum Beispiel mit Stützunterricht in Mathematik und Deutsch zur Steigerung der Allgemeinbildung aussieht. Kein Satz dazu!

Zu den leistungsschwächeren Jugendlichen: Das, was Sie dazu erzählt haben, Frau Ministerin, ist echt ein Gag.

(Abg. Rückert CDU: Ha no!)

Um die leistungsschwächeren Jugendlichen kümmern Sie sich bei diesem Pakt erst, wenn sie in der Berufsschule sind. Es findet sich kein Satz dazu, was man in den allgemein bildenden Schulen machen sollte, damit die Jugendlichen nicht leistungsschwächer werden. Kein einziger Satz!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Dr. Scheffold CDU: So ein Quatsch!)

Sie haben sich für viel Geld ein „tolles“ Gutachten vorlegen lassen – die Kollegin hat es zitiert –, in dem steht, dass wir zur sozialen Stärkung und zur Stärkung der Kompetenz der Jugendlichen dringendst Jugendberufshelfer und Schulsozialarbeiter brauchen. Kein Satz steht in dem Bündnis, dass die Landesregierung hierzu irgendeine Anstrengung unternimmt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Zeller SPD  
– Abg. Göschel SPD: Sie kürzt nur!)

Was Geld anbelangt, hat ein Partner in dem Pakt definitiv festgeschrieben, was er bringt. Das ist die Bundesagentur für Arbeit. Sie bringt im nächsten Jahr 450 Millionen € zur Förderung der schwachen Jugendlichen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Ich gehe noch einmal auf das ein, was Sie gesagt haben. Ich sehe Ihnen, Frau Schavan, Ihre Ausführungen zu der Ausbildung bei den Gewerkschaften nach. Sie kennen sich im dualen Ausbildungssystem nicht so aus.

(Heiterkeit bei der SPD – Widerspruch bei der CDU – Ministerin Dr. Annette Schavan schüttelt den Kopf. – Abg. Rückert CDU: Das ist doch eine Frechheit!)

Sie werden mir doch nicht erzählen wollen, dass jemand, der bei der IG Metall als Bürokauffrau ausgebildet wurde, anschließend von Daimler-Chrysler übernommen wird. Das ist nur ein Popanz und hat mit der Ausbildungsplatzsituation überhaupt nichts zu tun.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Überlegen Sie sich doch, was Sie sagen, bevor Sie reden! – Zuruf des Abg. Döpper CDU – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Frau Abg. Weckenmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wieser?

**Abg. Ruth Weckenmann SPD:** Klar.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Wieser.

**Abg. Wieser CDU:** Frau Kollegin, glauben Sie, dass die IG Metall einen so schlechten Ruf hat, wie Sie sagen? Die IG Metall hat eine hervorragende Partnerschaft mit Daimler-Chrysler. Sie werden die Ausbildungspflicht der Gewerkschaften genauso wahrnehmen müssen wie wir im Land und alle anderen.

Ferner hätte ich gerne einmal eine Antwort auf die Frage, ob die SPD einer zweijährigen Ausbildung für die Schwachen in unserer Gesellschaft endlich zustimmt. Das ist die größte Barriere für die Leistungsschwachen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Herrmann CDU: Er hat sehr gut gesprochen! Da muss man klatschen! – Abg. Wintruff SPD: Das haben wir Ihnen doch schon hundertmal gesagt!)

**Abg. Ruth Weckenmann SPD:** Es ist schon erstaunlich, für welche Fragen Ihre Fraktion Beifall klatscht.

Herr Wieser, wenn Sie mir Unternehmen nennen, die die bei den Gewerkschaften Ausgebildeten einstellen, ist das wunderbar. Aber mit der Ausbildung durch die Gewerkschaften können wir das Ausbildungsproblem nicht lösen. Nennen Sie mir bitte nachher einfach ein paar Betriebe, die einstellen. Ich kenne nämlich zwei Personen, die bei Gewerkschaften ihre Ausbildung genossen haben und dringend einen Platz suchen. Das klären wir untereinander.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Keine Antwort auf die Frage! – Abg. Döpper CDU: Sie sollen doch antworten! – Abg. Dr. Scheffold CDU: Antworten! – Abg. Birzele SPD: Hat die CDU-Fraktion ihr Ausbildungsziel bisher erreicht?)

– Seien Sie doch nicht so aufgeregt!

Zu den zweijährigen Berufsausbildungen: PIA, Offenburger Modell, das sind Projekte mit zweijährigen Ausbildungen. Das haben Sie immer von mir gehört, das haben wir alles abgeschlossen. Aber denen, die in einem Modell den dreijährigen Ausbildungsgang schaffen – da ziehen wir doch Hand in Hand –, wollen wir die dreijährige Ausbildung anbieten. Und nur den paar Personen, die das kognitiv nicht schaffen, wollen wir die zweijährige Ausbildung anbieten.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Paar? Es sind mehr als ein paar! Es sind viele Benachteiligte!)

Aber denjenigen, die mit dem pünktlichen Erscheinen Probleme haben, nützt eine zweijährige Ausbildung auch nichts, Herr Wieser.

Dann noch einmal zu den Stellen für die beruflichen Schulen. Frau Schavan, ich finde es fast schon ärgerlich, dass Sie sich hier hinstellen und sagen: „Was wollen Sie denn? Wir haben ja nirgends gesagt: zusätzlich.“ Ich glaube, die Pressevertreter haben das aber so verstanden, wie es die breite Öffentlichkeit auch verstanden hat. Die haben gedacht: Wir wissen, in den Berufsschulen fällt Unterricht aus, und jetzt kommt zusätzlich zu dem Vereinbarten noch einmal etwas hinzu.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

(Ruth Weckenmann)

Jetzt sagen Sie: „Das war nur das, was wir eh gesagt haben. Für Zusatzmaßnahmen gibt es auch weiterhin nichts.“

Vielleicht noch zu der Frage „Ausbildungsumlage oder Ausbildungspakt?“ Warum hat das Land Baden-Württemberg diesen Pakt nicht schon im letzten Jahr abgeschlossen, als wir – die Zahlen habe ich Ihnen vorhin genannt – auf dem Ausbildungsmarkt Probleme noch und nöcher hatten? Sie sind doch hier im Schulbereich beinahe abgedroschelt,

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

weil alle in den schulischen Bereich drängten. Das wäre doch diesem Land unbenommen geblieben. Nein, Sie haben die Bundesregierung gebraucht, die dieses Gesetz gemacht hat, um die Bereitschaft zu diesem Pakt zu bekommen. Jetzt haben wir diesen Pakt, und deshalb sollten wir froh sein.

(Beifall bei der SPD)

Zur Ausbildung in der Landesverwaltung: Ich hätte es schon interessant gefunden, wenn Sie, Frau Ministerin, vielleicht etwas zum Rückgang der Zahl der Ausbildungsplätze in den Universitätsklinikum gesagt hätten. Das ist nur ein Bereich. Generell wäre das in Ihrem Haus ein anderer Bereich, in dem der Ansatz wirklich notwendig ist. Da haben Sie sich im Pakt auf nichts eingelassen – keine einzige verbindliche Zusage, die einem schwachen Jugendlichen hilft.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher zur Behandlung der Anträge.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3326, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Gegenstimmen waren die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Dann lasse ich über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2721, abstimmen.

(Abg. Wintruff SPD: Der ist erledigt! – Gegenruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wie so vieles!)

– Dann ist der Antrag der Fraktion der SPD für erledigt erklärt.

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Anhaltende Waldschäden durch den Jahrhundertsummer 2003 – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP**

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richard, an die Front!)

**Abg. Drautz FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von der Öffentlichkeit fast unbemerkt stirbt der Wald vor sich hin.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– Herr Kollege Wieser, sehen Sie, Sie sind nicht in den Wald – –

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– Herr Scheuermann, Entschuldigung! Sie kommen selten in den Wald. Deshalb sehen Sie das Waldsterben nicht.

(Abg. Scheuermann CDU: Ich bin 16 Jahre hier, und in jedem Jahr stirbt der Wald!)

Es ist so, Herr Kollege: Das, was jetzt im Wald passiert, hat ein wesentlich größeres Ausmaß angenommen als die Schäden durch den Orkan Lothar im Jahr 1999,

(Unruhe – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, könnten Sie bitte ein bisschen für Ruhe sorgen? – Glocke des Präsidenten)

als 30 Millionen Kubikmeter Wald durch diesen Sturm gefallen sind. Jetzt sind die Ausmaße – das, was an Wald einfach vertrocknet – wesentlich größer. Wir haben die größte Not im Wald,

(Abg. Drexler SPD: Was haben wir? – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Not!)

und dies wirklich seit Jahrzehnten. Es sind Millionen Kubikmeter Holz geschlagen worden, und damals nach dem Orkan Lothar ist ein 100-Millionen-DM-Sofortprogramm gestartet worden, um dem Wald zu helfen. Die Gefahr des Borkenkäferbefalls nach dem damaligen Sturm konnte gemindert werden. Allein daran sieht man, was die Forstverwaltung geleistet hat.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das kann sie jetzt nicht mehr machen! Das ist vorbei! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

– Gehen Sie dieses Thema bitte einmal sachlich an!

(Abg. Walter GRÜNE: Das mache ich ja!)

Im Jahr 2001 sind landesweit 2,3 Millionen Kubikmeter Wald eingeschlagen worden, und im Jahr 2002 konnte der Einschlag von Käferholz von 2,3 auf 0,7 Millionen Kubikmeter reduziert werden. Da hat man gesehen, was durch die Leistung der Forstverwaltung an Bekämpfung stattgefunden hat. Durch die große Dürre im Jahr 2003 wurden diese Bemühungen aber völlig zunichte gemacht – durch Vertrocknen des Waldes, durch ausbleibende Winterfeuchtigkeit und durch höheren Käferdruck.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

In diesem Jahr wird die Zahl der Bäume, die eingeschlagen werden müssen, wesentlich in die Höhe schnellen – zusätzlich zu den Bäumen, die sowieso schon vertrocknet sind. Das Ausmaß des Schadens – ich sage es noch einmal – ist wesentlich größer als bei allen Sturmkatastrophen. Weite

(Drautz)

Landstriche Baden-Württembergs – entlang des Neckars, in Franken, im Schwäbischen Wald, im Schwarzwald – vertrocknen im Moment.

Ich habe in einem Antrag für die Fraktion der FDP/DVP schon im März auf diese Situation hingewiesen, und da war es so – –

(Abg. Schmiedel SPD: Was wollen Sie denn ändern?)

– Ich sage es Ihnen nachher in der zweiten Runde, Herr Schmiedel.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Sagen Sie es doch in der ersten! – Abg. Schmid SPD: Wir werden es kaum aushalten! – Weitere Zurufe)

– Eines muss ich Ihnen sagen: Sie sind sich des Ernstes der Lage, in der sich der Wald derzeit befindet, überhaupt nicht bewusst. Sie machen hier billige Polemik.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Das sagen Sie! Sie wissen doch nichts von CO<sub>2</sub>-Emissionen!)

– Sie als Atomkraftgegner erreichen das Ziel der Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht, weil Sie Atomkraftwerke abschalten.

(Abg. Walter GRÜNE: Jetzt reden Sie doch keinen Blödsinn!)

Das muss durch erneuerbare Energien erst erbracht werden, Herr Drexler.

(Abg. Teßmer SPD: Ist das die Botschaft gegen das Waldsterben? – Abg. Drexler SPD: Sie reden den größten Stuss, den ich seit langem gehört habe!)

– Das war der Zwischenruf Ihres Vorsitzenden, Herr Teßmer. Das möchte ich klar sagen.

(Abg. Drexler SPD: Absurdes Theater, was Sie hier aufführen!)

Als ich meinen Antrag im März initiiert habe, haben Hessen und Bayern bereits reagiert.

(Abg. Walter GRÜNE: Wer ist denn hier an der Regierung?)

Im Agrarausschuss hat der Landwirtschaftsminister die Situation auch entsprechend dargelegt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was ist die Botschaft?)

Wir haben durch den Erhalt der Ausgleichszulage Wald ein geringes Maß an finanzieller Unterstützung in diesem Bereich.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Wirklich nur sehr gering!)

Das muss erwähnt werden. Aber im Ausschuss haben die anderen Fraktionen – das möchte ich einmal klarstellen –

über diesen Antrag nicht groß gesprochen, weil das Bewusstsein damals nicht so sehr ausgeprägt war wie heute.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Sie werden auch an anderen Redebeiträgen sehen, dass das Bewusstsein inzwischen vorhanden ist. Wir müssen handeln – auf die entsprechenden Punkte werde ich in der zweiten Runde eingehen –, weil in unserem Wald tatsächlich das Problem einer Versteppung vorhanden ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Alfred Winkler SPD: Das Sein bestimmt das Bewusstsein!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

**Abg. Hauk CDU:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat ist es so, dass die Waldvegetation – nicht nur die Waldvegetation, aber diese in Sonderheit – unter der Jahrhunderttrockenheit 2003 gelitten hat. Es war fast eine Jahrtausendtrokenheit im letzten Sommer.

(Abg. Wieser CDU: Jetzt spricht der Fachmann!)

Wenn man von Januar letzten Jahres bis Juni dieses Jahres bilanziert, fehlt in der Summe ein halber Jahresniederschlag, was die Wasserbevorratung insbesondere unserer Waldböden sehr stark beeinträchtigt, da im Boden nach 10 bis 20 Zentimetern de facto schon Trockenheit herrscht. Unter dieser Trockenheit leiden alle Baumarten, ganz besonders die Fichte, aber auch die Buche und andere Laubbölzer.

Nun will ich nicht sagen, dass der Wald stirbt, aber das Problem ist, Herr Kollege Walter, dass in den Achtzigerjahren mit dem Thema Waldsterben eine Horrorerwartung in der Bevölkerung geweckt wurde,

(Abg. Walter GRÜNE: „Erwartung“ nicht!)

die nicht eingetreten ist. Jetzt sagt man: „Na, er steht ja immer noch; dann ist ja alles gar nicht so problematisch.“ Aber die Waldvegetation verändert sich gravierend und unterliegt auch weiteren Veränderungen. Das hat Ursachen. Lassen Sie mich in der ersten Runde einfach einmal ein paar dieser Ursachen nennen.

Wir hatten in den letzten 40 Jahren einen Anstieg des CO<sub>2</sub>-Anteils der Luft von 315 auf 360 parts per million. Das bedeutet eine Zunahme um fast 20 %. Ich stelle das einfach einmal wertfrei fest. Die Schlussfolgerungen, über die sich ja auch die Wissenschaftler nicht einig sind, muss man letztendlich selbst ziehen.

Wir hatten in den letzten 50 Jahren, an den Klimastationen in Villingen und Freiburg gemessen, im Mittel einen Temperaturanstieg um rund ein Grad Celsius.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Endlich wird das erkannt!)

Wir haben also einen Zuwachs der Durchschnittstemperatur von 1950 bis 1999 um ein Grad Celsius. Erwartet werden, je nachdem, ob man den Best Case oder den Worst Case annimmt, zwischen 1,4 Grad Celsius und 5,8 Grad Celsius bis zum Jahr 2100. Das ist ein breites Spektrum; aber alle

(Hauk)

sind sich darüber einig, dass die Durchschnittstemperatur steigen wird.

(Abg. Schmiedel SPD: Das sagt ja schon alles!)

Bemerkenswert war, dass wir in den letzten Jahren die höchsten Temperaturextreme des letzten Jahrhunderts überhaupt gemessen haben – seit dem Zeitpunkt, ab dem es überhaupt Messungen gibt. Wir hatten im Jahr 2003 und im Jahr 1998 die höchsten Jahresdurchschnittstemperaturen der letzten 100 Jahre. Die Zahl der Frosttage nimmt in der Summe ab. Interessant ist auch, dass sich die Vegetationszeit, also die Zeit, in der die Laubbäume – bei den Laubbäumen sieht man es besonders deutlich – beginnen, auszutreiben, bis zu dem Zeitpunkt, zu dem sie ihre Blätter wieder abwerfen, in den letzten 50 Jahren um rund 14 Tage im Jahr verlängert hat. Das bedeutet eine Zunahme der Zeit, in der die Bäume auch eine entsprechende Ernährung, nämlich vor allem Niederschläge, brauchen, um zwei Wochen.

Meine Damen und Herren, das Nächste ist, dass die Niederschläge tendenziell zwar sogar zunehmen, dass aber hier eine Verschiebung stattfindet. Im Winter werden die Niederschläge eher stärker; im Sommer werden sie eher weniger. In Kombination damit, dass die Vegetationsperiode länger geworden ist, führt die Tatsache, dass die Niederschläge gerade in der Periode, in der sie besonders gebraucht werden, weniger geworden sind, dazu, dass der Stress für die Bäume und für die Vegetation insgesamt zunimmt.

Wir können nun feststellen, dass die spätsommerlichen Trockenheitsperioden – das sieht man auch im Bereich der landwirtschaftlichen Kulturen deutlich – zunehmen. Für uns alle ist bemerkenswert – darüber haben wir uns vor drei Jahren unterhalten müssen, und es hat uns im Land, sowohl die privaten als auch die öffentlichen Waldbesitzer, viel Geld gekostet –, dass auch die Zahl der Stürme zwar abnimmt, dass das einzelne Sturmereignis in seiner Intensität und Mächtigkeit jedoch deutlich stärker geworden ist.

Wenn man das alles bilanziert, stellt man fest, dass wir in den letzten 50 Jahren eine Häufung der Extreme hatten. Die Klimaextreme haben in der Summe zugenommen. Dass dies nicht ohne Einfluss auf die Waldvegetation bleibt und dass dies bei einem Jahrtausendsommer – oder meinetwegen einem 500-Jahr-Sommer – wie im letzten Jahr und geringen Niederschlägen in diesem Jahr zu einer gravierenden Beeinträchtigung der Waldvegetation führt, ist, glaube ich, nachvollziehbar. Deshalb haben wir im Augenblick – das hat Herr Kollege Drautz gerade vollkommen zu Recht gesagt – eine Situation draußen im Wald, die nahezu vergleichbar ist mit der Situation nach dem Sturmereignis Lothar. Wir haben Kalamitäten durch Borkenkäfer und auch andere Insekten. Im Augenblick springt im Wald alles herum, was an Raupen, Schmetterlingen, Käfern und Pilzen Rang und Namen hat,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Haben die Rang und Namen?)

und zwar bei allen Baumarten. Manche Baumarten sind resistenter, andere sind weniger resistent. Bei den zumindest bei uns in Baden-Württemberg hauptsächlich verbreiteten Baumarten wie der Fichte zeigt sich sehr deutlich, dass der

Borkenkäfer fast überall Schaden anrichtet. Es gibt ein paar Lagen, wo es besonders extrem ist. Dabei denke ich etwa an den Schwäbisch-Fränkischen Wald und an die Hohenloher Ebene, also an die Gebiete im Norden Baden-Württembergs insgesamt, in denen wir weniger Niederschlag haben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Welzheimer Wald!)

– Auch im Welzheimer Wald, im Taubertal oder im Bauland ist es besonders extrem und wird es besonders deutlich. Wir haben in fast allen Höhenlagen einen erheblichen Anfall von totem Holz durch den Borkenkäferfraß. Aber wenn Sie mit wachen Augen durch die Gegend fahren, sehen Sie, dass auch resistenter Bäume, beispielsweise die Buche als in der Fläche von Baden-Württemberg zweithäufigste Baumart, nicht nur unter der Trockenheit leiden, sondern auch punktuell und in manchen Bereichen flächenhaft beginnen, durch die Trockenheit abzusterben.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Kollege, sagen Sie doch einmal etwas zu den Ursachen! – Abg. Teßmer SPD: Was folgt daraus?)

So viel, meine Damen und Herren, im ersten Teil zur Ursachenanalyse. Zu den Konsequenzen und zu dem, was für uns in Baden-Württemberg folgen muss, komme ich in der zweiten Runde.

(Beifall bei der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Jetzt sind wir aber gespannt! – Abg. Rüeck CDU: Da hat der Fachmann gesprochen!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Winkler.

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zweifellos ist das Thema Waldschäden – –

(Abg. Drautz FDP/DVP: Wo ist jetzt Drexler? Für den wäre es wichtig! – Gegenruf von der SPD: Im Wald mit Noll!)

Zweifellos stehen die Themen Waldsterben und Jahrhundertsommer oder Klimaphänomene und Waldsterben in einem direkten Zusammenhang. Zweifellos wird auch das Klima nicht mehr nur von Petrus allein gemacht, sondern von menschlichen Aktivitäten beeinflusst.

(Abg. Göschel SPD: So ist es!)

Ich denke, da besteht auch kein Zweifel. Insofern sind wir Menschen mitverantwortlich. Damit gehört auch Baden-Württemberg dazu. Da stellt sich von Anfang an die Frage: Was hat eigentlich das Land gemacht, um zum Beispiel umweltpolitisch und finanziell der Klimaveränderung zu begegnen, sie abzumildern oder wenigstens seinen Anteil daran zu erbringen?

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Ein gutes Zeugnis? Können wir ein Resümee ziehen? Leider – ich sage es – können wir es nicht. Der Umweltminister hat hier an dieser Stelle vor einigen Wochen seine Defizite erklärt,

(Abg. Teßmer SPD: Er hat sich bemüht!)

(Alfred Winkler)

wir hätten die selbst gesteckten Ziele zum Klimaschutz in Baden-Württemberg nicht erreicht. Das waren seine Worte.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Peng!)

Wir haben immer noch zu viel CO<sub>2</sub>. Wir produzieren immer noch zu wenig mit regenerativen Energien. Aber es trifft den Wald dabei besonders hart. Das ist überhaupt keine Überraschung. Bei der Wetterkonstellation in diesem Jahr nach dem letzten Sommer ist von Fachleuten die Populationsexplosion der Borkenkäfer vorhergesagt worden. Gestern wurde in der „Landesschau Baden-Württemberg“ ganz aktuell gesagt: 70 % der baden-württembergischen Waldfläche sind geschädigt.

Wie ist die Vorsorge des Landes? Sie lautet: Prinzip „Hoffnung“. Vielleicht, so könnte man vermuten, hofft das Land auf einen überraschenden Wintereinbruch im Juli

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Glauben Sie an Märchen, Herr Kollege?)

oder auf eine lange Nassperiode von März bis Ende September. Man könnte das vermuten, wenn man die Mittel, die zur Verfügung stehen, anschaut. Die Vorsorge des Landes lautet nämlich: Kürzung der Mittel. Erst vor kurzem wurde 1 Million € aus dem Etat gestrichen.

(Abg. Hauk CDU: Wo, Herr Kollege?)

Erst kürzlich wurde versucht, die Haushaltssperre aufzuheben. Minister Stächele versucht ja zurzeit immer noch, die gesperrten Restmittel zur Borkenkäferbekämpfung frei zu bekommen. Damit könnte man eigentlich sagen: In Baden-Württemberg macht der Finanzminister

(Abg. Teßmer SPD: Die Bäume kaputt!)

Borkenkäferpolitik. Das ist ja geradezu ein exemplarisches Beispiel. Wenn man Geld zur Schadensvermeidung nicht ausgibt, braucht man viel, viel mehr Geld zur Schadensbehebung. Forstleute sagen ganz aktuell: Es werden dringend 18 Millionen € benötigt, um die Käferpopulation aus dem Wald zu bekommen und den Schaden einzugrenzen. Was wir bräuchten, wäre eigentlich ein Schadensfeuerwehrtfonds und nicht eine Haushaltssperre für läppische Beträge im Vergleich zum Schaden.

(Beifall bei der SPD)

Aber das frei gegebene Geld wird interessanterweise nicht der Schadensvermeidung zugeführt, sondern steht der Landesforstverwaltung zur Verfügung. Vielleicht hat sie jetzt mehr Geld, um die Schadenshöhe zu beurteilen. Ich kann mir vorstellen, dass sich Buchdrucker und Kupferstecher darüber freuen, aber leider eben nicht zu Tode lachen.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Jetzt kommt noch das Szenario Verwaltungsreform. Ausgerechnet die Landkreise sind für den Wald zuständig, ausgerechnet die einzigen, die wirtschaftlich gar nicht daran interessiert sind, die vom Wald keinen Vorteil oder Nachteil haben. Die Landratsämter brauchen Zeit, bis die Bürostühle

vorhanden und die Haushaltstitel eingerichtet sind. Die Nahrungskette für den Borkenkäfer ist also gesichert.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Es gäbe ja genügend Programme und Möglichkeiten.

(Abg. Hauk CDU: Wollen Sie die Landräte den Käfern zum Fraß vorwerfen? – Heiterkeit)

Ich erinnere an die Verwirrstoffe. Es gehört das absolut schnelle Aufbereiten des Holzes dazu. Es gehört das Entrinden dazu. Eine alte Methode sind Fangholzhaufen. Nicht zuletzt gibt es noch moderne chemische Methoden, so umstritten sie auch sind. Aber es müsste etwas gemacht werden. Exakt in dieser kritischen Phase des Waldes läuft nicht sehr viel. Aber Borkenkäfer arbeiten waldstückeübergreifend. Es gibt im Wald keine Koexistenz mit dem Borkenkäfer. Borkenkäfer kennen keine Lagebuchnummern.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ach was? – Abg. Teßmer SPD: Und keine Kreisgrenzen!)

Zur Landesregierung: Schade, sie tut viel zu wenig. Im zweiten Teil meiner Rede komme ich dazu. Vielleicht gibt es eine Lösung, wenn der Finanzminister mehr Geld einschließen würde. Aber im Moment wird er wohl nur darauf hoffen, dass die Borkenkäfer im kommenden Sommer eine Fastenkur einlegen.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, der FDP/DVP und der Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

**Abg. Walter GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Abseits vom Thema möchte ich aus aktuellem Anlass mit einer Danksagung beginnen. Mein Dank geht an die Fritfliege, die eines der beiden baden-württembergischen Genmaisversuchsfelder in unserem Sinne „erledigt“ hat.

(Abg. Teßmer SPD: Erfolgreich bekämpft hat!)

Wir hoffen, dass sie auch das zweite noch anfliegen wird.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Darauf sind Sie auch noch stolz!)

Meine Damen und Herren, das Problem, das Herr Kollege Drautz hier einleitend geschildert hat, ist nicht nur der FDP/DVP, sondern, wie ich denke, allen hier im Haus vertretenen Fraktionen schon seit langem bekannt. Es ist in der Tat ein gravierendes Problem. Man kann es wirklich nicht kleinreden. Das Problem, das wir haben, ist, dass wir nicht nur einem Jahrhundertsommer ausgesetzt waren, sondern dass wir jetzt eine Fortsetzung der Trockenheit haben, obwohl wir in diesem Jahr eine wesentlich kühlere Witterung haben. Während des gesamten Winterhalbjahrs und im Frühjahr haben ebenfalls kaum Niederschläge stattgefunden.

Es wurde, auch vom Kollegen Winkler, schon erwähnt: Der Borkenkäfer hat sich im letzten Jahr noch stärker vermehrt: dreimal statt zweimal wie in üblichen Jahren. Auch das lässt Schlimmes befürchten.

(Walter)

In manchen Gebieten ist die Tannenverjüngung der letzten 15 Jahre aufgrund der Trockenheit eingegangen. Auch da ist, wie man sieht, etwas, was man langfristig bearbeitet hat, in einem Sommer kaputtgegangen. Allerdings – das möchte ich an die Adresse des Kollegen Rüeck sagen – sollten wir trotzdem noch nicht von der „Sahelzone Baden-Württemberg“ reden.

(Abg. Rüeck CDU: Lieber Kollege Walter, ich lade Sie auf meine Kosten ins Limburger Land ein! Ich zeige Ihnen das!)

– Da können Sie gern einmal kommen. Aber, Kollege Rüeck, Sie sollten sich vielleicht einmal Bilder von der Sahelzone anschauen. Dann sehen Sie schon auch noch den Unterschied zu Ihren Wäldern. Ich frage Sie wirklich: Haben Sie schon einmal Bilder davon gesehen? Man sollte solche Vergleiche nicht heranziehen.

(Zuruf des Abg. Rüeck CDU)

Die Frage ist nun: Was kann das Land tun? Zunächst einmal kann man den Betroffenen helfen, indem man sie berät. Die Frage ist nur, meine Damen und Herren: Wie lange wird diese hoch qualifizierte Beratung stattfinden, die wir in diesem Land derzeit noch haben? Wird das ab 1. Januar 2005 noch gewährleistet sein?

(Abg. Teßmer SPD: Schwieriger auf jeden Fall!)

Wir befürchten – auch diejenigen, die die Beratung bisher durchgeführt haben –, dass es diese Beratung in diesem Sinne nicht mehr geben wird. Denn Sie alle wissen: Sozusagen eine Art „Riesenborkenkäfer“ aus Spaichingen bedroht die Forstverwaltung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Abg. Rüeck CDU: Unglaublich! Eine Unverschämtheit!)

Deswegen, meine Damen und Herren, wird der Schaden für den Wald enorm sein.

Meine Damen und Herren, ich fand es sehr gut, dass die Landesregierung auch in ihrer Antwort auf den Antrag, in dem der Kollege Rüeck von der Sahelzone gesprochen hat, gleich auf das entscheidende Thema eingegangen ist. Kollege Hauk hat es auch erwähnt: Wir haben einschneidende Klimaveränderungen. „Ein halbes Grad“ oder „ein Grad“ hört sich ja zunächst einmal nach nicht viel an. Aber das ist die Veränderung in 50 Jahren. Das sind Klimaschwankungen, die wir sonst manchmal erst in 1 000 Jahren hatten. Jetzt haben wir sie in 50 Jahren. Das ist der Unterschied zu Klimaschwankungen in früheren Zeiten. Deswegen müssen wir hier wirklich wachsam sein.

Zur Klimaschutzpolitik des Landes nützt auch der Hinweis auf die Atomkraft nichts, Kollege Drautz.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Doch!)

Fakt ist: Wir haben weiterhin ca. 77 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr in Baden-Württemberg. Das ist der Ausgangspunkt von Anfang der Neunzigerjahre gewesen, Stichwort Umweltgipfel Rio. Was hat sich seither getan? Wir sind noch immer auf demselben Stand. Teilweise haben wir sogar

noch eine leichte Erhöhung. Das heißt, Ihre Klimaschutzziele sind trotz des Aufstellens eines Umweltplans usw. usf. bei weitem nicht erreicht.

Des Weiteren müssen wir fragen, Herr Kollege Drautz: Wie reagieren wir? Beispielsweise die Fichte – Herr Kollege Hauk hat das angesprochen – leidet besonders. Welche Wälder werden wir in Zukunft haben? Naturnahe Mischwälder? Die sind wahrscheinlich besser gefeilt, obwohl auch Buchen betroffen sind. Oder werden wir weiterhin Monokulturen haben? Welche Bäume werden bei dem veränderten Klima überhaupt noch wachsen? Wird die Fichte vielleicht insgesamt verdrängt werden? Diese Fragen müssen wir uns heute schon stellen.

Was müssen wir tun? Sie haben es angesprochen. Wir müssen den Holzverkauf ankurbeln. Jetzt wird noch mehr Holz geschlagen werden müssen, um den schlimmsten Befall, auch mit dem Borkenkäfer, zu verhindern. Beispielsweise könnten Sie, Kollege Drautz, und auch die CDU einen Antrag meines Kollegen Walter Witzel und meiner Fraktion unterstützen, der fordert, die Landesbauordnung zu ändern. Die Musterbauordnung des Bundes lässt es nämlich seit 2000 zu, stärker Holz beim Bau zu verwenden. Ich denke, dass dies ein Anliegen eines dicht bewaldeten Landes wie Baden-Württemberg ist. Hessen und Bayern haben dies schon lange umgesetzt. Es ist nun an der Zeit, dass die baden-württembergische Landesregierung in dieser Frage ebenfalls etwas tut.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Teßmer SPD – Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

– Doch, die muss geändert werden, Kollegin Brenner. Ich glaube, dass wir uns da alle einig sind.

Noch ein letzter Punkt, die Nutzung der Holzenergie. Wir wissen, dass wir in finanziell schwierigen Zeiten leben. Aber wir müssen gerade in solchen Zeiten Prioritäten setzen. Deswegen muss die Förderung der Holzenergienutzung ein Schwerpunkt unserer zukünftigen Arbeit sein – auch mit finanziellen Mitteln.

Die Bewilligungen für das laufende Jahr liegen vor, aber es gibt keine Verpflichtungsermächtigungen, und es gibt keine Planungssicherheit. Wir wissen nicht, wie es in dieser Frage weitergeht. Deshalb fordern wir den Minister auf, ein klares Bekenntnis abzulegen, dass trotz der schwierigen finanziellen Situation diese Förderung auch in den nächsten Jahren aufrechterhalten wird. Die Unterstützung der Fraktion GRÜNE kann ich Ihnen hier heute schon versichern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich dem Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Willi Stächele.

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie mir gestatten, möchte ich gerne die Aktuelle Debatte noch etwas aktueller machen. Ich kann Ihnen nämlich mitteilen – ich weiß, dass wir hier gemeinsam am Werk waren –, dass um Mitternacht der Vermittlungsausschuss endgültig und fast einstimmig den Kompromiss zur GAP-Re-

(Minister Stächele)

form (Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik) angenommen hat. Baden-Württemberg hat hieran maßgeblich mitgezeichnet. Das Parlament hat dies unterstützt. Ich denke, bei allen Schmerzen, die von der GAP-Reform ausgehen, ist dies zumindest einmal ein gutes Stück Planungssicherheit für unsere Landwirte, für unsere Bäuerinnen und Bauern. Also, wir sind um Mitternacht ein gutes Stück weitergekommen.

(Beifall bei der CDU, der FDP/DVP und den Grünen)

Weniger erfreulich ist allerdings das Thema, das wir jetzt miteinander besprechen. Noch vor sechs Monaten wäre ich wahrscheinlich unglücklich gewesen, wenn wir dieses Thema im Parlament aufgerufen hätten.

(Abg. Teßmer SPD: Sind Sie jetzt glücklich?)

Damals haben mir meine Fachleute immer gesagt: „Lass es sein! Keine öffentliche Diskussion! Je mehr du über den Borkenkäfer redest, umso mehr geht der Holzpreis nach unten.“ Allerdings sind wir jetzt an einem Punkt angelangt, an dem man tatsächlich öffentlich diskutieren muss, um allen, auch denen, die vom Thema etwas weiter weg sind – und da gibt es in der Tat noch einige –,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

klar zu machen, welche ganz große Problematik im Wald erkennbar ist. In der Tat greift flächendeckend eine Plage um sich, die von einem ganz kleinen Käfer ausgeht. Ich weiß nicht, ob Sie das wissen: Borkenkäfer ist zwar der Überbegriff, aber es gibt auf der einen Seite den Kupferstecher, der in die Krone geht und in der Endgröße nur etwa 2 Millimeter lang ist, und auf der anderen Seite den Buchdrucker, der in die dickere Rinde geht und etwa 4 Millimeter lang ist.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Dieser kleine Käfer macht uns zusehends Schwierigkeiten. Er bereitet uns ganz große Sorgen im Blick auf die Waldbestände in Baden-Württemberg, den Privatwald, den Staatswald und den Kommunalwald.

Der Ausgangspunkt – und ich will nicht wiederholen, was schon Richtiges gesagt wurde – für das, was jetzt zu bewältigen ist, ist in der Tat, obwohl es immer auf einem gewissen Niveau Käfer gegeben hat – also Borkenkäfer gab es schon immer –, nach wie vor der Sturm Lothar, das gesamte Totholz, das damals nicht aufbereitet und aufgearbeitet werden konnte. Das war natürlich eine geeignete Brutstätte für ein Vermehren des Borkenkäfers. Dann gab es im Gefolge – zunächst abgeschwächt im Jahr 2002 – eine ansteigende Schadentwicklung im Jahr 2003. Jeder weiß: Den einen konnte es nicht heiß genug sein – die haben diesen Sommer genossen –, und die anderen haben gemerkt, dass diese sommerliche Hitze und diese Dürre zuallererst den Wald zu schädigen begannen.

Wir haben allein im Jahr 2003 2,1 Millionen Festmeter Schadholz aus dem Wald herausnehmen müssen; von diesen 2,1 Millionen sind wiederum 1,9 Millionen Festmeter allein auf den Borkenkäfer zurückzuführen. Man kann sa-

gen – so grob –, unserer Forstwirtschaft sind allein durch diese Schadholzsituation Schäden in Höhe von 50 bis 55 Millionen € entstanden, was weiß Gott nicht wenig ist, wenn man weiß, dass die Ertragsspanne mittlerweile gegen null geschrumpft ist.

Nun haben wir in diesem Jahr eine weitere Entwicklung. Das heißt, auch in diesem Jahr mussten bereits 350 000 Festmeter Dürholz herausgenommen werden und sind 630 000 Festmeter Käferholz bis zum Juni dieses Jahres angefallen. Die weitere Käferholzaufarbeitung beginnt jetzt im Juli/August auf einem sehr hohen Niveau. Die kühlfeuchte Witterung Anfang Juni hat keine Entlastung gebracht, höchstens vielleicht ein bisschen Aufschub. Das heißt, es geht weiter, und – das wurde schon genannt – insbesondere in den Schwerpunkten Oberschwaben, Schwäbisch-Fränkischer Wald und mittlerer Schwarzwald sind hier ganz brutale Entwicklungen zu verzeichnen.

Ich weiß nicht, ob Sie wissen, dass das Schlimme auch die Vermehrungsfähigkeit dieses Käfers ist. Was mir bis vor einiger Zeit nicht geläufig war, ist, dass ein solcher Käfer drei Generationen Nachkömmlinge im Jahr schaffen kann. Das sind aus einem Käfer in der Summe 50 000 Nachkommen in einem Jahr.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Dann kann man sich vorstellen, was für gigantische, geradezu inflationäre Ströme da entstehen und dass das letztlich unserem Wald große Schäden zufügen kann. Auch das wissen wir.

Was kann man tun?

(Abg. Teßmer SPD: Nein, was machen Sie?)

– Seit Anbeginn sind wir an diesem Thema dran, lieber Herr Teßmer; das wissen Sie.

Wir hatten bisher Gott sei Dank ausreichende Aufarbeitungskapazitäten, sodass bis jetzt tatsächlich alles Schadholz aus dem Wald herausgenommen werden konnte, das angefallen ist. Wir spüren aber zusehends, dass diese Aufarbeitungskapazitäten jetzt an ein Ende kommen. Die Aufnahmebereitschaft der Sägewerke ist aufgrund schlechter Konjunktur eher sinkend. Das kommt als Zweites dazu. Schließlich sind natürlich in Erwartung großer Schadholzanfälle die Rundholzpreise massiv unter Druck. Wir müssen im Moment davon ausgehen, dass der Preis bis zu 30 %, 35 % niedriger sein wird als etwa im Ausgangsjahr 1999 oder 2000.

Man muss auch wissen, dass die Aufarbeitung von solchem Schadholz, Borkenkäferholz, einiges mehr kostet. Wenn man normalerweise, grob gerechnet, von 15 € je Festmeter Holzeinschlag und -aufarbeitung ausgeht, bedeutet das: Überall dort, wo Schadholz aufgrund der Dürre oder des Borkenkäfers entstanden ist, müssen Sie das noch einmal verdoppeln. Dann können Sie sich ausrechnen, welche Ertragsspanne übrig bleibt. Dies trifft unsere Waldbesitzer.

Unsere vordringliche Strategie gegen Borkenkäfer ist natürlich die intensive Überwachung befallener Bestände und dann die schnellstmögliche Aufarbeitung des Holzes; denn

(Minister Stächele)

nach dem Erkennen eines Schadens – das wissen Sie – bleiben nur wenige Tage, um den Holzeinschlag und die Holzabfuhr zu organisieren und durchzuführen.

Ganz wichtig sind auch die Hilfestellung für die privaten Waldbesitzer durch das Einheitsforstamt, die überbetriebliche Planung und Steuerung der Aufarbeitung, der Vermarktung und auch der Wiederbewaldung.

Was wir nicht tun, obwohl da manche auf Hessen und Bayern gezeigt haben, ist: Wir geben keine direkte finanzielle Unterstützung für den Festmeter Käferholz, weil sich schon in Hessen und Bayern, die dies mit 2 € unterstützen, schnell gezeigt hat: Davon profitiert nicht der Waldbesitzer, der den eigenen Schaden hat, sondern das schlägt sich sofort im Holzpreis nieder, ist also im Grunde durchfließend. Es erreicht aber in keinem Fall den, der es bräuchte, nämlich den Waldbesitzer.

Nein, was wir machen, ist: Wir helfen, indem wir insbesondere bei der Aufforstung unsere Programme anwenden und auch bereit sind, das, was aus der Gemeinschaftsaufgabe in diesen Bereich fließt, noch etwas weiter zugunsten der Aufforstungen umzuschichten. Wir helfen dort, wo es darum geht, die Lagerung von Holz auf den landwirtschaftlichen Stilllegungsflächen zu ermöglichen. Wir setzen Personal um, und wir sind auch bereit, sofern in den kommenden Monaten Bedarf entsteht, weiteres Personal aus anderen Bundesländern heranzuziehen, um die ganze Misere schwerpunktmäßig – darum geht es – zu bekämpfen.

Herr Kollege Winkler hat von 18 Millionen € gesprochen. Ich weiß nicht, woher Sie diese Zahl haben. Vielleicht können wir uns darüber noch einmal unterhalten.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Entscheidend ist im Moment, dass genügend Betriebsmittel vorhanden sind, um ganz konkret in den Schwerpunkten bekämpfen zu können. Diese Sparmaßnahme, die Sie nannten – 1 Million € bei der Ausgleichzulage Wald; diese Ausgleichszulage wird an private Kleinwaldbesitzer verteilt, und es gibt sie nur in Baden-Württemberg –, ist nicht das geeignete Mittel. Damit können Sie im Grunde nur Sorge dafür tragen, dass Kleinwaldbesitzer überhaupt noch flächendeckend dranbleiben.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Ich habe ja gesagt: Das ist ein läppischer Betrag!)

– Weil Sie es erwähnt haben, muss ich darauf entgegnen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Wenn Sie die Baden-Württemberg-Karte anschauen, stellen Sie fest, dass es unterschiedliche Schwerpunkte gibt. Kollege Rüeck weiß darüber zu berichten. In seinem Wahlkreis besteht ein absoluter Schwerpunkt. Wir brauchen dort, wo es notwendig ist, Sofortmaßnahmen in Form von Personal, notfalls auch in der Weise, dass man Personal konzentriert. Dann muss man auch die Aufforstung möglichst rasch wieder vornehmen können.

Bis jetzt ist dies eine erfolgreiche Strategie gewesen. Wir wissen, dass sich im Juli und im August neue Herausforderungen ergeben.

Es ist keine Frage, dass wir auch mit dem zuständigen Ausschuss sprechen, sofern wir in diesem Zusammenhang weitere Betriebsmittel bräuchten.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

(Abg. Teßmer SPD: Jetzt kommen die Maßnahmen! Richard, jetzt musst du Farbe bekennen!)

**Abg. Drautz FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in der ersten Runde klar dargelegt, wie dramatisch die Situation in den Wäldern ist.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Ich möchte noch einmal auf den Nutzen der Wälder für die Allgemeinheit, für unser Leben, für unsere Erholung, für unseren Tourismus hinweisen. Dies muss ich nicht weiter darlegen, weil dies hier bekannt ist. Ich möchte auch der Forstverwaltung ein Lob dafür aussprechen, dass dieser Punkt in ihren Jahresberichten bundesweit immer ausführlich enthalten ist.

Wir haben jetzt aber Maßnahmen zu ergreifen, und zwar auch im Blick auf unser zukünftiges Landschaftsbild. Die Situation ist sehr dramatisch. Auch die Fachsprecher aller Fraktionen widersprechen dem nicht und sehen die Dramatik.

Ich finde, dass die Landesforstverwaltung erstens mit einem Einschlagstopp für Frischholz dafür gesorgt hat, dass sich die Arbeiten auf das Käferholz konzentrieren können.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Dies muss weiterhin gewährleistet sein und fortgesetzt werden.

(Abg. Drexler SPD: Verwaltungsreform!)

Zweitens: Die Forstverwaltung hat ihre personelle Kapazität ausgeschöpft. Es ist gut, dass der Minister sagt, aus anderen Bundesländern kämen entsprechende Hilfskräfte. Aber ich finde, dass in diesem Jahr innerhalb der Forstverwaltung in den betroffenen Gebieten die Aufhebung der Wiederbesetzungssperre erfolgen sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Drexler SPD: Das können Sie nach der Verwaltungsreform gar nicht mehr machen! Wie kommen Sie darauf? – Weitere Zurufe von der SPD)

Drittens: Der Fördersatz, Herr Drexler, für die Wiederaufforstung von Schadflächen im Klein-, Privat- und Körperschaftswald sollte erhöht werden – nach Möglichkeit mit einer entsprechenden Absenkung der bisherigen Förderwellen.

Viertens: Der Einsatz der privaten Forstunternehmer war für die Forstverwaltung bereits in der Vergangenheit von großem Nutzen. Eine Erhöhung der Sachmittel – dies könn-

(Drautz)

te auch ministeriumsintern geschehen – für Unternehmereinsatz im Staatswald ist deshalb sinnvoll, weil das geschlagene Holz noch immer kostendeckend am Markt untergebracht werden kann und somit haushaltsmäßig keine Belastung eintritt. Hierfür muss natürlich auch eine Reaktivierung von Nasslagern erfolgen.

Die FDP/DVP-Fraktion wird dieses Thema nicht nur im Landwirtschaftsausschuss weiterverfolgen. Wir sind der Überzeugung, dass die bisher vom Landwirtschaftsministerium getroffenen Maßnahmen noch nicht genügen, um unseren Wald nachhaltig zu schützen. Wir werden am Thema bleiben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Walter GRÜNE: So richtig gehört haben wir nicht, was ihr wollt!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

**Abg. Hauk** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Minister für Ernährung und Ländlichen Raum hat, was die kurzfristigen Möglichkeiten und Notwendigkeiten anbelangt, glaube ich, das Notwendige gesagt. Wir brauchen mehr Betriebsmittel, um den Einschlag, der notwendig ist, tätigen zu können. Das ist das Allerwichtigste. Das muss sichergestellt sein. Aber da gibt es ja auch eine entsprechende Kostendeckung, sodass das auch haushaltsneutral zu erbringen ist.

Das Zweite: Wir brauchen auch Personal. Wir brauchen kurzfristig Personal, das jetzt den notwendigen Bedarf decken muss. Aber wir brauchen auch zumindest das Personal, das im Stellenplan des Ministeriums ausgewiesen ist. Es geht nicht darum, dass wir mehr Personal brauchen. Aber das Personal, das im Stellenplan steht, sollten wir auch einstellen, weil wir in der Tat noch ein paar Hausaufgaben machen müssen, zum Beispiel bei der Professionalisierung des Holzverkaufs. Die Unternehmungen werden immer größer. Nicht mehr alle sind nur in Baden-Württemberg. Da müssen wir mehr tun.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Das Dritte: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen den Waldbesitzern eine Antwort auf die Frage geben, wie sie mit dem Problem auch finanziell umgehen können. Deshalb müssen wir die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe vorrangig für die Wiederaufforstung verwenden. Ich halte es für falsch, es wie die Bayern und Hessen zu machen, die sagen: „Ihr kriegt einen Zuschuss pro Festmeter Schadholz.“ Das halte ich für falsch, weil das der Markt sofort wieder schluckt. Aber dort, wo Kosten für die Wiederaufforstung naturnaher Mischwälder entstehen, müssen wir auch durch Umschichtung entsprechende Mittel konzentrieren, damit wir insbesondere den Privatwaldbesitzern, aber auch den Gemeinden, die Gemeindewälder besitzen, helfen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mittelfristig – Herr Kollege Walter, da werden Sie mir jetzt nicht mehr zustimmen, zumindest nicht mehr in allen Punkten – brauchen wir natürlich einen Waldumbau hin zu naturnahen Mischwäldern. Dort, wo es Sinn macht, ist durchaus auch

die Fichte noch genauso vertreten, weil einfach das Risiko minimiert ist. Lieber Herr Kollege Walter, Sie sollten aber die Liberalität, die Sie bei der Zuwanderungsdiskussion, wenn es um Menschen geht, einfordern,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Borkenkäfer!)

auch dort aufbringen, wo es um die Zuwanderung und Wiedereinbürgerung von Baumarten geht, die bei uns in den Eiszeiten heimisch waren und die wir jetzt wieder einbürgern wollen, nämlich Douglasie und Roteiche. Das Baumartenspektrum können wir ein Stück weit erweitern.

(Abg. Walter GRÜNE: Habe ich etwas gegen die Douglasie gesagt?)

– Sie führen doch ständig an, sie sei nicht im Vegetationsspektrum bei uns enthalten.

(Abg. Walter GRÜNE: Dazu habe ich noch nicht ein Wort gesagt!)

Meine Damen und Herren, ich komme zur Ursachenbekämpfung. Jetzt sind wir beim entscheidenden Punkt, nämlich beim Klimaschutz und bei den Dingen, die wir in Baden-Württemberg und bundesweit im Bereich des Klimaschutzes umsetzen können. Da hilft halt alles nichts, Herr Kollege Walter: Die Klimaschutzbilanz der rot-grünen Bundesregierung ist unterm Strich verheerend.

(Abg. Drexler SPD: Was? Das ist der größte Quatsch, was der wieder verzapft!)

Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß nimmt zu. Den Rußfilter verhindern Sie. Bei den regenerativen Energien setzen Sie auf die Energien, bei denen Sie fossile Energieträger brauchen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das haben Sie abgelehnt! Neubau von Kraftwerken!)

– Durch Lautstärke, Herr Kollege Drexler, wird überhaupt nichts besser.

(Abg. Drexler SPD: Sie wollen doch neue Atomkraftwerke!)

Sie setzen auf den unsicheren Wind

(Abg. Drexler SPD: Neue Atomkraftwerke!)

und wissen genau, dass Sie für jede Windmühle

(Abg. Drexler SPD: Neue Atomkraftwerke wollen Sie! Dann stellen Sie doch den Antrag!)

80 % Vorhaltekosten für fossile Energieträger haben müssen.

(Abg. Drexler SPD: Dann bauen Sie doch ein neues! Dann stellen Sie doch den Antrag, wo sie es bauen wollen! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Hauk, gestatten Sie – –

**Abg. Hauk** CDU: Herr Präsident, auch der Kollege Palmer kommt zum Zuge. Lassen Sie mich gerade noch den Gedankengang zu Ende führen.

(Hauk)

(Abg. Drexler SPD: Stellen Sie doch den Antrag auf ein neues Kernkraftwerk! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Sie machen zweitens einen Riesenfehler,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

indem Sie sagen, Herr Drexler: „Wir wollen den Ausstieg aus der Kernenergie und kompensieren diesen Ausstieg nicht in dem notwendigen Umfang durch regenerative Energien, weil es kurzfristig gar nicht machbar ist, sondern durch fossile.“ Das ist doch das Problem.

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch gar nicht wahr! Sie weisen noch nicht einmal neue Standorte aus!)

Schauen Sie doch einmal die Politik von Clement an. Schauen Sie doch einmal, wie die Energiepolitik derzeit läuft.

(Abg. Walter GRÜNE: Reden Sie doch keinen Stuss!)

Sie kompensieren den Ersatz, der durch Ihre Politik notwendig wird, durch fossile Energieträger: Gas, Kohle und Öl.

(Abg. Drexler SPD: Die Ökosteuer wollen Sie abschaffen! Reden Sie sich doch nicht raus!)

Das ist die Wahrheit. Dieser Wahrheit werden Sie sich stellen müssen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Quatsch! Und Sie wollen keine neuen Energien haben! Sie sind völlig gegen erneuerbare Energien!)

Ich sage Ihnen ganz klar, wie unsere Position heißt: Atomkraft ja,

(Abg. Drexler SPD: Ja, dann bauen Sie neue!)

in einem sicheren Umfang, aber Abbau des Einsatzes von fossilen Energieträgern und Anstieg des Einsatzes regenerativer Energieträger.

(Abg. Drexler SPD: Für den Borkenkäfer neue Atomkraftwerke!)

Sie haben gestern das Thema Wohnungsbau angesprochen. Ich will das noch einmal erwähnen, weil es in der Gesamtdiskussion eine Rolle spielt. Denn eines der größten Handlungsfelder, wo wir handeln können, wo übrigens auch die Bundesregierung relativ schnell handeln könnte, ist das Thema „Altbausanierung und Wärmedämmung“.

(Abg. Drexler SPD: Wer macht was im Land Baden-Württemberg? – Abg. Walter GRÜNE: Da gibt es doch entsprechende Programme!)

– Entschuldigung! Wie sieht denn derzeit die Wohnungsbaupolitik des Bundes aus?

(Abg. Drexler SPD: Sie haben das doch mit dem Rasenmäher runtergefahren in Baden-Württemberg!)

– Ja, langsam. – Wie sieht denn die Wohnungsbaupolitik aus? Sie machen eines richtig, indem Sie die Anforderungen für Neubauten erhöht haben; das ist in Ordnung.

(Abg. Walter GRÜNE: So einen Scheiß habe ich schon lange nicht mehr gehört! – Abg. Drexler SPD: Da haben Sie dagegen gestimmt im Bundestag!)

– Nein. Herr Kollege Drexler, das tragen wir doch mit.

Das Zweite: In dem Bereich, in dem wir das größte Einsparpotenzial haben,

(Abg. Drexler SPD: Er sagt die Unwahrheit, und zwar ständig!)

nämlich in der Wärmedämmung bei Altbauten, machen Sie de facto außer ein paar KfW-Programmen gar nichts.

(Abg. Drexler SPD: Was? Das ist die Unwahrheit!)

Da muss man sagen: Das ist das Handlungsfeld bei uns in Baden-Württemberg. Wir leisten in diesem Bereich der Altbausanierung sowohl in den Dörfern mit dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum wie auch im Bereich der Stadtanierung

(Abg. Drexler SPD: Wie viel denn?)

einen unendlich großen Anteil.

(Abg. Drexler SPD: Sie bauen weder neue Wohnungen, noch machen Sie Wärmedämmung! Erzählen Sie doch keine Storys! – Glocke des Präsidenten)

– Ein Letztes noch, dann kommt der Kollege Palmer, der sich ordnungsgemäß gemeldet hat.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD – Abg. Drexler SPD: Lauter Sprüche!)

Wir haben ein klares Signal gesetzt,

(Abg. Fischer SPD: Er hat doch schon lange überzogen! – Abg. Drexler SPD: Er müsste doch schon längst zu Ende sein!)

indem wir im Bereich des Klimaschutzes weder beim Klimaschutzprogramm des Landes

(Abg. Drexler SPD: Neue Atomkraftwerke!)

noch bei der Förderung regenerativer Energien, nämlich bei Biomasse und Biogas, gekürzt haben.

(Abg. Drexler SPD: Sie sperren die Waldwege wegen der Windräder!)

Denn das sind die Energieressourcen, die wir in Baden-Württemberg haben und die wir auch sinnvoll in Baden-Württemberg einsetzen können.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Hauk, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abg. Hauk** CDU: Ich bin am Ende meiner Rede . . .

(Abg. Drexler SPD: Wirklich am Ende!)

**Präsident Straub:** Gut. Vielen Dank.

**Abg. Hauk** CDU: . . . und darf, wenn der Kollege Palmer eine Nachfrage wünscht, diese gerne gestatten.

**Präsident Straub:** Ich kann jetzt keine Nachfrage mehr zulassen, . . .

**Abg. Hauk** CDU: Ist in Ordnung.

**Präsident Straub:** . . . weil die Redezeit schon erheblich überzogen ist.

(Abg. Moser SPD: Ich habe etwas vermisst zur Bekämpfung des Borkenkäfers in den Mohnfeldern von Afghanistan durch die Bundeswehr! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Das hätte noch gefehlt!)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Winkler.

**Abg. Alfred Winkler** SPD: Herr Hauk, ich möchte schon ein bisschen darauf eingehen, dass Sie die Bundesregierung wegen einer angeblich verfehlten Klimaschutzpolitik angegreifen. Das kommt mir so vor, wie wenn ein Eskimo einem Bewohner des Kongos vorschreiben würde, was er anzuziehen hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Knapp SPD: Und das ist noch geschmeichelt!)

Vor allem im Hinblick darauf, dass Ihr eigener Umweltminister hier erklärt hat, das Land habe sein Klimaziel nicht erreicht,

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Nehmen Sie das zur Kenntnis!)

ist das, was Sie gesagt haben, pharisäerhaft.

(Beifall bei der SPD)

Herr Landwirtschaftsminister, den Betrag von 18 Millionen € habe ich aus einem Artikel der „Stuttgarter Zeitung“. Das hat schon ein bisschen einen Hintergrund. Deswegen komme ich auf das Programm zu sprechen.

Wir haben ja jetzt – und das ist die Überschrift – das Borkenkäferproblem zu lösen. Dabei reicht es nicht, abzuwarten, ob die Käfer selbst dorthin zurücklaufen, wo sie herkommen. Da muss man ein bisschen mehr machen. Da vermissemich eine Aussage, zum Beispiel dazu, wie viel Geld Sie dafür brauchen. Und Sie brauchen Geld dafür. Ich vermissemich auch die Aussage, dass das nicht der Finanzminister entscheiden kann. Denn die Borkenkäfer nehmen keine Rücksicht darauf, wie viel Geld im Haushalt des Landes Baden-Württemberg vorhanden ist.

Hinzu kommt – gestern verabschiedet – die Verwaltungsreform. Ausgerechnet in der schwierigsten Phase des Landes seit 50 Jahren erledigt die Verwaltungsreform die Strukturen der Forstwirtschaft. Man kann ja beinahe sagen,

die Verwaltungsreform mutiere zu einem Artenschutzprogramm für Borkenkäfer.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Ja!)

Wie sollen Landkreise mit einem Problem fertig werden, das sie zum ersten Mal überhaupt verwaltungstechnisch lösen sollen? So einfach geht es also nicht. Sie sollten eigentlich ein Programm aufstellen.

Die Probleme beim Sturm Lothar wurden mit einer großen Anstrengung gelöst. Das gesamte Trockenholz, das gesamte Fallholz wurde in Nasslager gebracht.

(Abg. Drexler SPD: Zentral gesteuert!)

Das ist das Mindeste, was jetzt mit dem vom Borkenkäfer befallenen Holz gemacht werden muss. Voraussetzung ist, dass das vom Borkenkäfer befallene Holz aus dem Wald herausgeschafft wird und in Nasslager kommt. Wir müssen die Käfer vor dem Ausflug einfach aus dem Wald herausholen. Dazu kann man nicht warten, bis Feuchtigkeit kommt, bis eine Regenperiode einsetzt und bis es kühl wird. Das, was jetzt im Moment im Wald liegt, ist Fast Food für Borkenkäfer, und das müssen Sie entsorgen lassen.

Im Übrigen könnte man vielleicht auch noch zynisch sagen: Die fehlende Reaktion des Forstbereichs und der Landesregierung auf die jetzige brandaktuelle Situation, das ist Ohropax statt Pheroprax und Chalcoprax.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Dazu muss man sagen: Ohropax kennt jeder, aber Pheroprax und Chalcoprax vielleicht nicht. Das sind Hormonduftstoffe, die als Verwirrstoffe seit vielen Jahrzehnten im Weinbau wirksam eingesetzt werden und Ausflüge und Begattungsakte von Schädlingen verhindern. Ich will darüber keinen Rekurs machen, sonst könnte es vielleicht öffentlich gar nicht verwertet werden.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Herr Minister, zeigen Sie doch bitte noch auf, welchen Ansatz Sie haben, das größte Problem des Waldes in Baden-Württemberg in den letzten 50 Jahren zu lösen!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

**Abg. Walter** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der CO<sub>2</sub>-Experte Hauk hat hier gesprochen

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Guter Experte!)

und den Rußfilter in einen Zusammenhang mit dem Klimaschutz gebracht.

(Abg. Drexler SPD: Klasse! Das war schon der erste Fauxpas! – Abg. Hauk CDU: Im Gesamtkontext!)

Soll ich überhaupt noch etwas dazu sagen?

(Unruhe)

(Walter)

Es tut mir Leid, aber ich muss Ihnen, Kollege Hauk, wirklich sagen: Sie wissen ja, wie meine Partei und die Bundestagsfraktion meiner Partei zu diesem Thema stehen. Wenn Sie weiterhin der Meinung sind, dass wir einen Rußfilter brauchen, was ich hoffe, dann starten Sie doch eine Bundsratsinitiative. Sie werden dort unsere Unterstützung bekommen.

(Abg. Hauk CDU: Die läuft doch schon!)

– Ja, aber dann verleihen Sie ihr doch ein bisschen mehr Nachdruck, damit das möglichst schnell kommt.

(Abg. Zimmermann CDU: Sie müssen auf Bundesebene nachhaken!)

Sie kennen uns. Sie haben da unsere volle Unterstützung.

(Abg. Zimmermann CDU: Dann machen Sie es!)

– Ja, wir machen es ja.

Jetzt frage ich Sie einmal: Wenn Sie den Klimaschutz im Lande ansprechen und da etwas tun wollen, warum tun Sie dann nicht mehr für den ÖPNV? Denn diese Förderung ist ja mehr oder weniger eingestellt.

(Widerspruch des Abg. Dr. Lasotta CDU – Abg. Hauk CDU: Das ist unglaublich! Eine Milliarde stecken wir jährlich dort hinein! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Das sind doch Bundesmittel! – Gegenrufe der Abg. Hauk und Dr. Lasotta CDU)

Sie haben, meine Damen und Herren, offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen –

(Lebhafte Zu- und Gegenrufe)

Sie setzen Regionalisierungsmittel ein, aber setzen keine eigenen Mittel ein. Das ist doch das alte Thema.

(Anhaltende Zurufe)

– Könnten Sie dieses Gespräch nachher weiterführen, dann kann ich hier weiterreden. Denn eigentlich habe ja ich das Wort.

Sie haben nicht zur Kenntnis genommen, dass die CO<sub>2</sub>-Reduktion auf Bundesebene stattgefunden hat.

(Abg. Teßmer SPD: So ist es! – Abg. Drexler SPD: Nicht der Herr Kohl!)

Wir hatten einen Rückgang. Sie können doch da nicht argumentieren, es würde hier eine Zunahme geben. Die haben wir vielleicht in Baden-Württemberg, aber nicht auf Bundesebene.

Zum ersten Mal ist es uns dank der von Ihnen immer wieder verurteilten Ökosteuern gelungen, eine Trendwende beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Bereich des Verkehrs zu erreichen. Das gab es vorher nie. Das sind zwar nur ein paar wenige Procente, aber bisher gab es nur einen massiven Anstieg. Mittlerweile gibt es eine Reduktion im Verkehrsbereich; auch das ist ein Erfolg der rot-grünen Klimaschutzpolitik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wer im Bundesrat ursprünglich gegen das EEG gestimmt hat, wer ständig gegen Windkraft polemisiert, wie Sie das tun

(Abg. Drexler SPD: Waldwege sperren!)

und insbesondere der Herr Ministerpräsident –

– Da werden Waldwege gesperrt. Ich weiß gar nicht, wozu diese Verwaltung so alles Zeit hat, um den Windmühlkampf des „Don Erwin“ zu unterstützen. Ich kann nur sagen: Wer so etwas tut, der sollte hier doch nicht anderen Leuten vorwerfen, sie würden im Klimaschutz versagen.

Natürlich kann man nicht allein auf Windkraft setzen. Natürlich kann man nicht allein auf die Sonne setzen. Aber der Mix macht es, meine Damen und Herren, und dabei sind wir auf dem richtigen Weg.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Setzen wir darauf, was in Baden-Württemberg etwas taugt!)

In welchem Bereich, Frau Kollegin Brenner, haben Sie in den letzten Jahren auch nur annähernd einen solchen Zuwachs an neuen Arbeitsplätzen gehabt wie bei den regenerativen Energien? Das müssen Sie erst einmal hinkriegen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Was mich immer am meisten ärgert, Herr Kollege Hauk, wenn ich mit Ihnen und anderen Kollegen Ihrer Fraktion über Klimaschutz rede: Das Thema Energiesparen kommt so gut wie gar nicht vor oder spielt gar keine Rolle.

(Abg. Drexler SPD zur CDU: Sie wollten einen Ölgipfel!)

Sie wissen doch genau, dass Energiesparen immer noch die stärkste Energiequelle ist, die uns zur Verfügung steht.

(Abg. Hauk CDU: Deshalb rede ich über Wärmedämmung! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Und über Ölgipfel!)

– Ja, Sie reden darüber. Sie tun ein wenig; das gebe ich ja zu. Aber, Herr Kollege Hauk, die Bundesregierung hat hier die entsprechenden Programme auf den Weg gebracht, weil man erkannt hat, dass neben Maßnahmen im Bereich Verkehr die Altbausanierung am meisten CO<sub>2</sub>-Reduktion bringt. Wieso reden Sie denn davon, wir seien gescheitert? Im Gegenteil, seit Rot-Grün an der Regierung ist, ist das erstmals Regierungsprogramm. Vorher hat man vielleicht in Nebensätzen davon geredet.

(Abg. Hauk CDU: Aber was machen Sie daraus? – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Das ist eines der größten Altbausanierungsprogramme, die es gibt!)

– Entschuldigung, wir haben die entsprechenden Programme aufgelegt, die genutzt werden und zu Reduktionen führen. Das haben wir daraus gemacht. Das ist doch die Aufgabe der Regierung. Schauen Sie doch einfach einmal die entsprechenden Programme an.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Legen Sie doch einmal die Zahlen vor! – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

(Walter)

Jetzt komme ich unabhängig vom Thema Klimaschutz – über das wir uns an anderer Stelle gern noch einmal ausführlicher unterhalten können – zu den Personalstellen, die Herr Kollege Drautz und auch Sie angesprochen haben. Da möchte ich aber wirklich hier und heute hören, wann das denn geschehen soll. Wir sind uns einig: Wenn die Sperre im Jahr 2004 nicht aufgehoben wird, dann wird sie gar nicht mehr aufgehoben, weil ab dem nächsten Jahr die Landräte einen Teufel tun werden, diese Sperre aufzuheben.

(Zurufe der Abg. Röhm CDU und Teßmer SPD)

Deswegen würde es mich schon interessieren, Herr Minister, ob das noch geplant ist oder ob das nur ein Versprechen von FDP/DVP und CDU ist, das bemüht wird, wenn man draußen mit Forstleuten redet oder vielleicht hier eine Debatte führt.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Wird diese Aufhebung real stattfinden? Werden wir in diesem Jahr mehr Forstleute bekommen, ja oder nein?

(Abg. Drexler SPD: Genau! Die nächstes Jahr von den Landräten wieder entlassen werden!)

Dazu hätte ich gerne hier und jetzt eine Auskunft vom zuständigen Minister.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich dem Minister für Ernährung und Ländlichen Raum, Herrn Stächele.

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht noch einige Klarstellungen, die die zweite Runde notwendig gemacht hat.

(Abg. Rüeck CDU: Willi, die begreifen das eh nicht!)

Lieber Herr Winkler, wir brauchen jetzt keinen blinden Aktionismus.

(Zuruf von der CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Da sind ja Vorschläge gekommen, bei denen einem die Haare zu Berge stehen.

(Abg. Drexler SPD: Sie sind wirklich zu ersetzen! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Hören Sie zu, Herr Drexler; ein so großer Experte sind Sie auch nicht, dass Sie nicht mehr zuzuhören bräuchten.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Herr Winkler, wie wollen Sie das Borkenkäferholz auf Nasslager bringen? Haben Sie diesen Unsinn vorher wirklich durchdacht?

(Abg. Alfred Winkler SPD: Ich habe gesagt, das Borkenkäferholz muss aus dem Wald raus!)

– Also, dann nehmen Sie es schnell wieder herunter vom Nasslager. Das Nasslager birgt nämlich hochwertvolles Holz, da können Sie kein Borkenkäferholz hintun. Dies nur, um einmal zu zeigen, was in diesem wilden Aktionismus alles vorgeschlagen wird.

(Abg. Rüeck CDU: So ist es! – Abg. Teßmer SPD: Sie hören selektiv!)

Es ist festzustellen, dass sich Waldbesitzer und Forstverwaltung dieser Herausforderung bisher erfolgreich angenommen haben und der Sache Herr geworden sind.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist nicht richtig!)

Jetzt geht es darum, die weitere Entwicklung genauso erfolgreich zu meistern. Dazu braucht man Betriebsmittel. Man muss punktuelle Einsätze des Personals vornehmen können. Deswegen geht es darum, jetzt die vorhandenen etatisierten Mittel einzusetzen. Wenn die Mittel in dieser besonderen Situation nicht ausreichen, ist sichergestellt, dass wir auf Ausgabereste des vergangenen Jahres zurückgreifen können. Das ist die Antwort. Sie müssen doch vernünftig vorgehen. Es hat doch keinen Wert, hier irgendwie wild durch die Gegend zu fuchteln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Schauen Sie sich doch einmal die Karte an; da gibt es ganz unterschiedliche Schwerpunkte, auch bei der Frage, ob Neueinstellungen benötigt werden. Wir brauchen möglicherweise Zeitverträge aus den Betriebsmitteln. Wir brauchen Personal. Unter Umständen sind die Kapazitäten der privaten Forstunternehmen auch schon erschöpft; dann muss man entsprechende Kapazitäten in anderen Bundesländern abrufen – im Hinblick auf Unternehmungen.

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch eine Frage der Landkreise! – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Gehen Sie also davon aus: Noch bevor die Opposition hier im Landtag das Thema angeschnitten hatte, waren wir seit Monaten und Jahren an dieser Front erfolgreich tätig,

(Zurufe von der SPD)

und im Juli und August werden wir reagieren. Ich bin davon überzeugt, dass die Regierungsfractionen das Ihre tun werden, damit wir an dieser Front erfolgreich bleiben können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Minister, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Palmer?

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Der Experte?

(Zurufe von der CDU: Experte in allem! – Abg. Mack CDU: Der zahlt keine Ökosteuer, der fährt nur Fahrrad!)

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Minister, zum Thema „Experte“: Ist Ihnen bekannt, dass mein Vater Ihnen im letzten November einen Brief geschrieben hat, in dem er

(Boris Palmer)

auf das Thema Trockenheit und ihre Folgen für den Wald, insbesondere für den Buchenwald, hingewiesen hat? Das hat Sie offenbar nicht sonderlich interessiert.

Was ich aber eigentlich fragen wollte: Stimmen Sie mir zu, dass das, was Sie gerade als Aktionsprogramm zur Reaktion auf die akute Notlage im Wald beschrieben haben, sehr stark auf die derzeitige Struktur der Landesforstverwaltung zugeschnitten ist und dass mit einer zerschlagenen und auf Landkreisebene aufgeteilten Verwaltung beispielsweise die Anforderung von Hilfen aus anderen Bundesländern niemals mehr zu realisieren sein wird?

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut!)

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Zu Ihrer ersten Frage: Dieser Brief ist mir sicherlich zugegangen. Ihr Vater hat jedoch nicht so ausdrücklich seinen Sohn erwähnt, als dass ich mich jetzt mit Blick auf seinen Sohn an den Brief des Vaters erinnern könnte. Aber der Brief ist mir zugegangen, keine Frage, und wurde wohl auch beantwortet.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ich habe das früher mitgekriegt als Sie!)

Zu Ihrem zweiten Punkt glaube ich, dass wir auch hier die Geschichte wieder richtig auf die Reihe bringen müssen. Die Verwaltungsreform beginnt zum 1. Januar 2005.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Das weiß die SPD nicht!  
– Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Im Moment, also im Jahr 2004, müssen wir die Geschichte wie bisher schon ganz konsequent bewältigen.

(Abg. Knapp SPD: Das ist aber kurzsichtig!)

Auch mit dem 1. Januar 2005 wird die Funktion eines Einheitsforstamtes fortgeführt. Das heißt, diese Aufgabe wird gleichermaßen verantwortungsbewusst in Angriff genommen; das ist überhaupt keine Frage.

(Abg. Teßmer SPD: Einigermaßen!)

– Gleichermaßen, nicht „einigermaßen“. Gleichermaßen!

**Präsident Straub:** Herr Minister, gestatten Sie noch eine Nachfrage des Herrn Abg. Winkler?

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Herr Winkler? Ja, bitte.

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Herr Minister, Sie haben gesagt, Sie seien sehr erfolgreich beim Kampf gegen die Borkenkäferplage. Nach dem letzten heißen Sommer wurden im Herbst große abgestorbene Bestände festgestellt. Alle Fachleute haben die Borkenkäferbestandsexplosion für den Fall eines milden und ordentlich warmen Frühjahrs und Sommers vorhergesagt. Das haben alle vorhergesagt. Nun ist diese Situation eingetreten. Was heißt also „erfolgreich“?

(Abg. Rüeck CDU: Die Forstverwaltung schafft Tag und Nacht, Menschenkinder! – Abg. Drexler SPD: 44 Einheiten werden daraus gemacht! – Gegenruf des Abg. Mack CDU: Das juckt den Waldarbeiter doch nicht! Der schafft seine Sache!)

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Herr Winkler, „erfolgreich“ heißt, dass das angefallene Holz genau dort, wo Borkenkäfer auch auftreten, möglichst schnell aus dem Wald herausgeschafft wird. Das ist der Erfolg, der gezeitigt werden muss und den wir tätigen müssen. Darum geht es.

(Abg. Teßmer SPD: Die Bekämpfung der Käfer haben Sie doch völlig eingestellt! – Weitere Zurufe von der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes – Drucksache 13/3286**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Frau Abg. Kipfer.

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Die Vorgänge der letzten Wochen bezüglich der neu vorzunehmenden Besetzung der Stelle des Präsidenten der Landesanstalt für Kommunikation haben uns vor Augen geführt, wohin es führen kann, wenn eine Partei ihre Interessen mit den Interessen des Landes gleichsetzt. Noch vor wenigen Monaten haben wir hier einvernehmlich beschlossen, der Wahl des hauptamtlichen Vorstandsvorsitzenden der LfK eine Ausschreibung vorzuschalten. Warum eine Ausschreibung? Weil ein solches Verfahren mehrere Bewerbungen zulässt, Transparenz ermöglicht und die Chance eröffnet, die fähigste Person aus dem Kreis derer, die sich beworben haben, zu ermitteln.

Ich füge in Klammern hinzu: Daran ändert sich auch nichts, wenn jetzt plötzlich, über drei Monate nach Erscheinen des Textes der öffentlichen Ausschreibung am 15. März im „Staatsanzeiger“, die Landtagsverwaltung meinte, an diesem Text erneut herummäkeln zu müssen.

Zu einem solchen Ausschreibungsverfahren gehört, wenn man es denn ernst nimmt, zwingend, dass jede Fraktion vorurteilsfrei die Bewerber und Bewerberinnen anhört, um sich ein Urteil zu bilden und um dann zu versuchen, untereinander eine Zweidrittelmehrheit zustande zu bringen, wie das Gesetz es verlangt.

An dieser Stelle ist festzuhalten, dass allein die SPD-Fraktion alle drei sich bewerbenden Personen angehört hat. Die FDP/DVP-Fraktion hat, nachdem sie sich bereits öffentlich festgelegt hatte, zu ihrer eigenen Gewissensberuhigung eine Alibianhörung eines Bewerbers durchgeführt. Das ist zuzugeben. Die CDU-Fraktion hat überhaupt niemanden angehört. Sie war bereits festgelegt, bevor die Ausschreibungsfrist überhaupt zu Ende war. Ernsthafte Bemühungen, die SPD-Fraktion mit ins Boot zu nehmen, um eine Zweidrittelmehrheit zustande zu bringen, hat es ebenfalls nicht gegeben.

(Birgit Kipfer)

Ich zitiere dazu aus dem Kommentar zum Landesmediengesetz:

*Da die Zweidrittelmehrheit als Normalfall vorgesehen und sie im Interesse der Unabhängigkeit und Staatsferne auch verfassungsrechtlich der eindeutig vorzugswürdige Weg ist, sind die Landtagsfraktionen gehalten, sich rechtzeitig und ernsthaft um eine entsprechende Einigung auf geeignete, möglichst unabhängige Persönlichkeiten mit Kenntnissen und Erfahrungen im Medienbereich zu bemühen und auch tatsächlich einen entsprechenden Wahlversuch durchzuführen, da ansonsten die Intention des Gesetzes umgangen würde.*

Es ist festzuhalten, dass die CDU-Fraktion von Beginn an offenbar auf den Wahlgang nach § 36 Abs. 1 Satz 3 des Landesmediengesetzes spekulierte, also auf den Wahlgang mit Verhältniswahl, um den Bewerber ihrer Wahl mit ihrer eigenen Regierungsmehrheit durchzudrücken.

(Abg. Drexler SPD: Genau so ist es!)

Genau dies ist als verfassungswidrig zu bezeichnen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Walter GRÜNE)

Genauso sieht es übrigens auch der Kommentar zum Landesmediengesetz. Die Kommentatoren winden sich förmlich, um das Verdikt der Verfassungswidrigkeit einer Verhältniswahl zu umgehen. Zitat:

*Die Verhältniswahl ist im Hinblick auf die Staatsferne verfassungsrechtlich nicht ganz unproblematisch,*

– steht da diplomatisch –

*da bei diesem Wahlmodus die Mehrheitsparteien regelmäßig auch über die Mehrheit im Vorstand und damit in dem die Rundfunkordnung wesentlich prägenden Hauptorgan der Landesanstalt entscheiden können.*

Es folgt dann bezeichnenderweise der Verweis auf das Urteil des Sächsischen Verfassungsgerichtshofs zu § 46 Abs. 2 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes. Dieses Urteil hält eine entsprechende Bestimmung zum Verhältniswahlmodus nach vergeblichen Wahlgängen mit dem Erfordernis einer Zweidrittelmehrheit für verfassungswidrig. Dazu muss ich auch zitieren, weil Sie, wie ich annehmen muss, das sonst nicht nachlesen:

*Die zur Sicherung staatsfernen Rundfunks für das Wahlvorschlagsrecht entwickelten Anforderungen gelten erst recht für die Regelung der Abstimmungsmehrheit im Wahlverfahren. § 46 II Sächsisches Privatrundfunkgesetz genügt diesen Anforderungen nicht.*

Das ist genau der Punkt, um den es auch bei uns geht.

*Diese Regelung ermöglicht es der Regierungsmehrheit für den Fall, dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit binnen einer bestimmten Frist nicht zustande kommt, bestimmenden Einfluss auf die Wahl von drei der vier vom Parlament zu wählenden Medienratsmitglieder und damit auf drei von fünf der Medienratsmitglieder zu gewinnen. Dadurch kann die Regierungsmehrheit*

*die für die einfache Mehrheit notwendigen Stimmen auf Kandidaten vereinigen, die ihrer politischen Richtung nahe stehen, und damit Einfluss auf die wiederum von der einfachen Mehrheit im Medienrat zu fällenden Entscheidungen in Programmangelegenheiten, etwa über die Zulassung von Bewerbern, ausüben.*

*Der VGH verkennt nicht, dass das Erfordernis einer Zweidrittelmehrheit im Parlament dazu führen kann, dass eine Einigung der maßgeblichen politischen Kräfte nur schwer herzustellen ist und dadurch der vom Gesetzgeber vorgesehene Zeitplan hinsichtlich der Einsetzung der neuen Gremien nicht eingehalten werden kann. Diese Gefahr rechtfertigt es aber nicht, die Anforderungen zum Schutz der Rundfunkfreiheit zu senken. Im Gegenteil ist es angesichts der Bedeutung des Medienrats für die Medienpolitik und damit für die Sicherung einer an Meinungsvielfalt orientierten Rundfunkordnung die Aufgabe des Parlaments, nach einem tragfähigen Kompromiss zu suchen. Diesem Ziel dient das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit, indem es bewirkt, dass zur Verhinderung einseitigen Einflusses bei der Wahl der Medienratsmitglieder unterschiedliche politische Kräfte zusammenwirken und sich an einer gemeinsamen Lösung des Problems konstruktiv beteiligen müssen.*

Weil wir darauf bestehen, dass die Landesanstalt für Kommunikation in unserem Land staatsfern und im Übrigen auch kompetent geführt wird, wollen wir unserem Landesmediengesetz den Anschein der Verfassungswidrigkeit nehmen, indem wir die Möglichkeit, die Mitglieder des Vorstands in einem letzten Wahlgang nach d'Hondt zu wählen, streichen. Damit geben wir Ihnen, meine Damen und Herren von den die Regierung tragenden Fraktionen, die Chance, mit einer Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf auf den Pfad des demokratischen Anstands zurückzukehren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU: Oje!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Reinhart.

(Abg. Kübler CDU: Jetztet, Herr Professor!)

**Abg. Dr. Reinhart** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kollegin Kipfer, wir halten das bestehende Landesmediengesetz für verfassungsgemäß, auch mit demokratischen Regeln, und sehen auch nicht den Anschein einer Verfassungswidrigkeit.

(Abg. Drexler SPD: Das ist ja klar! – Abg. Stickelberger SPD: So wie Sie es anwenden, schon!)

Ich will Ihnen dazu sagen: Sie berufen sich ständig auf den Sächsischen Verfassungsgerichtshof. Das ist richtig. Wir kennen dessen Urteil.

(Abg. Walter GRÜNE: Immerhin!)

Aber Sie dürfen natürlich nicht nur das Urteil zitieren, sondern müssen auch die Unterschiede nennen, die wir im baden-württembergischen Recht haben. Sie sagen mit keinem

(Dr. Reinhart)

Wort etwas dazu, welche erheblichen Unterschiede zwischen den Kompetenzen bestehen, die der Medienrat in Sachsen und die der Medienrat in Baden-Württemberg hat.

Es gibt zum Beispiel erhebliche Unterschiede im Hinblick auf die Kompetenzregelungen und darauf, wo der Medienrat in Baden-Württemberg zustimmen muss. Er ist nämlich unmittelbar in die Entscheidungsprozesse bei der Zuweisung von Übertragungskapazitäten eingebunden. Er ist an den Auswahlentscheidungen bei der Einräumung von Sendezeiten für unabhängige Dritte und beim Erlass von Richtlinien und Entscheidungen im Bereich des Jugendschutzes – auch durch ein zwingendes Zustimmungserfordernis – beteiligt. Darüber hinaus beschließt der Medienrat bei uns im Land den Haushaltsplan der LfK, und er soll Empfehlungen zur Medienpädagogik herausgeben und durch Unterrichts- und Vorschlagsrechte die Meinungsvielfalt im privaten Rundfunk gewährleisten.

Warum sage ich das? All das haben Sie im sächsischen Recht eben nicht. Sie haben dort keinen gruppenplural zusammengesetzten Medienrat mit derart vielen Zustimmungskompetenzen. Deshalb ist es eben nicht richtig, von vornherein einfach den Folgeschluss zu ziehen,

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

weil in Sachsen ein Gesetz verfassungswidrig sei, sei das eventuell auch in Baden-Württemberg so.

(Abg. Drexler SPD: Staatsferne ist Staatsferne, hier wie in Sachsen! Ganz einfach! – Gegenruf des Abg. Kübler CDU)

– Herr Kollege Drexler, der Gedanke der Staatsferne ist völlig unstrittig. Er wird auch von uns genauso akzeptiert, gewünscht und gewollt wie von Ihnen.

(Abg. Drexler SPD: Ja! Bei der Besetzung durch Regierungssprecher! Sehr schön!)

Jetzt komme ich zu § 36 des Landesmediengesetzes. Sie müssen uns erst einmal erklären, was Sie eigentlich wollen. Sie wollen inhaltlich die Streichung der Verhältniswahl nach § 36 Abs. 1 Satz 3. Formal aber wollen Sie anscheinend die Streichung von Satz 2. Erklären Sie uns einmal, was Sie wirklich wollen. Aber das ist nur die handwerkliche Frage.

In der Sache haben Sie, Frau Kollegin, völlig richtig ausgeführt: Wir wollen den Kompromiss. Wir wollen konstruktive Lösungen

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das haben wir bisher noch nicht gemerkt! – Abg. Walter GRÜNE: Konstruktive Lösungen?)

– ja, ja; lassen Sie es jetzt einmal –, und wir wollen auch ganz normal nach § 36 des Landesmediengesetzes mit einer Zweidrittelzustimmung gemeinsame Ergebnisse. Das ist der Wille. Das wollen wir auch.

(Lachen des Abg. Drexler SPD)

– Moment. Herr Kollege Drexler, hören Sie jetzt einmal zu. – Wir haben dann das Verfahren nach d'Hondt auch im Verhältniswahlrecht. Das heißt, gerade die Minderheits-

rechte der Opposition werden gewährleistet. Sie sind nämlich im Vorstand beteiligt. Das wissen Sie. Allerdings ist es nicht so, dass der Vorstand hier allein entscheidet. Der Vorstand könnte nach verfassungsrechtlichen Prüfungen sogar von der Regierung selbst ernannt werden; denn Sie haben einen Medienrat, und Sie müssen das im Lichte der Kompetenzen sehen.

Drittens will ich Ihnen sagen: Schauen Sie einmal in Artikel 2 der Landesverfassung. Sie werden dort feststellen, dass auch die Rundfunkfreiheit nicht grenzenlos oder ohne Einschränkungen ist, sondern unter dem Vorbehalt des Gesetzes steht. Ich kann hier nur an Kopftuchdiskussionen und anderes erinnern. Es ist ja nicht so, dass dies ein schrankenloses Grundrecht darstellen würde.

Warum brauchen wir eine Regel, die zum Schluss auch eine Lösung bringt? Wir brauchen deshalb eine Regel, weil natürlich ansonsten die Gefahr besteht, dass wir uns mit dem Zweidrittelerefordernis immer blockieren – monatelang und noch länger. Was machen Sie denn, wenn Sie keinen Kompromiss finden? Was machen Sie denn, wenn Sie letztendlich keine konstruktive Lösung haben? Dann brauchen Sie einen Maßstab, eine Regel, die eine Lösung vorschreibt. Das heißt, wir brauchen auch Handlungsfähigkeit.

Deshalb ist ergänzend, wenn man sich das Landesmediengesetz einmal anschaut, zu berücksichtigen,

(Glocke des Präsidenten)

dass wir natürlich einen Gesamtzusammenhang haben aller Normen – –

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Kollege Reinhart, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Drexler?

**Abg. Dr. Reinhart** CDU: Natürlich, Herr Fraktionsvorsitzender, von Ihnen gerne.

**Abg. Drexler** SPD: Herr Kollege Reinhart, erklären Sie mir doch einmal, wie es sich nach Ihrer Auffassung mit der Mitwirkung des Parlaments verhält. Einen Tag nach Ende der Ausschreibungsfrist teilen die CDU-Fraktion und die FDP/DVP-Fraktion mit, sie hätten im Koalitionsausschuss bestimmt, dass Herr Steinle, der Regierungssprecher, neuer Präsident der LfK werden solle. Sie lehnen es ab, im Ausschuss überhaupt alle Bewerber anzuhören. Es gab überhaupt keine Gespräche darüber. Wie soll denn da ein Kompromiss zustande kommen, wenn Sie sich so verhalten? Warum haben wir denn eine gemeinsame Ausschreibung beschlossen, wenn Sie im Grunde genommen so handeln wie in diesem Fall?

**Abg. Dr. Reinhart** CDU: Herr Kollege, die Gespräche – was die Kompromisse, das konstruktive Zusammenarbeiten, Ihre Gespräche, auch Ihre Vorschläge der Personen und der Stellvertreter angeht – habe ich selbst nicht geführt.

(Abg. Drexler SPD: Die sind überhaupt nicht geführt worden! – Abg. Stichelberger SPD: Die hat keiner geführt!)

Deshalb steht es mir nicht zu, das, was nun die Kontakte auf diesen Vorgesprächsebenen angeht, zu bewerten.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

(Dr. Reinhart)

– Ja, ja, das werden wir schon einmal sehen. Aber wir reden heute über eine Gesetzesänderung.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Sie sprechen über die Frage der Subsumtion im Alltag. Das ist eine andere Frage. Die kann ich heute

(Zurufe von der SPD)

– Moment! – nicht beurteilen, wenn ich nicht an den Gesprächen beteiligt war.

(Abg. Drexler SPD: Es ist niemand beteiligt gewesen! Sie waren in der CDU-Fraktion beteiligt, wir nicht!)

– Herr Kollege Drexler,

(Abg. Walter GRÜNE: Die CDU-Fraktion hat es aus der Zeitung erfahren!)

man darf nie den Fehler machen, was konstruktives Zusammenwirken in der Subsumtion angeht, zu sagen: „Deshalb muss das Gesetz geändert werden.“ Denn wenn Sie eine Gesetzesvorschrift streichen,

(Abg. Schmid SPD: Das Gesetz behindert doch das konstruktive Zusammenwirken!)

eine Vorschrift des § 36, haben Sie noch gar nichts gelöst und auch gar nichts geregelt. Es geht um einen Normzweck im Lichte der Verfassung und um eine landesgesetzliche Regelung. Diese landesgesetzliche Regelung ist sehr wohl im Normzweck auch im Lichte der Verfassung aus unserer Sicht gut, konstruktiv und vor allen Dingen verfassungsgemäß.

Ich will Ihnen deshalb hierzu auch abschließend durchaus sagen: Wir sollten nicht den Fehler machen, wenn es jetzt zurück zum Start geht,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Warum eigentlich?)

bei der Neuausschreibung einen Fehler, der bei der Ausschreibung, die die LfK zu verantworten hat, gemacht worden ist,

(Abg. Drexler SPD: Und den das Staatsministerium akzeptiert hat!)

zum Anlass für eine abstrakt-generelle Regelung im Gesetz zu nehmen, sondern gerade jetzt sind wir gefordert, und wir sind auch überzeugt davon, dass dieses Gesetz in Baden-Württemberg durch die vielfältigen Kompetenzen des Medienrats sehr demokratisch – übrigens sehr staatsfern – geregelt ist. Dieser Medienrat ist so gruppenplural zusammengesetzt – aus Parlamentariern, aus Regierungsmitgliedern, aus Verbänden, aus Gruppen –, dass aus unserer Sicht gerade dort die Staatsferne gewährleistet ist. Wir halten deshalb Ihren Gesetzentwurf nicht für zustimmungsfähig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Theurer.

(Abg. Schmiedel SPD: Der künftige Wirtschaftsminister!)

**Abg. Theurer FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zielt darauf ab, bei der Wahl des Vorstands der Landesanstalt für Kommunikation durch den Landtag zwingend eine Zweidrittelmehrheit vorzusehen. Begründet wird dies mit dem Argument, dass dadurch die Staatsferne erhöht und verbessert werden könnte. Denn bei der derzeitigen Regelung – so die Begründung – hätten die Mehrheitsfraktionen im Landtag stets auch die Mehrheit im Vorstand der Landesanstalt für Kommunikation.

Wenn man einmal genau hinschaut, stellt man in der Tat fest, dass sich im Vorstand der Landesanstalt für Kommunikation das Spektrum der im Landtag vertretenen Parteien und natürlich auch die Mehrheitsverhältnisse der Fraktionen im Haus widerspiegeln. Man kann ja nun über das d'Hondt'sche Höchstzahlverfahren vieles sagen. Sie wissen, dass dieses Verfahren die großen Parteien eher begünstigt, die kleinen eher benachteiligt. Andererseits ist es ein Auszählungsverfahren, das auch höchstrichterlich durch das Verfassungsgericht immer wieder als Alternative zugelassen wurde. Man kann also in dieser Frage sehr wohl diskutieren, ob man es anders haben möchte oder nicht.

Ich glaube auch, dass die Staatsferne des Rundfunks – sowohl des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als auch der Kontrollkommission für den privaten Rundfunk, also der Landesanstalt für Kommunikation – gewährleistet sein muss. Die Frage ist, wie man das am besten erreichen kann. Ich glaube, dass man hier kritisch hinterfragen muss, ob die von Ihnen, Frau Kipfer, vorgeschlagene Zweidrittelmehrheit tatsächlich der Weisheit letzter Schluss ist. Erstens sieht die derzeitige Regelung ja vor, dass in den ersten Wahlgängen eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Das heißt also, wir haben in diesem Hause bisher die Meinung vertreten, dass es gut ist, am Anfang den Konsens zu suchen. Aber es ist in unserem Landesmediengesetz eine Konfliktlösungsregel enthalten, wonach, wenn eine Einigung nicht erfolgen kann, eine qualifizierte Mehrheit hier im Hause im dritten Wahlgang den Vorstand der LfK berufen kann.

Sind andere konsensuale Verfahren besser geeignet, zu einer vernünftigen Führung zu kommen? Das ist ja das, was Sie hier ansprechen. Ich erinnere nur daran, welches Tauziehen es beispielsweise bei der Findung eines Intendanten für das Zweite Deutsche Fernsehen gegeben hat. Dies war dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht zuträglich. Über Monate hinweg wurde gestritten, wie der Intendantenposten beim ZDF besetzt werden kann. Hier haben wir ja über die Mitwirkung der Länder und den Bundestag den Vorstand und auch den Fernsehrat des ZDF, wofür eine Dreifünftelmehrheit erforderlich ist. Man hat gesehen, wie sich hier die Vertreter – angeblich auch staatsfern, aber trotzdem über die Parteien von den Parlamenten bzw. Staatskanzleien vorgeschlagen – gegenseitig blockiert haben. Ich hatte nicht den Eindruck, dass dieses Verfahren besser geeignet war, das Ansehen des ZDF zu erhöhen. Nach außen hin ist der Eindruck erweckt worden, es sei hier ein Tauziehen um die Intendantur des ZDF entstanden.

(Theurer)

Ich befürchte, dass es dann, wenn man eine Zweidrittelmehrheit einführt und keinen Konfliktlösungsmechanismus hat, auch hier zu einem monatelangen Geschacher um den Vorstand der Landesanstalt für Kommunikation kommen kann.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Es muss doch gar nicht zum Konflikt kommen! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Deshalb stellt sich zweitens die Frage: Welche Kompetenzen hat der Vorstand der Landesanstalt für Kommunikation, und welche Kompetenzen hat der Medienrat? Hierzu hat der Kollege Reinhart darauf hingewiesen, dass das Verfassungsgerichtsurteil aus Sachsen nicht einfach auf Baden-Württemberg übertragen werden kann. Wenn man genauer hinschaut, sieht man, dass der Vorstand der Landesanstalt für Kommunikation dort wesentlich weiter gehende Entscheidungsmöglichkeiten hat als bei uns, weil in Baden-Württemberg – ich denke, das zeichnet unser Land aus und war auch eine richtige Entscheidung in der Vergangenheit – der Medienrat doch mehr Kompetenzen hat als der in Sachsen. Das heißt, die Handlungskompetenzen des eher die parteipolitischen Mehrheitsverhältnisse des Landtags widerspiegelnden Vorstands der Landesanstalt für Kommunikation finden ihre Begrenzung und Kontrolle im Medienrat, der – wie angeführt – plural besetzt ist.

Insofern sind wir der Meinung, dass das Verfassungsgerichtsurteil aus Sachsen nicht einfach übertragen werden kann. Wir verschließen uns nicht einer Diskussion – das ist ja hier die erste Lesung –, in der man überlegt, wie man die Staatsferne besser erreichen kann. Diese Diskussion ist legitim; die muss auch immer wieder geführt werden. Wir weisen aber an dieser Stelle darauf hin, dass die FDP/DVP immer dafür war, die Position des Vorstands der LfK auszusprechen. Wir haben uns auch für ein faires Bewerberverfahren eingesetzt.

(Widerspruch des Abg. Drexler SPD)

Ich kann für unsere Fraktion erklären, Herr Kollege Drexler: Wir haben alle Bewerberinnen und Bewerber für das Amt des Vorstands der Landesanstalt für Kommunikation in die Fraktion eingeladen.

(Abg. Drexler SPD: Vorher im Koalitionsausschuss aber zugestimmt!)

– Nein, wir haben nicht zugestimmt, sondern wir haben uns alle Bewerber angeschaut. Wir haben uns auch vorbehalten, hier eine fachlich korrekte Wahl durchzuführen. Wir werden uns auch in Zukunft, wenn jetzt durch formale Fehler neu ausgeschrieben werden muss, vorbehalten, dass wir alle eingegangenen Bewerbungen kritisch und sachgerecht prüfen, um dann die beste Person für dieses wichtige Amt in unserem Land auszuwählen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie haben also im Koalitionsausschuss nicht zugestimmt!)

**Abg. Theurer** FDP/DVP: Ich persönlich habe nicht zugestimmt.

(Abg. Drexler SPD: Aber die FDP/DVP!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

**Abg. Walter** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unabhängig von all den juristischen Fragen stellen sich hier natürlich auch die politischen Fragen.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

– Es geht um ein Gesetz. Gesetze werden aber im politischen Raum verabschiedet.

(Abg. Drexler SPD zur CDU: Das können Sie doch ganz besonders! Sie besetzen doch jede Stelle mit CDU-Leuten!)

Sie wissen ja, Herr Kollege Reinhart: „Einser-Jurist und auch sonst nur mäßig begabt“ ist ein bekannter Spruch. Deswegen diskutiere ich jetzt hier lieber die politische Dimension.

Wir haben im Rahmen der Änderung des Rundfunkstaatsvertrags eine Änderung des Mediengesetzes vorgenommen. Damit sollte unter anderem die Verlängerung der Amtszeit des Vorstands und –

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

sozusagen als Zuckerle – die Ausschreibung der Stelle des Präsidenten der LfK ermöglicht werden. Die Druckerchwärze war noch nicht einmal trocken, da haben Sie diese Änderung schon ad absurdum geführt, indem Herr Oettinger erklärt hat – ob Sie von der FDP/DVP da noch gehört werden oder nicht, interessiert bei der CDU, glaube ich, ohnehin niemanden mehr –, Regierungssprecher Steinle werde neuer Präsident. Es war noch nicht einmal klar, wer sich alles beworben hat, und schon war die Entscheidung gefallen. Das ist der Umgang mit diesem Parlament, das ist der Umgang mit dem Medienrat. Sie haben der LfK dadurch massiven Schaden zugefügt.

Es geht – das wird doch auch überall immer gelobpreist – um die Staatsferne der LfK, es geht darum, dass hier ein unabhängiger Präsident gewählt wird. Wir hatten in der Vergangenheit schon bei Themen wie „sonnenklar“ das Problem, dass im Grunde der Eindruck entstand, es bestehe eine Standleitung zwischen dem Staatsministerium und der LfK und dass genau das entschieden werde, was das Staatsministerium möchte.

(Abg. Dr. Birk CDU: Böse Unterstellung! – Abg. Pauli CDU: Das behaupten Sie seit 20 Jahren!)

– Nein, seit 20 Jahren kann ich es nicht behaupten, weil das erst vor einem Jahr passiert ist.

(Abg. Dr. Birk CDU: Böse Unterstellung! Sitzt im Medienrat und weiß es besser! – Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Deswegen, meine Damen und Herren, ist das ein denkbar schlechter Start für einen neuen Präsidenten.

(Beifall des Abg. Stickleberger SPD – Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

(Walter)

Gerade weil Sie, Herr Birk, auch im Medienrat sitzen, wissen Sie, wie das Trauma Volz im Medienrat immer noch weiterwirkt und weiterlebt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Aber Ihre Unterstellungen zu „sonnenklar“ stimmen nicht!)

Herr Kollege Birk, Sie schaden dem Medienstandort Baden-Württemberg. Welche Diskussionen werden denn in den überregionalen Zeitungen geführt?

(Abg. Stickelberger SPD: Aber wie!)

Über BTV wird diskutiert, über „sonnenklar“ wird diskutiert,

(Zurufe der Abg. Pauli und Dr. Birk CDU)

und jetzt wird noch darüber diskutiert, wie hier der Präsident gewählt wird.

(Zurufe der Abg. Dr. Reinhart und Dr. Birk CDU)

Ich kann Ihnen nur sagen: Sie haben dem unabhängigen Kandidaten keine Chance gelassen, und Sie haben damit allen geschadet. Sie, Herr Kollege Birk, müssen doch auch die Briefe bekommen

(Abg. Drexler SPD: Nein, er macht sie nicht auf!)

von den Medienschaffenden in diesem Land, die sich dafür aussprechen, dass hier ein unabhängiger Kandidat gewählt wird.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Wir reden über das Landesmediengesetz!)

Haben Sie die Diskussionen im Medienrat nicht mitbekommen?

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Herr Kollege Birk, Sie haben doch versucht, mit lächerlichen formalen Tricks eine Abstimmung zu verhindern.

(Abg. Dr. Birk CDU: Formale Tricks? Schauen Sie einmal die Zuständigkeit im Medienrat an!)

Man muss sich einmal vorstellen: Der Medienrat, der den Schwarzen in seiner Mehrheit nicht gerade ganz fern ist, spricht sich auch für einen unabhängigen Kandidaten aus.

All dies – ohne den Kandidaten der CDU zu nennen – waren klare Bekenntnisse gegen den Kandidaten, den die CDU vorgeschlagen hat. Das wollen Sie nicht zur Kenntnis nehmen.

Sie haben es abgelehnt – Sie sagen, wir könnten uns hier ein Bild von allen machen –, die Kandidatin und die zwei Kandidaten in den Ständigen Ausschuss einzuladen. Was wäre daran falsch gewesen? Dann hätte sich der in diesem Parlament für den Bereich Medien zuständige Ausschuss mit diesem Thema beschäftigen können. Auch das haben Sie abgelehnt,

(Abg. Drexler SPD: Verhindert!)

weil Sie in alter CDU-Gutsherrenart wussten: „Eine solche Stelle“ – es ist, glaube ich, eine B-9-Stelle – „darf in Baden-Württemberg nur mit einem von den Unseren besetzt werden, sonst ist ‚Land unter‘.“

(Abg. Pauli CDU: So ein Blödsinn!)

– Doch, so ist es, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Walters Märchenstunde! Unterste Schublade!)

– Ja, Herr Kollege, ich finde die Diskussion, die da geführt wird, auch sehr dürftig.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Allerdings!)

Ich muss es noch einmal erwähnen – ich weiß nicht, welches ein Demokratieverständnis Sie haben –: Einen Tag nach Ende der Bewerbungsfrist – der Kollege Drexler hat darauf hingewiesen – wird par ordre du mufti vom Kollegen Oettinger verkündet, wer der neue Mann ist.

(Abg. Drexler SPD: Und samstags steht es in der Presse!)

Wahrscheinlich haben auch Sie es nur aus der Presse erfahren. Wahrscheinlich ist ja nicht einmal die CDU-Fraktion einbezogen gewesen. Wenn Sie sich das gefallen lassen, ist das Ihre Sache. Wir wollen es uns nicht gefallen lassen.

Jetzt noch ein letzter Punkt: die Ausschreibung. Einen Tag vor der Abstimmung merkt das Staatsministerium, dass die Ausschreibung fehlerhaft ist.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Birgit Kipfer: Sei!)

– Sei. Das ist müßig. – Wenn ich jetzt zum Beispiel lese, was Herr Hirschle, der amtierende Präsident der LfK, dazu heute in den „Stuttgarter Nachrichten“ sagt, dann stellt sich mir die Frage, ob dem so ist. Er ist ganz anderer Meinung.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Der Mann hat einen Fehler gemacht!)

Offensichtlich war zumindest der Ausschreibungstext auch beim Landtag gelandet. Der Landtag hat entweder „Interessiert uns nicht“ oder „Ist okay“ gesagt; das weiß ich nicht genau. Beim Staatsministerium ist der Text anscheinend nicht gelandet, hat mir der Kollege Palmer gesagt. Aber die Ausschreibung war ja sicherlich auch im Staatsministerium spätestens zu dem Zeitpunkt, als sich Herr Steinle beworben hat, bekannt. Sie haben keine Einwände erhoben. Jetzt, wo die Diskussion aus dem Ruder gelaufen ist und Sie einen Kandidaten haben, der in ganz Baden-Württemberg heftigst umstritten ist, ziehen Sie hier die Notbremse.

(Abg. Drexler SPD: Es gibt keine Zweidrittelmehrheit!)

Der Kollege Theurer hat noch gesagt: „Dann gibt es ewig Streit.“ Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn ein guter, unabhängiger Kandidat oder eine Kandidatin von Ihnen angeboten worden wäre, dann hätte es hier wahrscheinlich mehr als

(Walter)

eine Zweidrittelmehrheit gegeben. Aber da Sie das Verfahren so gewählt haben, ist Ihr Kandidat eben höchst umstritten. Im Übrigen haben Sie mit diesem Verfahren Herrn Steinle mehr geschadet als alle, die nun Kritik an diesem Verfahren üben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Minister Dr. Palmer.

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich rate uns, die ganz großen Töne bei diesem Thema hier beiseite zu lassen.

(Lachen bei der SPD)

Ich habe mich ein bisschen gewundert, Frau Kipfer, über Formulierungen wie „Verfassungswidrigkeit“ oder „demokratischer Anstand“. Jetzt gerade sagte Herr Walter: Wir schaden dem Medienstandort.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Es geht um einen Personalkonflikt, wie er in jeder Demokratie zu jeder Stunde auf jeder Ebene immer wieder vorkommt.

(Oh-Rufe von der SPD – Widerspruch bei der SPD)

Ich rate Ihnen einfach, ein bisschen auf den Teppich zu kommen, das Thema ein bisschen herunterzuziehen und nicht zu überhören.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Einfach ein bisschen herunterzonen!

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Es geht um eine Personalfrage. Es geht darum, dass mehrere geeignete Bewerber für ein Amt zur Verfügung stehen. Es gibt einen Bewerber, den Sie als Ihren Favoriten erklärt haben. Dieser Bewerber ist bisher in der Landesanstalt für Kommunikation sehr qualitativ tätig. Er ist ein ausgewiesener Fachmann für Medienrecht. Er versteht etwas davon. Das kann für den medienrechtlichen Teil gar nicht bestritten werden. Er ist auch Kommentator des Landesmedienrechts.

Auf der anderen Seite haben wir einen genauso qualifizierten Bewerber, den Regierungssprecher des Landes, der vielfältige Führungserfahrung in Bundesministerien und in Landesministerien hat, einen promovierten Sozial- und Geisteswissenschaftler, der dem Rundfunkrat des SWR angehört und ebenfalls über beträchtliche Medienkunde verfügt.

In einer solchen Situation – das will ich einfach sagen – finde ich es nicht richtig – deshalb danke ich auch dem Kollegen Walter dafür, dass er am Ende auch in der Würdigung der Person von Dr. Steinle sehr sachlich war –, dass man einen von zwei möglichen Bewerbern einfach runtermacht und seine Qualifikation bestreitet.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das hat niemand getan! – Abg. Stickleberger SPD: Das haben wir nicht getan! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Kein Mensch macht das!)

Wir haben es bei Herrn Dr. Steinle mit einem hoch qualifizierten Bewerber zu tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Nun möchte ich an etwas erinnern, was bisher in der Diskussion noch gar nicht gesagt wurde. Das muss man aber einfach auch einmal in diesen Zusammenhang stellen. Es ist ein guter Grundsatz in fast allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, dass man Hausberufungen vermeiden soll. Es gibt dazu einen eigenen Erlass bei Schulleitern. Es gibt an Universitäten die Verpflichtung, Hausberufungen zu unterlassen. Man kann in extremen Ausnahmefällen, wenn überhaupt kein fremder Bewerber von auswärtigen Institutionen zur Verfügung steht,

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

auch einmal eine Hausberufung vornehmen. Aber ich gebe schon zu bedenken, ob es nicht richtig ist, dass Institutionen immer wieder der Erneuerung bedürfen, dass es eines revolutionierenden Elements in der Verwaltung bedarf, dass es geradezu gewünscht ist, dass man seinen Berufsweg nicht ausschließlich in einer Institution vollzieht. Deshalb spricht auch sehr viel dafür, dass man in diesem Fall eben keine Hausberufung vornimmt, sondern Sachverstand von außen in die Landesanstalt für Kommunikation ruft, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Drexler SPD: Das machen wir bei der Regierungsumbildung am 14. Juli! – Abg. Walter GRÜNE: Wie ist es dann mit Staatssekretären, die nicht Minister werden?)

Dann möchte ich sagen, lieber Herr Walter, es handelt sich um eine B-7-Stelle und nicht um eine B-9-Stelle.

(Abg. Walter GRÜNE: Entschuldigung! Trotzdem zu hoch! – Zuruf des Abg. Capezuto SPD)

Vor sieben Jahren wurde hier genauso die Qualifikation von Dr. Hirschle bestritten. Sie haben ihn im ersten Wahlgang durchfallen lassen. Heute ist er ein allgemein anerkannter Präsident, mit dem alle zufrieden sind.

(Abg. Pauli CDU: Aha!)

So wird es gegebenenfalls nach der Wahl auch mit Herrn Dr. Steinle sein.

(Beifall bei der CDU – Abg. Alfred Haas CDU: Das ist immer das gleiche Spiel!)

Zu Ihrem Gesetzentwurf möchte ich in der Sache vier Argumente vortragen.

Erstens: Es ist gängige Praxis – im Bund, in den Ländern, überall, auch bei der Richterwahl –, dass sich die Mehrheitsverhältnisse in den Wahlorganen bei der Wahl der

(Minister Dr. Christoph Palmer)

Kandidaten widerspiegeln. Das hat in der Vergangenheit bei der LfK dazu geführt, dass zwei der vier ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder Kandidaten der stärksten Oppositionsfraktion im Landtag waren. Dieses Prozedere ist schon deshalb nicht bedenklich, weil es letztlich die politischen Mehrheitsverhältnisse abbildet, die sich bei der Landtagswahl ergeben.

Zweitens – darauf hat Kollege Theurer zu Recht hingewiesen –: Die bestehende Regelung – zuerst die Suche nach einer Zweidrittelmehrheit; falls sie erfolglos ist, Wahl mit absoluter Mehrheit – hat die Verhinderung einer Blockade im Sinn. Es soll eben gerade nicht eine Sperrquote, eine Sperrminorität vorgesehen werden, sondern es soll nach dem Versuch einer Einigungsfindung eine politische Mehrheitsfindung ermöglicht werden.

(Abg. Drexler SPD: Die hat es doch gar nicht gegeben! – Gegenruf des Abg. Pauli CDU: Eine demokratischere Mehrheit! – Abg. Drexler SPD: „Einigungsfindung“!)

Man hat sich in den Achtzigerjahren, als man dieses Landesmediengesetz konzipiert und beschlossen hat, auf diese Praxis verständigt. Sie ist in 20 Jahren von niemandem bestritten worden. Seit 20 Jahren wird nach dieser Praxis verfahren, um die Handlungsfähigkeit und die Entscheidungsfähigkeit der LfK zu gewährleisten.

Drittens: Es ist eine völlig verkürzte Sichtweise, bei der Beurteilung der notwendigen Staatsferne allein auf den Wahlmodus abzustellen. Zu fragen ist vielmehr, ob in der Gesamtschau der Regelungen des Landesmediengesetzes die erforderliche Staatsferne gewährleistet ist, und genau dies ist der Fall.

Kollege Professor Reinhart hat völlig richtig die von Ihnen, Frau Kipfer, zitierte Entscheidung des Sächsischen Verfassungsgerichtshofs erläutert. Ich will das auch noch einmal tun: Dieses Urteil ist gerade auf das baden-württembergische Organisationsmodell nicht übertragbar. Es ist nicht einschlägig.

(Abg. Stickelberger SPD: Begründung!)

– Die Begründung kommt, verehrter Herr Kollege Stickelberger. – Anders als in Sachsen haben wir neben dem Vorstand mit dem gruppenplural zusammengesetzten Medienrat ein weiteres starkes und, wie die Diskussionen der vergangenen Wochen auch gezeigt haben, unabhängiges Organ der LfK, das unmittelbar in die wesentlichen Entscheidungen der Anstalt eingebunden ist. Ohne die Zustimmung des Medienrats kann der Präsident Entscheidungen des Vorstands, zum Beispiel im Bereich der Zuweisung von Übertragungskapazitäten im Hörfunk oder im TV-Kabel – das sind schlechthin die wichtigsten –, nicht vollziehen. Der Haushaltsplan wird vom Medienrat beschlossen.

In Sachsen ist zwar ebenfalls ein gruppenplural zusammengesetztes Organ der Landesmedienanstalt vorhanden, aber dieses ist, anders als in unserem Fall, überhaupt nicht mit eigenen Entscheidungskompetenzen ausgestattet. Die Aufgaben der sächsischen Versammlung beschränken sich ausschließlich auf Beobachtungs- und Vorschlagsrechte. Es gibt in der sächsischen Versammlung kein Entscheidungs-

recht. Deshalb können Sie das Urteil des Sächsischen Verfassungsgerichtshofs von 1997 nicht übertragen.

Ich möchte ein zweites Urteil, das wir gefunden haben, nachdem wir uns mit Ihrem Gesetzentwurf befasst haben, hier heute vorstellen. Ich verweise auf die Niedersachsen-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 1986. Dort wird ausgeführt, dass selbst eine staatliche Erlaubnisbehörde, also zum Beispiel ein Ministerium, die Kompetenzen eines Vorstands einer Medienanstalt wahrnehmen könnte, wenn eine ausreichend starke Versammlung, ein ausreichend starkes Gremium über die Pluralität und die Sicherung der Meinungsvielfalt als Widerlager wacht. Wir hätten also noch einen weiteren Gestaltungsspielraum, den man aber im Landesmediengesetz seinerzeit und über 20 Jahre hinweg unbeanstandet nicht gesucht hat. Ich empfehle auch dieses Urteil Ihrer Lektüre und rate Ihnen, dann zu der Entscheidung zu kommen, Ihren Gesetzentwurf bzw. auch die angekündigte Klage beim Staatsgerichtshof noch einmal zu überprüfen.

Viertens: Eine Anmerkung zu unserem Landesmediengesetz am Rande: Gerade erst am 8. Juni hat die rheinland-pfälzische Landesregierung ein neues Mediengesetz nach Vorbild unseres Landesmediengesetzes beschlossen.

Der Direktor der dortigen Landesmedienanstalt wird im Übrigen nach wie vor mit einfacher Mehrheit gewählt; von einer Zweidrittelmehrheit ist in Rheinland-Pfalz, dem Sitzland der Rundfunkkommission der Länder, keine Rede.

Ich empfehle uns also, das Thema in der gebotenen Sachlichkeit und auch in der gebotenen Verhältnismäßigkeit zu diskutieren. Wir sind gern zu weiteren Auskünften im Ständigen Ausschuss bereit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Kipfer.

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Herr Minister Palmer, ich finde es schon bedauerlich, dass Sie in der ersten Hälfte Ihrer Rede Personen genannt haben. Genau das wollte ich vermeiden. Ich habe mit keinem Satz die Bewerber genannt, um keinen von ihnen zu beschädigen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pauli CDU: Das ist doch kein Staatsgeheimnis! Reden Sie doch nicht um den heißen Brei herum!)

Sie hätten gut daran getan, auch so zu verfahren. Im Übrigen möchte ich Ihr Argument Hausberufungen gern an den Herrn Ministerpräsidenten weiterleiten; denn wenn sich eine Regierung zusammensetzt, sind das ja auch immer Hausberufungen.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Das ist ein politisches Amt! Den Unterschied werden Sie doch wohl erkennen! – Gegenruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE: Keine Zurufe von der Regierungsbank!)

Das würde ja Ihre Karriere abrupt enden lassen.

(Unruhe)

(Birgit Kipfer)

Meine Damen und Herren, wir hätten diesen Gesetzentwurf überhaupt nicht eingebracht und die Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit nicht zum Thema gemacht, wenn das Verfahren in Ordnung gewesen wäre. Herr Kollege Reinhart, ich muss mich schon sehr wundern, dass Sie dem Vorschlag Ihres Vorsitzenden offensichtlich zugestimmt haben, ohne sich zu vergewissern, ob dieser Kandidat eine Zweidrittelmehrheit bekommen könnte,

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

ohne sich zu vergewissern, ob diese Gespräche stattgefunden haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD zur CDU:  
Er hat mitgeteilt, das sei Ihr Kandidat! Das stand doch in der Zeitung! – Weitere Zurufe)

Das haben Sie offenbar nicht getan, sondern Sie sind blindlings da hineingestolpert, ohne zu wissen, was Sie tun. Das ist merkwürdig für jemanden, der für die Rechtspolitik der Fraktion zuständig ist.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Das würde ich auch sagen!)

Und drittens: Es ist ja höchst fraglich, ob eine neue Ausschreibung überhaupt rechtens ist.

(Abg. Drexler SPD: Wir brauchen keine!)

Nachdem sich Herr Dr. Hirschle heute in der Presse geäußert hat, muss man das wohl auch erst einmal rechtlich klären. Denn jemand, der sich auf eine Ausschreibung, die nicht zu beanstanden ist, beworben hat, hat Anspruch darauf, auch gewürdigt zu werden. Da kann man nicht einfach eine neue Ausschreibung machen, weil einem die Kandidaten nicht passen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich glaube, wir müssen noch länger darüber reden. Das Übige, was rechtlich dazu zu sagen ist, werden wir dann im Ausschuss sagen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Wir sind noch nicht in Bayern! Die machen es so! – Gegenrufe von der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es wird Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/3286 an den Ständigen Ausschuss vorgeschlagen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Perspektiven für die zukünftige Entwicklung des Truppenübungsplatzes Münsingen – Drucksache 13/2299**

**b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Naturschutz im Raum des ehemaligen Truppenübungsplatzes Münsingen – Drucksache 13/3123**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b je fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Wem darf ich für die Fraktion GRÜNE das Wort erteilen? – Herr Abg. Walter, Sie haben das Wort.

(Abg. Pauli CDU: Schon wieder? Mach es aber kurz! Das ist heute eine Ein-Mann-Show bei den Grünen! – Zuruf von der SPD: Ist das ein Alleinunterhalter?)

**Abg. Walter GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der ehemalige Truppenübungsplatz Münsingen ist aus Naturschutzsicht ein einmaliges Gelände. Es ist 67 Quadratkilometer groß und das größte unzerschnittene Gelände in ganz Baden-Württemberg. Zum größten Teil ist es aus Naturschutzsicht sehr hochwertig; große Teile sind als FFH-Gebiet ausgewiesen. Viele vom Aussterben bedrohte Vogelarten werden Sie dort finden. Flora und Fauna sind noch gar nicht abschließend untersucht. Man kann sicher sein, dass es dort wirklich sehr viel Schützenswertes gibt.

Wir haben dort fast eine Art Museum, denn wie große Teile des ehemaligen Truppenübungsplatzes Münsingen aussehen, so haben die Hochflächen der Schwäbischen Alb vor über 100 Jahren ausgesehen. Sie müssen nur einen Blick auf die Gegend außerhalb des Geländes werfen, um zu sehen, welche Veränderungen die heutige Landwirtschaft gebracht hat. Schon das ist Grund genug, dieses Gelände zu schützen. Neben der militärischen Nutzung gab es in der Vergangenheit vor allem Schafbeweidung.

Dieses Juwel, meine Damen und Herren – ich hoffe, da gibt es einen Konsens über alle Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg –, gilt es zu schützen, denn es ist in Baden-Württemberg wirklich einmalig.

(Beifall bei den Grünen)

Darin sind sich ausnahmsweise einmal alle Beteiligten einig, Herr Minister. Wir kennen aus anderen Vorgängen folgende Situation: Da stehen auf der einen Seite die Kommunen und die IHK, auf der anderen Seite die Umweltverbände. In diesem Fall sitzen alle in einem Boot. Die dortigen Kommunen wollen ein großflächiges Naturschutzgebiet, die IHK möchte es, die Umweltverbände wollen es, das Landratsamt unterstützt dieses Vorhaben. Deswegen, meine Damen und Herren, ist es Zeit, hier endlich zu handeln.

Dass dies so ist, hat einen guten Grund, nämlich das von mir eingangs geschilderte riesige Potenzial, das dort vorhanden ist. Wir brauchen, meine Damen und Herren, eine Verbindung zwischen großflächigem Naturschutz, Tourismus und Landwirtschaft. Das dort immer noch brachliegende Entwicklungspotenzial muss genutzt werden. Davon werden besonders die Gastronomie und die Hotellerie in dieser Gegend ihren Nutzen haben. Ich kann Ihnen sagen: Wenn die Bundeswehr dort abzieht, müssen wir dieser Re-

(Walter)

gion möglichst schnell etwas anbieten. Deswegen muss hier etwas mehr Zug hineinkommen. Was ich jetzt geschildert habe, ist ja keine Erkenntnis, die man in den letzten 14 Tagen gewonnen hat, sondern das weiß man seit Jahren. Wir hätten uns von dieser Landesregierung schon mehr Engagement erwartet.

Wir könnten vom Bund entsprechende Gelder bekommen. Sonst ist es in Baden-Württemberg doch immer gute Gepflogenheit, zuzugreifen, wenn Geld vom Bund fließt. Auf Einladung der Landtags-Grünen war der Präsident des Bundesamts für Naturschutz, Herr Vogtmann, im letzten November vor Ort. Er war von diesem Gebiet begeistert und hat gesagt, es gebe in Deutschland nur wenige vergleichbare Gebiete dieser Wertigkeit.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Deswegen hat er auch zugesagt, dass aus dem entsprechenden Programm des Bundesministers Trittin Millionenbeträge nach Baden-Württemberg fließen könnten: bis zu 75 % dessen, was gefördert wird.

(Abg. Hillebrand CDU: Wann? – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir brauchen aber zuvor ein lokales Konzept. Dieses Konzept kann gerade nicht erstellt werden, weil die Landesregierung versucht, sich zu sehr einzumischen, weil sie ebenfalls im Boot sein will, aber gleichzeitig nicht richtig vorankommt.

(Abg. Hillebrand CDU: Was ist mit der Altlast? Zahlt der Bund die Beseitigung der Altlasten? – Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Im Stiftungsrat wurde beispielsweise der Antrag des MLR wieder abgesetzt – mich würde einmal interessieren, warum, Herr Minister.

(Zuruf des Abg. Hillebrand CDU)

Ebenso wenig befriedigend war der Brief des Herrn Ministerpräsidenten an die beteiligten Bürgermeister, die gefordert hatten, das Land solle stärker in Vorleistung gehen. Wir befürchten, dass hier wieder ein ähnlicher Kampf des Ministerpräsidenten gegen den Naturschutz im Allgemeinen stattfindet,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Oje! Das ist doch überhaupt kein Thema mehr! – Abg. Döpfer CDU: Altlasten! – Zuruf des Abg. Röhm CDU)

wie er sonst bei der Windkraft im Besonderen stattfindet.

Meine Damen und Herren, ich habe es schon gesagt: Wir brauchen jetzt eine Alternative für diese Region, unabhängig davon, wie wichtig das Gebiet für den Naturschutz ist.

Herr Minister, unabhängig von dem Gebiet Münsingen ist es in Baden-Württemberg überfällig, dass wir ein großflächiges Schutzgebiet erhalten. In allen Flächenländern der Bundesrepublik Deutschland gibt es großflächige Schutzgebiete. Dort wird damit geworben; das ist dort als Werbeattraktion für den Tourismus anerkannt. Wenn Sie sich beispielsweise den Prospekt von Aneuropa anschauen, finden Sie unter dem Stichwort „Fahrtziel Natur“ Ziele in ganz

Deutschland, aber kein Ziel in Baden-Württemberg. Von Beteiligten habe ich jetzt gehört, Baden-Württemberg wäre dort ebenfalls gerne aufgenommen worden, weil solche Prospekte natürlich in allen Reisebüros verteilt werden. Wissen Sie, was die Antwort war? Solange Baden-Württemberg in Sachen Naturschutz so rückständig ist und kein großflächiges Schutzgebiet ausgewiesen hat, wird es da nicht hineinkommen.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Kübler CDU: Das glaubst du doch selber nicht!)

– Herr Kollege Kübler, von diesen Dingen haben Sie nun einmal keine Ahnung. Andere Bundesländer, meine Damen und Herren, die Rhön, die Sächsische Schweiz, der Harz oder der Bayerische Wald werben mit solchen großflächigen Schutzgebieten. Und gerade wir, die wir in Baden-Württemberg im Hinblick auf das Bruttosozialprodukt vom Tourismus so abhängig sind wie von der Automobilindustrie, sollten uns überlegen, ob wir uns diese Wartestellung noch weiter leisten können.

(Beifall der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Meine Damen und Herren, jetzt gibt es offenbar Gründe gegen eine schnelle Umsetzung. Die Eigentumsfrage wird genannt, die Altlasten werden genannt.

(Abg. Röhm CDU: Eben! – Abg. Hillebrand CDU: Wer hat denn die Verantwortung für den Platz?)

– Nur, Herr Kollege: Die Altlasten sind – wir waren ja selbst vor Ort – auf wenige Gebiete beschränkt.

(Abg. Hillebrand CDU: Aber sie sind da!)

– Ja. – So ist es doch, meine Damen und Herren. Wenn das das Problem ist, dann könnten wir doch hergehen und sagen: Diese Gebiete werden bis zu ihrer endgültigen Erkundung abgesperrt. Man könnte Führungen vorsehen. Wir haben das System der Alb-Guides auf der Schwäbischen Alb.

(Abg. Röhm CDU: Das ist schwierig!)

– Nein, es ist machbar; wir haben mit den Leuten vor Ort geredet.

(Abg. Röhm CDU: Wir sind vor Ort!)

Das andere ist die Eigentumsfrage. Ich denke, wir können nicht warten, bis die Altlastenfrage geklärt ist,

(Abg. Hillebrand CDU: Wer zahlt denn das?)

bevor wir mit dem Bund in Verhandlungen treten. Wenn es so ist, dass das Geld des Bundes nur kommt, wenn die Eigentumsfrage auch entsprechend geklärt ist, dann, Herr Minister, ist es an der Zeit, dass eben diese Frage geklärt wird.

Ich frage Sie, Herr Minister: Was hat Ihr Ministerium, speziell auch in den letzten ein bis zwei Jahren, getan, damit wir beim Thema „Biosphärenreservat Schwäbische Alb“ weiterkommen?

(Abg. Drexler SPD: Nichts!)

Ich habe davon nichts mitbekommen.

(Abg. Hillebrand CDU: Nicht zu fassen!)

(Walter)

Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wo ist eigentlich der zeitliche Horizont und wo ist die Perspektive für diese Region? Mit welcher Perspektive arbeiten Sie dabei?

(Abg. Drexler SPD: Nichts! – Abg. Hillebrand CDU: Wer hat denn die Verantwortung für den Platz? Doch die Bundesregierung! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD)

In den Kommunen der ganzen Region sitzen die Leute in den Startlöchern und erwarten, dass die Landesregierung die entsprechende Unterstützung bringt. Die ist aber bisher nicht angekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Drexler SPD – Abg. Dr. Lasotta CDU: Fragen Sie doch mal die Münsinger selbst!)

Ich kann Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren: Es gibt zwar das Versprechen von Herrn Vogtmann, dass das Geld nach Baden-Württemberg fließen wird. Nur: Auch sein Etat ist nicht unendlich groß. Es gibt natürlich auch sehr viele Bundesländer,

(Abg. Drexler SPD: Die schneller sind!)

die ihre Anträge längst formuliert und eingereicht haben. Und wer zuerst kommt, der mahlt zuerst.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Deswegen drängt die Zeit.

(Zuruf des Abg. Kübler CDU)

Es ist nun wirklich überfällig, dass Sie von der Landesregierung ebenfalls mit ins Boot kommen, damit man eine Lösung gemeinsam mit der Region, dem Land und dem Bund finden kann. Dann wäre der Sache am besten gedient.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Capezzuto SPD: So ist es! – Abg. Stickelberger SPD: Sehr gute Rede!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Caroli.

(Abg. Drexler SPD: Walter, jetzt sag du mal was! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

**Abg. Dr. Caroli SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Truppenübungsplatz Münsingen bietet dem Land Baden-Württemberg die einmalige Chance für einen Paradigmenwechsel beim großflächigen Naturschutz.

(Abg. Hillebrand CDU: Ui!)

Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland 15 Nationalparks und 14 Biosphärenreservate. Raten Sie einmal, wie viele davon sich in Baden-Württemberg befinden.

(Abg. Drexler SPD: Wir sind Spitze, also 16!)

– Die Antwort lautet – Herr Kollege Drexler, ich muss Sie leider berichtigen –: In Baden-Württemberg befindet sich davon kein einziges Gebiet.

(Abg. Drexler SPD: Was? Weiß das auch der Ministerpräsident? – Weitere Zurufe von der SPD)

Die Frage ist, warum. Die Antwort lautet: Weil wir einem Konzept anhängen, das, meine Damen und Herren, keine große Attraktivität bei der Bevölkerung genießt.

(Abg. Döpfer CDU: Ach!)

Die PLENUM-Gebiete sind gut durchdachte Gebiete, aber sie haben einen eher akademischen Titel, und sie sind nicht geeignet, große Besucherströme an diese Stellen zu lenken

(Abg. Scheuermann CDU: Brauchen wir Naturschutz oder Besucherströme? – Gegenruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE: Beides!)

und insgesamt breite Akzeptanz in der Bevölkerung zu bewirken.

Meine Damen und Herren, das bevölkerungsreichste Land der Bundesrepublik Deutschland, nämlich Nordrhein-Westfalen, hat am 1. Januar 2004

(Unruhe – Abg. Capezzuto SPD: Hört jetzt zu!)

den ersten Entwicklungsnationalpark, und zwar in der Eifel, eingerichtet. Wer sich einmal mit diesem Entwicklungsnationalpark beschäftigt, merkt, dass erhebliche Parallelen zu Münsingen vorzufinden sind. Ich darf Ihnen einmal die Kriterien für einen Entwicklungsnationalpark, von dem sich übrigens in Nordrhein-Westfalen sehr viele einen gewaltigen Schub für den Tourismus versprechen

(Abg. Capezzuto SPD: Eben!)

– es geht ja auch um Ökonomie und Tourismus in unserem Land –, nennen. Die Kriterien lauten: Er muss großräumig sein. Empfehlung: über 6 000 Hektar. 6 700 Hektar sind es in Münsingen; Kriterium erfüllt. Wertigkeit: besondere Eigenart, überwiegend naturschutzwürdig, artenreiche Pflanzen- und Tierwelt, national und international bedeutsam. Alle vier Kriterien sind in Münsingen erfüllt. Zustand: natürliche Dynamik und entsprechende Entwicklung möglich. Ebenfalls erfüllt. Tourismus: Naturerleben, naturkundliche Bildung und Tourismus schutzzweckverträglich möglich. Auch erfüllt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Panzerstraße!)

Empfehlung: möglichst nur auf Flächen der öffentlichen Hand. Ebenfalls erfüllt.

(Abg. Döpfer und Abg. Alfred Haas CDU: Altlasten!)

Dann lese ich in der Stellungnahme des Herrn Ministers zu dem Antrag,

(Abg. Alfred Haas CDU: Bundesvermögen!)

leider seien die Kriterien nicht erfüllbar. Ich muss Ihnen sagen, Herr Minister Stächele, dass das schlichtweg nicht stimmt.

Ich lasse einmal offen, welches Label gewählt wird, ob es ein Entwicklungsnationalpark sein soll oder ein Biosphärenreservat. Auch davon haben wir ja in Baden-Württemberg

(Dr. Caroli)

berg keine. Ich lasse das einmal offen, denn das Ganze soll ja von unten her wachsen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Jetzt geht es aber los! –  
Abg. Hillebrand CDU: Mein Gott, Walter!)

Aber, meine Damen und Herren, endlich einmal ein solches Großschutzgebiet für die Bevölkerung in Baden-Württemberg einzurichten und vor Ort damit etwas zu bewirken, was wirklich auch ökonomisch etwas bringt und der Region weiterhilft, ist unsere Empfehlung. Also ändern Sie endlich das Landesnaturschutzgesetz,

(Abg. Hillebrand CDU: Was? Da braucht man kein Gesetz!)

und führen Sie diese Schutzkategorien – Biosphärenreservat und Entwicklungsnationalpark – bei uns ein, und machen Sie einen gewaltigen Schritt, etwas Großes und nicht etwas Kleinteiliges in Münsingen! Das hilft der dortigen Bevölkerung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Drexler SPD: Walter, sehr gute Rede!  
Mehrheitsfähig! – Abg. Capezzuto SPD: Wenn das nicht überzeugend ist! Das war überzeugend!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Röhm.

**Abg. Röhm** CDU: Da hat noch jemand etwas von PLENUM vergessen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das war ich! Danke schön!  
– Abg. Drexler SPD: Ist das die Speisekarte oder was?)

– Die Speisekarte, ja.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist außerordentlich erfreulich – Kollege Walter hat ja darauf hingewiesen, ich gebe ihm darin ausdrücklich Recht –, dass der Truppenübungsplatz Münsingen zwischenzeitlich von allen – ich betone: von allen –

(Abg. Hillebrand CDU: Aber erst zwischenzeitlich!)

als Juwel betrachtet wird. Noch vor wenigen Jahren wurde behauptet, dass der militärische Übungsbetrieb alles zerstöre.

(Abg. Hillebrand CDU: Genau! Von der gleichen Seite!)

Und diejenigen, die dieses behauptet haben, haben ganz wesentlich dazu beigetragen – das muss man auch einmal in der Öffentlichkeit festhalten –, dass der Truppenübungsplatz in seiner Existenz systematisch zerredet wurde und jetzt aufgelöst wird.

(Beifall bei der CDU – Lachen des Abg. Walter GRÜNE – Abg. Alfred Haas CDU: Das ist nicht zum Lachen, sondern zum Weinen! – Abg. Fischer SPD: Haben Sie schon einmal gehört, dass sich in der Weltpolitik etwas geändert hat?)

Heute, wo Deutschland nach Verteidigungsminister Struck, der ja Ihrer Partei angehört,

(Abg. Capezzuto SPD: Gott sei Dank!)

am Hindukusch verteidigt wird, erkennt auch Rot-Grün,

(Abg. Drexler SPD: Sind Sie dagegen? Sie wollten doch in den Irak gehen! – Abg. Walter GRÜNE: Was soll eigentlich diese Rede? Wollen Sie Deutschland am Rhein oder an der Oder verteidigen?)

dass trotz eines über 100 Jahre dauernden militärischen Übungsbetriebs die Eingriffe in die Landschaft gering geblieben sind. Als die Auflösungsentscheidung absehbar war, hat das Land – –

(Unruhe bei der SPD)

– Ja, das hören Sie nicht gern. Sie waren doch diejenigen, die immer behauptet haben, dass die Bundeswehr, das Militär die Natur zerstöre, und jetzt sind Sie auf den Wagen aufgesprungen und gehören zu denjenigen, die behaupten: Wir müssen dringend erhalten, was erhaltenswert ist. Also nichts ist zerstört worden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Glück FDP/  
DVP – Abg. Walter GRÜNE: Sie reden doch vom Hindukusch!)

Als die Auflösungsentscheidung absehbar war, hat das Land – da ist sehr viel getan worden – umgehend das Regierungspräsidium Tübingen

(Abg. Drexler SPD: Angerufen!)

beauftragt, eine Gesamtkonzeption bezüglich des Konversionsprozesses zu erstellen. Meine Damen und Herren, hierbei erweist sich das Regierungspräsidium, dessen Existenzberechtigung Sie erst gestern wieder in Zweifel gezogen haben,

(Beifall des Abg. Hillebrand CDU)

mit seinen weitreichenden Zuständigkeiten für Fragen des Naturschutzes, der Landwirtschaft, des Straßenbaus und des Denkmalschutzes als beispielhaft und als äußerst wirkungsvolle Verwaltungsebene. Hier haben Sie es noch einmal exemplarisch vorgeführt bekommen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fischer SPD: Was hat das mit der Sache selber zu tun?)

Es ist Regierungspräsident Wicker außerordentlich gut gelungen, in wesentlichen Fragen – das wurde angesprochen; das ist erfreulich, ich sage es ausdrücklich – Einigkeit unter allen beteiligten Kommunen und Landkreisen zu erzielen. Worin besteht jetzt diese Einigkeit?

Die außerordentlich hohe Naturwertigkeit – das wurde von den Kollegen angesprochen – als zusammenhängender Naturraum steht außer Frage und wird von allen anerkannt. Deswegen hat die Landesregierung diese Fläche auch als zusammenhängendes Gebiet, als FFH-Gebiet, gemeldet.

(Röhm)

Die bisherige Weidenutzung wurde angesprochen. Insbesondere die Schafbeweidung steht für alle außer Frage und kann ausgebaut werden.

Eines haben Sie nicht angesprochen; das möchte ich aber gern tun. Die Nutzungsinteressen der Wirtschaft müssen auch weiterhin berücksichtigt werden. Damit meine ich – ich sage es ganz bewusst – Daimler-Chrysler, Liebherr, Kässbohrer,

(Abg. Capezzuto SPD: Porsche!)

die den Truppenübungsplatz für Erprobungszwecke nutzen. Dass dabei die wirtschaftlichen Nutzungsinteressen mit naturschutzrechtlichen Vorgaben abgestimmt werden, ist für die CDU-Fraktion ganz selbstverständlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP – Oh-Rufe von der SPD – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Weil sich die Artenvielfalt oftmals erst durch die militärische Nutzung entwickeln konnte,

(Abg. Alfred Haas CDU: So ist es!)

liegt es gerade im Interesse des Naturschutzes, dass zur Erhaltung der Artenvielfalt auch weiterhin vergleichbare Nutzungen erfolgen.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Die Bodenverdichtungen, wo die Tümpel entstanden sind, sind nicht vom Himmel gefallen, sondern sind durch Verdichtungen durch Panzerketten zustande gekommen.

(Abg. Walter GRÜNE: Stimmt! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Die Brandwiesen mit ihrer eigenen Dynamik sind dadurch zustande gekommen, dass Zielgebiete systematisch abgebrannt wurden, um weitere Brände zu verhindern.

(Abg. Döpfer CDU: Der kennt sich aus! Das ist der Erste, der sich auskennt!)

Für mich kommen in diesen Fragen in allererster Linie die Landwirte als Dienstleister infrage.

Nun zu Ihren Anträgen, meine Damen und Herren von der Opposition. Bezüglich eines Nationalparks oder Biosphärenreservats kann man über alles reden. Die Fragen, die Sie aufgeworfen haben, stellen sich für die Menschen in meiner Heimat im Augenblick überhaupt nicht. Ich sage Ihnen auch, warum: Die Menschen wollen in allererster Linie wissen, wie der Eigentümer, der Bund, seiner Gesamtverantwortung in Sachen Konversion gerecht wird. Das ist die Frage, die die Region stellt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Bund – das sei zugestanden – anerkennt grundsätzlich den negativen Verkehrswert des Platzes. Das heißt aber für unsere Fraktion, dass die Kosten für eine Beräumung in Höhe eines vermutlich zweistelligen Millionenbetrags auch vom Bund erbracht werden müssen. Die Alternative dazu wäre: Der Bund geht, es geschieht nichts, und die Bundes-

vermögensverwaltung müsste dann die Sicherungspflicht mit hohem Geldaufwand finanzieren und damit auch – das wäre in Sachen Tourismus nichts erreicht – das generelle Betretungsverbot aufrechterhalten.

(Abg. Döpfer CDU: Das wäre das Schlimmste! –  
Abg. Dr. Caroli SPD: Davon kann doch keine Rede sein!)

– Das wäre in der Tat das Schlimmste.

Wie es in dieser Frage weitergeht, bleibt abzuwarten. Zunächst soll in den Jahren bis 2006 – so sieht es der Fahrplan vor – in einer so genannten Testfelderprobung eine Abschätzung der Gefahrenverteilung auf dem ganzen Platz gewonnen werden. Das heißt doch konkret – das müssen Sie einsehen –, dass frühestens 2007 die Flächen des Truppenübungsplatzes in das Grundvermögen des Bundes überführt werden können. Erst dann kann darüber entschieden werden, in wessen Eigentum – sei es ein Zweckverband, eine Stiftung oder das Land Baden-Württemberg – der Platz dann übergehen wird. Fest steht bis jetzt nur eines: Niemand wird dem Bund ohne entsprechende Gegenleistung die haftungsrechtlichen Verpflichtungen abnehmen.

(Abg. Döpfer CDU: So! – Abg. Rückert und Abg. Hillebrand CDU: Sehr richtig!)

Welche Aufgaben hat das Land übernommen? Sie haben gesagt, es sei nichts getan worden. Das ist großer Unsinn.

Erstens: Mit dem Bund wurde verhandelt.

(Abg. Drexler SPD: Das ist ja das Mindeste! Lächerlich!)

Mit dem Bund wird weiter verhandelt. Dies geschieht auf verschiedenen Ebenen.

(Abg. Schmiedel SPD: Wofür werden die Leute bezahlt?)

Zweitens: Mit den Kommunen und Kreisen werden Nutzungskonzepte entwickelt. Dies geschieht durch das Regierungspräsidium Tübingen. Dafür wurde extra eine Konversionsgruppe eingerichtet.

Drittens: Im Gegensatz zum Bund hat das Land gehandelt. Wir haben Kompensation geleistet. An den Wirtschaftsraum Münsingen sind immerhin anderthalb Millionen Euro an Mitteln aus dem Ausgleichstock geflossen.

Ich nenne einen weiteren Punkt: Unsere Fraktion hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Autobahnzubringer der L 230 zur A 8 zügig ausgebaut wird. Mit dem Bau der Ortsumfahrung Auingen kann nach Abschluss des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens Ende 2005 begonnen werden. Magolsheim, Breithülen und Böttingen werden folgen, sobald die Umweltverträglichkeitsprüfungen abgeschlossen sein werden.

Des Weiteren steht die Forderung aus der Raumschaft im Raum, wonach eine Straßenanbindung nach Römerstein unabdingbar ist. Diese Forderung wird geprüft.

(Abg. Walter GRÜNE: Die ist eher aus dem Raumschiff!)

(Röhm)

Sorgen Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, dafür, dass die B 28 bei Metzingen weitergebaut wird. Damit können Sie der Raumschaft Münsingen zu einer dringend notwendigen Verkehrsanbindung

(Abg. Walter GRÜNE: Mitten durch Naturschutzgebiet!)

Richtung Westen verhelfen, die den Interessen unserer heimischen Wirtschaft und dem Tourismus dient und darum auch Arbeitsplätze sichern hilft.

Für die CDU-Fraktion, für unsere Fraktion gilt: Keine Entscheidung darf gegen die Interessen der Menschen im Raum Münsingen getroffen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Wer hat denn das gefordert? – Abg. Fischer SPD: Wer will denn das? – Abg. Döpfer CDU: Der ganze Raum kann aufatmen! – Abg. Capezzuto SPD: Das war die Wahlrede für 2006!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Drautz.

**Abg. Drautz FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Truppenübungsplatz Münsingen umfasst 67 Quadratkilometer, ist ökologisch wertvolles Gelände, teilweise gibt es dort denkmalgeschützte Kasernengebäude. 6 700 Hektar sind im Bundesbesitz, 65 Hektar Wald im Landesbesitz. Insgesamt ist das ganze Gelände FFH-Gebiet.

Ich muss sagen: Niemand kennt den Truppenübungsplatz so gut wie mein Freund Horst Glück. Dies möchte ich einmal feststellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Pauli CDU)

Das gesamte Gelände ist durch unerkannte Munitionsreste belastet, sodass zurzeit die Nutzung nur als Schafweide möglich ist. Dort ist keine andere landwirtschaftliche Nutzung möglich, weil aufgrund des Gefahrenpotenzials der Munitionsreste auch kein Pflügen möglich ist.

Der Bund – er hat die Hauptaufgabe – muss als Eigentümer das Gelände von Altlasten befreien. Vorher ist keine Nutzung möglich.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hillebrand CDU: Sehr richtig!)

Uns hindert allerdings nichts daran, uns schon vorher Gedanken über eine spätere Nutzung zu machen. Die FDP/DVP-Fraktion spricht sich für einen Konsens von Land, Kreis und Gemeinden aus. Das Naturschutzpotenzial sollte unseres Erachtens weiterentwickelt werden. Dabei ist natürlich auch die Region gefragt.

Das Bundesamt für Naturschutz sollte zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen. Die FDP/DVP-Fraktion spricht sich dafür aus – diesen Vorschlag hat auch Horst Glück schon gemacht –, dieses Gelände auf jeden Fall in das PLENUM-Projekt einzubeziehen. Das wäre sehr sinnvoll.

Für mich stellt sich natürlich die Frage: Wann saniert eigentlich der Bund?

Die bestehende Situation ist für mich aus ökologischer Sicht mehr als vertretbar, vielleicht sogar gut, wenn der Zustand so bleibt, bis ein kluges gemeinschaftliches Konzept zwischen Land, Region, Kreis und Kommune auf dem Tisch liegt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Käppeler.

(Abg. Hillebrand CDU: Jetzt kommt das Geld!)

**Abg. Käppeler SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Viel versprechende Ergebnisse gleich mehrerer Studien wurden uns für diesen Sommer versprochen: die Nutzungsmöglichkeiten im Tourismus, die naturschutzfachliche Konzeption für die vorgesehene Natura 2000 sowie ein Rechtsgutachten, das insbesondere die Verkehrssicherungspflicht klären soll, wenn der Truppenübungsplatz verlassen wird. Da sage ich nur: Die Tage werden bereits wieder kürzer, und der Sommer ist schneller vorüber, als uns allen lieb ist.

(Zuruf von der CDU: Wir hatten gerade Sommeranfang!)

Neben der raschen Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes sind alsbaldige Übernahmeverhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Baden-Württemberg zwingend erforderlich, selbst wenn ein negativer Verkaufswert entsteht, oder es wird eine sonstige Trägerkonstellation noch vor dem Abzug der Bundeswehr gebildet – also Mitte/Ende kommenden Jahres –, die einen rechtsfreien Raum verhindert und die Strukturen schafft, durch die unerwünschte Nutzer fern gehalten werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir, einige wichtige Anliegen der Region anzusprechen, die nicht im Widerspruch zu unserem großen Anliegen eines Entwicklungsnationalparks stehen, die ich aber ein bisschen anders bewerte als mein Kollege Röhm.

Zum einen geht es um den Ausbau der L 230. Damit soll der Wirtschaftsstandort Münsingen gestärkt und der Kaufkraftverlust, der auf bis zu 40 Millionen € beziffert wird, ausgeglichen werden. Regierungspräsident Wicker wird folgendermaßen zitiert:

*Der Autobahnzubringer von Münsingen zur A 8 wird zügig ausgebaut. Die Ortsumfahrung Auingen soll im Jahre 2005 begonnen werden.*

Weitere Ortsumfahrungen sollen so bald wie möglich folgen. So bald wie möglich – jetzt kommt's! – bedeutet beim jetzigen Zeithorizont, dass die Umfahrung Magolsheim 2007 begonnen werden kann. Über die Problematik Böttingen redet der Regierungspräsident lieber nicht.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Die geplante und einzig zu realisierende Trasse am Rande des Übungsplatzes liegt übrigens im Vogelschutzgebiet.

(Käppeler)

Diese Trasse, aber auch eine wie auch immer geführte Verbindung nach Römerstein im Norden auf bereits bestehenden Straßen liegt im wirtschaftlichen Interesse der Region. Wenn 6 300 Hektar Fläche, 7 % der Gesamtfläche des Kreises Reutlingen, in der Nachmeldeliste der FFH-Gebiete ausgewiesen werden können, muss es auch möglich sein, Münsingen verkehrstechnisch besser zu erschließen, zumal es als eines der wenigen Mittelzentren in Baden-Württemberg nicht an einer Entwicklungsachse liegt.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Genau.

Lassen Sie mich auf einen weiteren Gesichtspunkt eingehen, der vom Regierungspräsidenten viel positiver dargestellt wird, als es die reine Aktenlage ausweist.

(Unruhe bei der SPD)

Als erfreulich wertete er es auch, dass für das „Alte Lager“ Nutzungsinteressenten gefunden werden konnten; das Regierungspräsidium entwickle ein Gesamtkonzept für die Zukunft des „Alten Lagers“. Nach meinen Informationen gibt es außer der Absicht mehrerer Universitäten und Fachhochschulen, in zehn bis zwölf Gebäuden ein Lehr- und Forschungszentrum Münsingen einzurichten, kein nennenswertes konkretes Interesse an der Nutzung des weitläufigen Areals. Wir sprechen von 140 Gebäuden; 120 davon stehen unter Denkmalschutz. Und wie heißt es in der Stellungnahme zu dem Antrag der grünen Kollegen?

*Allerdings bestehen angesichts der extremen Finanzknappheit aus heutiger Sicht keine Spielräume für die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das geplante Lehr- und Forschungszentrum.*

Ich appelliere an Land und Bund gleichermaßen. Eine Konversion zum Nulltarif gibt es nicht.

Meine Damen und Herren, damit der Truppenübungsplatz in seiner Einmaligkeit erhalten werden kann, muss extensive Landwirtschaft – wie schon bisher – auf vier Fünftel der Fläche weiter betrieben werden. Darüber hinaus sind mindestens zehn Personen erforderlich, die die Landschaft offen halten, zusätzlich einige Ranger, die für Ordnung und geregelte Abläufe auf dem Platz sorgen, und natürlich muss auch der Wald bewirtschaftet werden. Nehmen Sie noch einige Tourismusplaner hinzu; dann haben Sie 20 Beschäftigte. Die brauchen Sie, wenn Sie die FFH-Richtlinie erfüllen wollen bzw. müssen, die da heißt: allgemeines Verschlechterungsverbot, um für Arten und Lebensraumtypen einen günstigen Erhaltungszustand zu sichern.

Bisher schon testen Nutzfahrzeughersteller auf dem Übungsplatz ihre Neuentwicklungen; Herr Röhm ist darauf eingegangen. Das kann auch künftig geschehen; denn gerade an einigen Stellen verdichteter Boden hat bewirkt, dass im angesammelten Regenwasser seltene Tierarten einen Lebensraum gefunden haben. Was ich zuerst für einen Scherz hielt: Vielleicht muss ein Schützenpanzer zu einem „Pflegerpanzer“ umfunktioniert werden, damit dieser Effekt von verdichteten Flächen weiterhin bestehen bleibt.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

– Ja, genau.

Das Gelände, dessen Einmaligkeit vielfach beschworen wurde, ist kein Paradies, sondern eine von Menschen und Maschinen geformte Landschaft. Ich hoffe, dass wir bald ein Konzept zu Gesicht bekommen, damit diese Landschaft erhalten werden kann, ein Konzept, das auch mit einer Vereinbarung von Bund und Land sowie finanziellen Zusagen unterfüttert ist. Der Region nützt es nichts, dass sich Bund und Land gegenseitig die Verantwortung zuweisen. Andernfalls bleibt es bei den schönen Worten in der Pressemitteilung von Herrn Regierungspräsident Wicker, aus der ich einige Sätze zitiert habe: „wortreiche Absichtserklärungen“.

Noch sehe ich kein Gesamtkonzept. Ich bin darauf gespannt, noch mehr aber auf dessen Umsetzung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Minister Stächele.

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben in der Debatte gespürt: Das Thema Münsingen hat viele Aspekte. Ich bin froh, dass ein ganz wichtiger Aspekt doch noch richtig platziert worden ist, nämlich die Frage, die die Menschen vor Ort nachhaltig berührt: Wie kann man die strukturellen Probleme im Blick auf Arbeitsplätze, im Blick auf Wertschöpfung abfangen? Was ist die Aufgabe, die dem Standort, die der Region insgesamt zuteil geworden ist? Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat Herrn Regierungspräsident Wicker ganz früh beauftragt, sich zusammen mit den Landräten, den Bürgermeistern Gedanken zu machen, wie man unter diesem Aspekt zu einer künftigen Nutzung des Truppenübungsplatzes Münsingen, insbesondere auch zur Milderung des Arbeitsplatz- und des Kaufkraftverlusts, beitragen könnte.

Die Beteiligten sind sich in vielen, vielen Fragen einig. Klar ist, dass der weitaus größte Teil des Geländes im derzeitigen Nutzungszustand, das heißt insbesondere Schafbeweidung, erhalten werden soll. Die Beteiligten sind sich auch einig, dass Naturschutz und Tourismus eine ganz konkrete Chance sind, den Kaufkraftverlust wenigstens teilweise zu kompensieren. Etwa durch die Entwicklung neuer Tourismusangebote kann in der Tat ein wichtiger Beitrag zur regionalen Wertschöpfung geleistet werden.

Wir sind uns alle darin einig – das kam ja hier immer wieder zur Sprache –, dass der Truppenübungsplatz Münsingen ein Gebiet umfasst, das im Blick auf den Naturschutz bundesweite Bedeutung besitzt. Diese Fläche beherbergt Lebensräume und Tierarten nach der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie, Biotope nach § 24 a des Naturschutzgesetzes, und zwar flächendeckend über das ganze Gebiet verteilt.

(Abg. Walter GRÜNE: 150!)

Auch wurde angesprochen – das Besondere –: Das Gebiet stellt einen der ganz wenigen unzerschnittenen großflächigen Räume im Land dar und ist mit seinem hohen Anteil an Offenland in dieser Form wohl einmalig. Wir haben die Unzerschnittenheit dieser Fläche im Landesentwicklungsplan ausdrücklich festgehalten.

(Minister Stächele)

Ein Weiteres – auch das wurde angesprochen – ist die kulturhistorische Bedeutung. Meine Damen und Herren, sie reicht – so wurde mir gesagt – nicht nur 100 Jahre zurück. Vielmehr geht man davon aus, dass die Strukturen vom ausgehenden Mittelalter stammen, die auf dem Platz auf verschiedene Art und Weise, zuletzt durch 100 Jahre militärische Nutzung, konserviert worden sind.

Wir haben deswegen in unsere FFH-Nachmeldeliste weite Teile des Truppenübungsplatzes mit aufgenommen. Jetzt geht es darum, dass der Bund als Eigentümer bereit ist, all das, was schützenswert ist, auch zu schützen.

Es wurde angesprochen: Natürlich macht uns das, was an Kampfmittelbelastungen vorliegt, großen Kummer. 100 Jahre militärische Nutzung gehen nicht spurlos vorüber, und dieser Platz wurde intensiv militärisch genutzt. Im Moment wird repräsentativ auf 67 Feldern getestet, wie die konkrete Kampfmittelbelastung aussieht.

Ich will Ihnen sagen, damit diese Zahl nicht verwechselt wird, Kollege Röhms: Allein diese Testphase kostet 16 Millionen €. Es gibt Berechnungen – aber diese seien zunächst einmal infrage gestellt –, die zu dem Ergebnis kommen: Wenn danach umgesetzt werden müsste, könnte das bedeuten, dass man zu dreistelligen Millionenbeträgen kommt. Es gibt sogar eine Zahl von bis zu 500 Millionen €. Allerdings muss man im Gegenzug erkennen: Wenn man diese Tests in konkrete Anwendungen umsetzen müsste, dann wäre natürlich der Truppenübungsplatz anschließend nicht mehr der alte.

Damit komme ich zu dem ganz entscheidenden Punkt. Mir wurde vom Bundesverteidigungsministerium schriftlich mitgeteilt, solange wir hier keine Ergebnisse hätten, sei alles Nachdenken lobenswert, aber es könne keine abschließende Konzeption vorlegen. Lieber Kollege Walter, es reichen nicht nur vereinzelte Tests, sondern die schreiben eindeutig: Wir müssen das flächendeckend testen, beginnend in diesen 67 Testfeldern, und erst dann kann man entscheiden: Was ist überhaupt für die Menschen freizugeben, oder wo muss ein Umbau erfolgen, oder wo verbietet sich ein Umbau, weil sonst die ganze Naturlandschaft zerstört wird?

(Abg. Döpfer CDU: So ist es! Nicht so einfach!)

Das ist eine Verflochtenheit, die man akzeptieren muss. Deswegen habe ich das akzeptiert, was der Bundesverteidigungsminister mir geschrieben hat: Lassen Sie uns das erst abwarten; dann können wir weitermachen.

(Abg. Behringer CDU: Genau! – Abg. Döpfer CDU zur SPD: Wir machen das, was euer Verteidigungsminister will! – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Das wollen die doch nicht!)

Natürlich schadet es nicht, wenn ich mich im Vorfeld schon über das unterhalte, was nach der Testphase bei der Umsetzung vielleicht möglich ist. Da wird immer wieder vom Nationalpark gesprochen. Ich wollte nur eines dazu sagen: Das hört sich angenehm an, das hört sich positiv an. Nur sagt Ihnen jeder Fachmann, dass ein Nationalpark, auch ein so genannter Entwicklungsnationalpark, wahrscheinlich aus naturschutzfachlichen Gründen ausscheiden muss, weil die Ziele in einem Nationalpark den Erhaltungszielen für die

FFH-Lebensräume und die FFH-Arten ganz konkret widersprechen würden. Das heißt, es hat keinen Wert, dass man im Grunde mit schönen Begriffen hantiert, das Ganze politisch populistisch darstellen will, sondern man muss bei dieser Fläche, die mit 6 700 Hektar eine große Chance bietet, jetzt Schritt für Schritt vorgehen. Sonst könnte man in dieser Situation unwahrscheinlich schnell ins Stolpern geraten. Wir sind da auf dem richtigen Weg.

Ich kann Ihnen sagen: Wir haben ungeachtet dessen, was jetzt Aufgabe des Bundes ist – und er wird liefern; mir wurde zugesichert, dass er bis Ende 2005, Anfang 2006 liefern kann –, die BNL beauftragt, eine Vorstudie zu einem naturschutzfachlichen Rahmenkonzept zu erstellen. Wir werden diese Vorstudie parallel zu dem, was der Bund uns liefert, diskutieren. Es wird uns darum gehen – das will ich ausdrücklich noch einmal unterstreichen –, nicht einseitig vorzugehen, sondern das zu tun, was die Vertreter auch der Region ausdrücklich unterstrichen haben: Wir werden Sorge tragen, dass auch den Interessen der angrenzenden Kommunen Rechnung getragen und die gesamte Gebietsentwicklung integriert angegangen wird, damit wir nicht vorschnell handeln und uns anschließend selber einige Knüppel zwischen die Beine werfen.

Kollege Walter, wir kennen ja die Angebote von Präsident Vogtmann in Baden-Württemberg.

(Abg. Walter GRÜNE: Das hoffe ich!)

Wir haben in zwei beispielgebenden Gebieten diese Angebote angenommen und umgesetzt. Ich will sagen: Was uns da das Bundesamt für Naturschutz an Geldern gibt, ist gutes Geld

(Abg. Fischer SPD: Und das nehmen wir!)

und wird in Baden-Württemberg auch gut und erfolgreich eingesetzt.

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut!)

Ob Herr Vogtmann in der Größenordnung, wie Sie es versprechen, dann einmal einsteigen kann, sei dahingestellt, denn auch ihm ist die Kasse etwas schmaler gemacht worden.

Eines ist klar: Wir müssen in dieser Frage Schritt für Schritt vorgehen. Wir erwarten die Ergebnisse des Bundes bis Ende 2005. Parallel dazu wird die Vorstudie unserer BNL erstellt. Das Ganze wird durch den Dialog mit den Kommunen begleitet. Dann wird es mit Sicherheit der Chance gerecht, die Herausforderungen anzunehmen und umzusetzen.

Ich bin sicher, dass wir uns über den Truppenübungsplatz Münsingen noch einige Male unterhalten werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

**Abg. Walter GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist doch müßig, jetzt hier eine Debatte darüber zu führen, ob dieses Gebiet ein Nationalpark werden kann. Wir sollten uns einig sein, dass wir das Defizit, das wir im

(Walter)

großflächigen Naturschutz in Baden-Württemberg haben, nun endlich beheben. Ein erster Schritt dazu, Herr Minister – da sind Sie gefordert –, ist die entsprechende Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes in Anpassung an das Bundesnaturschutzgesetz. Da müssen diese Schutzkategorien hineinkommen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: So ist es!)

Es kann sein, dass man dort keinen Nationalpark machen kann. Dann machen wir dort eben ein Biosphärenreservat. Es geht darum, dass wir hier in Baden-Württemberg endlich einmal den Anschluss an die anderen Bundesländer wieder herstellen. Das ist das Allererste.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Was machen Sie denn mit den Munitionsresten? – Gegenruf des Abg. Dr. Caroli SPD: Das hat doch gar nichts damit zu tun, Herr Haas! Sie verstehen ja gar nichts davon!)

– Das habe ich doch vorhin schon gesagt: Teilweise muss saniert werden, und teilweise müssen gewisse Gelände, die dann nicht zugänglich sein sollen, abgesperrt werden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Woher nehmen wir das Geld?)

Bei 67 Quadratkilometern geht das.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nächste Frage: Wo nehmen wir das Geld her? – Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

– Herr Kollege, Sie können sich natürlich auf den Standpunkt stellen: Münsingen interessiert mich nicht. Es kann ja sein, dass das Ihr Standpunkt ist, aber mein Standpunkt ist es nicht. Wir waren uns vorher einig, dass dies ein Juwel ist. Wenn die CDU das infrage stellt, dann gehen Sie hier raus und sagen das.

(Widerspruch bei der CDU)

– Also, dann sind wir uns ja einig. Wir wollen doch die Probleme gar nicht verniedlichen. Ich habe sie doch alle angesprochen. Also bleibt doch einmal ruhig und hört zu!

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU – Abg. Scheuermann CDU: Das fällt schwer!)

Die Frage wurde noch angesprochen: Kann das Gelände zukünftig genutzt werden, beispielsweise für eine Lkw-Erprobung? Es kann nicht sein, dass dies eine reguläre Teststrecke wird.

(Abg. Alfred Haas CDU: Eine irreguläre dann?)

Die Biotope, die dort durch Panzer geschaffen wurden – diese Beschreibung ist völlig richtig –, gibt es nur, weil die Nutzung durch Panzer temporär war. Nur dann kann sich ein Biotop entwickeln. Wenn jeden Tag Panzer oder Lkws durchfahren, wird sich kein Biotop entwickeln,

(Abg. Schmiedel SPD: Ein Lkw-Biotop!)

werden keine Salamander, Lurche usw. dort ihren Lebensraum haben.

(Abg. Fischer SPD: Nein!)

Das andere Problem ist: Wir sprechen hier zu Recht von einem der letzten unzerschnittenen Gebiete Baden-Württembergs. Deswegen ist es auch völlig unmöglich, dass da jetzt plötzlich eine Straße durchführt und diese Unzerschnittenheit zerstört.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Das sind Aufgaben, die meiner Ansicht nach nicht angegangen werden dürfen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Straßen gibt es doch massenhaft! Panzerstraßen! – Gegenruf des Abg. Dr. Caroli SPD: Sie müssen einmal hingehen! Wir waren dort!)

– Ich empfehle Ihnen, Kollege Haas: Fahren Sie einmal hin, und reden Sie nicht wie der Blinde von der Farbe! So kommen wir doch nicht weiter.

(Abg. Fischer SPD: Herr Haas, fahren Sie hin und fressen Gras!)

Meine Damen und Herren, der Sinn dieser Debatte muss sein, dass wir uns hier jetzt nicht in Einzelfragen zerstreiten, sondern dass ein klares Signal von diesem Landtag ausgeht, dass wir großflächigen Naturschutz in diesem Gebiet haben wollen, dass wir damit ein Entwicklungskonzept erstellen wollen,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

und zwar entwickelt von den Menschen vor Ort –

(Beifall der Abg. Dr. Witzel GRÜNE und Röhms CDU – Abg. Röhms CDU: So ist es! Bravo!)

das soll ja nicht in Berlin oder in Stuttgart oder sonst wo gemacht werden; das ist ja auch der Sinn der Sache –, und dass wir dann zusammen eine Lösung hinbekommen, die den Interessen des Naturschutzes und den Interessen des Tourismus und der Landwirtschaft gerecht wird. Alles andere ist Unsinn.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Röhms CDU: Zustimmung!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort für eine kurze Redezeit erhält Herr Abg. Dr. Walter Caroli.

**Abg. Dr. Caroli SPD:** Meine Damen und Herren! Ich bin überzeugt, bei dem, was ich sage, werden Sie selber großzügig sein.

(Heiterkeit)

Ein kurzer Appell an den Kollegen Röhms: Lieber Karl,

(Abg. Röhms CDU: Ja!)

es geht uns auch darum, mit den Menschen vor Ort etwas zu suchen,

(Abg. Alfred Haas CDU: Das reicht! Danke!)

was auf allgemeine Akzeptanz stößt.

(Dr. Caroli)

Ich appelliere an Sie: Wählen Sie eine neue Kategorie, damit es ein Hit wird, damit es etwas Besonderes, etwas Herausragendes wird!

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Dafür brauchen wir die neuen Kategorien „Entwicklungsnationalpark“ oder „Biosphärenreservat“. Die detaillierten Nutzungen können wir alle miteinander besprechen, aber wichtig ist für die Region: Dieses neue Label bringt Attraktivität und nachher auch den Zulauf der Menschen. Dies wird auch ökonomisch von Vorteil sein, auch und insbesondere, wenn ich dem Naturschutz Rechnung trage.

An Sie den Appell, Herr Minister: Bleiben Sie gegenüber den neuen Schutzkategorien offen, zeigen Sie sich flexibel!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Minister Stächele.

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Nur noch einen Satz zum Kollegen Walter: Bei Ihrer zweiten Wortmeldung hatte ich doch die Sorge, dass genau das eintreffen könnte, was im Gegensatz zu dem steht, was wir wollen. Wir wollen eine integrierte Nutzung, und Sie müssen höllisch aufpassen, dass Sie nicht von vornherein eine einseitige, schmalspurige Nutzung propagieren. Es ist mir ganz wichtig, dass die Verantwortlichen vor Ort beim Konzept mitreden können und dass das Konzept auch vor Ort entsteht, jenseits irgendwelcher Überschriften.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Das Zweite: Es ist einfach nicht richtig, wenn Sie sagen, in Baden-Württemberg gäbe es keinen flächendeckenden Naturschutz. Sie können Baden-Württemberg nicht mit Mecklenburg-Vorpommern vergleichen. Das sind ganz andere Situationen und andere Gegebenheiten. Wir haben – und das wird auch von unserer Bevölkerung so gesehen – den bestmöglichen Naturschutz, den wir anbieten können. Wir haben eine flächendeckende umweltgerechte Landbewirtschaftung. So wird unsere Kulturlandschaft erhalten, und das halte ich immer noch für das Allerbeste.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen ist dieser Vergleich mit den anderen Bundesländern nicht angebracht.

Schließlich sind wir im Moment dabei, für FFH-Gebiete 11 % der Landesfläche auszuweisen. Was Naturschutz angeht, brauchen wir uns also in keiner Weise vor anderen Bundesländern zu verstecken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: So ist es!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung. In den Abschnitten I beider Anträge wird jeweils ein Bericht

erbeten. Diesem Begehren wurde entsprochen, sodass diese Abschnitte insoweit erledigt sind.

Was soll nun mit den Beschlussteilen der Anträge gemacht werden?

(Abg. Fischer SPD und Abg. Walter GRÜNE: An den Ausschuss!)

– Überweisung an den Ausschuss? – Dann stimmen Sie der Überweisung der Abschnitte II beider Anträge an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft zu.

Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:57 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:15 Uhr)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Fragestunde – Drucksache 13/3305**

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Regionalisierungsmittelleinsatz für Stuttgart 21

Herr Abg. Palmer, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Frau Präsidentin! Ich frage die Landesregierung:

- Trifft es zu, dass zur Finanzierung des Projekts Stuttgart 21 in erheblichem Maße Regionalisierungsmittel des Bundes eingesetzt werden sollen?
- Trifft es zu, dass aus diesem Grund Einsparungen bei anderen Leistungen, die bislang mit Regionalisierungsmitteln finanziert wurden, notwendig werden?

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erteile ich Herrn Staatssekretär Mappus.

**Staatssekretär Mappus:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abg. Boris Palmer wie folgt:

Zu Frage a: Ja.

Zu Frage b: Nein.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Zusatzfrage!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Boris Palmer, Sie erhalten das Wort zu einer Zusatzfrage.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Staatssekretär, haben Sie namens der Landesregierung gesprochen, als Sie am 9. Juni 2004 im SWR-Fernsehen die folgenden Ausführungen machten? Sie sagten:

*Dort*

– im öffentlichen Personennahverkehr –

*wird allerdings nicht gestrichen. Auch das, was Sie*

– gemeint war ich –

*derzeit verbreiten – dass wir 800 000 Zugkilometer streichen –, ist schlicht und ergreifend nicht wahr.*

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Staatssekretär Mappus.

**Staatssekretär Mappus:** Auch hier: Ja – wobei sich mir im Moment nicht der Zusammenhang zu Stuttgart 21 erschließt. Aber auch das ist zutreffend.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Danke!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Damit ist die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 beantwortet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Laufendes Konsultationsverfahren in Baden-Württemberg entsprechend der Richtlinie 92/43 EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen, derzeit laufendes Nachmeldeverfahren

Bitte sehr, Herr Abg. Haas.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- Wird und gegebenenfalls wie wird die Landesregierung auf Äußerungen von Landräten und Bürgermeistern reagieren, die immer wieder die Forderung nach Erhalt der Kulturlandschaft formulieren, andererseits aber das jetzt laufende, die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie ergänzende Konsultationsverfahren heftig kritisieren und dabei die FFH-Richtlinie als enteignungsgleichen Eingriff für private und öffentliche Grundstücksbesitzer darstellen, weil angeblich die Flächenausweisung in Baden-Württemberg von 6,5 auf über 12 % von der Landesregierung zwingend gefordert werde und dadurch jegliche private und öffentliche Entwicklung ausgeschlossen sei?
- Wird die Landesregierung über das zuständige Ministerium für die beiden vorstehenden Berufsgruppen besondere Informationsveranstaltungen durchführen, um diese mit der Richtlinie 92/43 EWG sachlich vertraut zu machen, vor allem deshalb, weil diese ab dem 1. Januar 2005 die Vorprüfung eingegangener Stellungnahmen bei den Landratsämtern und den Stadtkreisen durchzuführen haben?

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, der zuständige Minister sei noch aufgehalten worden,

(Abg. Moser SPD: Von wem?)

wurde mir gesagt.

Ich rufe deshalb die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Die Antwort! – Minister Stächele betritt den Plenarsaal.)

Herr Minister, ich erteile Ihnen das Wort zur Beantwortung der Mündlichen Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas. Der Herr Abgeordnete hat seine Anfrage bereits verlesen; Sie dürfen direkt mit der Antwort beginnen.

(Abg. Fischer SPD: Aber er hat sie nicht gehört! –

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Er hat die Frage aber gar nicht gehört!)

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe die Frage mehrfach studiert, denn die Frage des Kollegen Haas ist mir zu wichtig, als dass ich sie nur hier im Plenum aufgreifen würde.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Beifall des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Ich beantworte diese Mündliche Anfrage im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu a und zu b: Das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum hat über die Notwendigkeit der Nachmeldung von FFH-Gebieten und deren rechtliche und faktische Auswirkungen inhaltlich umfassend informiert. Wir haben – das ist vielfach nicht bekannt – kurz nach Bekanntwerden der neuen Anforderungen der Europäischen Kommission Ende 2002 bereits im Jahr 2003 darüber alle Verbände und die unteren Naturschutzbehörden unterrichtet und ihnen mitgeteilt, was seitens der Kommission neu abverlangt wird.

Nun ein entscheidender Punkt: Wir haben im frühen Frühjahr 2003 ein Schreiben an die unteren Naturschutzbehörden und an die Städte und Gemeinden mit der Maßgabe gerichtet, sie mögen doch nachmelden, was aus Sicht der Kommunen nachzumelden wäre. Tatsächlich sind daraufhin 850 Vorschläge eingereicht worden, von denen wir etwa 420 haben verwenden können. Das heißt also, eine frühe Befassung zum einen mit dem Thema der Nachmeldung und zum anderen mit deren Inhalten war schon unmittelbar nach dem Bescheid der Kommission im Frühjahr 2003 gegeben.

Wir werden für die Materialien, die wir zur Verfügung gestellt haben, gelobt. Herr Kollege Haas hat dies selbst bestätigt. Aber diese Materialien haben einen großen Nachteil: Man muss hineinschauen und sie auch einmal lesen.

(Abg. Fischer SPD: Das hat er getan! – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Das habe ich gemacht!)

– Ja, er schon.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Für wen ist das ein Nachteil? Für Sie?)

(Minister Stächele)

Er fragt, warum Defizite da gewesen sind. Man muss in die Materialien hineinschauen. Wir haben diese Materialien mit einer CD-ROM und einem Internetauftritt begleitet; wir haben zusätzlich einen Flyer in Kurzform für diejenigen angeboten, die wenig Zeit haben. Wir haben mit den Naturschutzbehörden Dienstbesprechungen durchgeführt, und auch die Regierungspräsidien haben ihrerseits speziell für die Kommunen mehrere Informationsveranstaltungen pro Bezirk durchgeführt.

In dem nun weiter stattfindenden Dialog stellt sich immer mehr heraus, dass in der Tat das Verständnis in dem Maße wächst, in dem man Unwissen beseitigt. Die anfängliche Vorstellung, Natura 2000 sei nichts anderes als die Strangulierung des ländlichen Raums, weicht nun nach und nach.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr gut!)

Ich habe dann in einem Schreiben an die Bürgermeister und Oberbürgermeister Baden-Württembergs im Mai dieses Jahres das Ganze noch einmal mit einem Hinweis darauf ergänzt, was dieses Regelwerk heißt: Man muss streng nach naturschutzfachlichen Gesichtspunkten konkret die Lebensräume und Lebensarten, die von der Europäischen Union vorgegeben wurden, erfassen. Dies gilt für das Land Baden-Württemberg ebenso wie für die anderen Bundesländer. Es geht darum, dies einfach nur zu erfassen. Ich kann bei der Erfassung keinen Ermessensspielraum einräumen, sondern muss konkret das erfassen, was vorhanden ist. Dazu kam noch folgender Hinweis: Es wird dann möglich sein, Konflikte, die bei der vorgesehenen oder beabsichtigten Nutzung auftreten, mit der Verträglichkeitsprüfung zu überspringen. Die Verträglichkeitsprüfung wiederum ist einfacher zu handhaben, wenn die Meldung erfolgt ist, als wenn das Ganze nur im Bereich der potenziellen Gebiete schwebt.

Ich hätte mir gewünscht, dass wir für diese ganze Informationsphase mehr Zeit gehabt hätten. Ich sagte, Ende 2002 hat die Kommission allen Bundesländern klar gemacht, in welcher Form, in welcher Quantität und mit welcher Qualität nachzumelden ist. Und dann kam gleichzeitig, bestätigt durch den Europäischen Gerichtshof, noch das Zwangsverfahren bis hin zur Strafgehdandrohung. Wenn Sie das über anderthalb Jahre hinweg kommunizieren können, haben Sie mehr Chancen, den Letzten zu erreichen, als wenn Sie es innerhalb weniger Monate „abdrücken“ müssen.

Nun kommt noch ein Zweites hinzu, Herr Kollege Haas – und wir sind ja alte, erfahrene frühere Kommunalpolitiker –: Sicherlich wurde in dem einen oder anderen Ortschaftsratsgremium oder Gemeinderat im Vorfeld der Kommunalwahl manches etwas dämpfiger abgefahren als zu einer Zeit, in der keine Wahl vor der Tür gestanden hätte. Deswegen hat sich doppelt bemerkbar gemacht, wenn sich jemand nicht ausreichend und abschließend informiert hatte.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Zu Teil b der Frage, Informationsveranstaltungen? – Abg. Kaufmann SPD: Zu b steht nichts mehr da!)

Zu a und b: Diese Informationsveranstaltungen sind durchgeführt worden, und man wird jetzt in den Einzelfällen, sofern Einwendungen auf kommunaler Ebene oder auf Landkreisebene – die nächste Ebene wäre die Ebene der Regie-

rungspräsidien – da sind, die nicht bereinigt werden können, ganz konkrete Besprechungen durchführen.

Ich hoffe, dass dann das Ganze, sicherlich um einiges verdünnt, im Ministerium ankommen wird und wir uns dann in der Kabinettsentscheidung auf wenige Dutzend Fälle beschränken können. Dort kommt es dann natürlich zum Schwur. Dort muss ich ganz konkret sagen, ob ich den Kommissionsanforderungen gerecht werde oder ob ich vielleicht leichtes Ermessen ausübe. Da wird es aber brenzlich. Da muss ich ganz konkret nach dem vorgehen, was Rechtsvorgabe ist, nämlich melden und dann im Wege der Verträglichkeitsprüfung Nutzung zulassen. Das ist eine Phase, die sicherlich noch spannend wird.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Haas, Sie erhalten das Wort für eine Zusatzfrage.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Minister, dann würden Sie meine Forderung unterstützen, den genannten Personenkreis endgültig aufzuklären, damit wir gemeinsam im Grunde genommen vor der Öffentlichkeit in der Diskussion, worum es eigentlich geht, bestehen können und die unselige Behauptung endlich aufhört, dass es sich um enteignungsgleiche Eingriffe handle? Es ist mir ganz bedeutsam, dass wir das heute hier feststellen.

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Die weitere Aufklärung ist der Landesregierung ein besonderes Anliegen. Man spürt, dass mit Ansammeln des Fachwissens auch viele Vorbehalte ausgeräumt werden können, wenn insbesondere einmal die Regelungssystematik erkannt ist, dass die politischen Ermessensspielräume nicht bereits bei der Meldung die Grundlage bilden dürfen, sondern dass im Grunde zunächst eine objektive Meldung erfolgen muss und danach die Abwägung im Zusammenhang mit einer Verträglichkeitsprüfung Gültigkeit hat.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Okay!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Dr. Caroli für eine Nachfrage.

**Abg. Dr. Caroli SPD:** Herr Minister, warum ist das Konsultationsverfahren nach der ersten Tranche auch bei der zweiten Tranche in ein zeitlich eng begrenztes Korsett eingeschnürt worden, sodass die Gemeinden überhaupt nicht in der Lage waren, ihre Argumentation entsprechend den Möglichkeiten zu entfalten, und wirklich den Eindruck hatten, auch gefühlsmäßig, jetzt bestehe die Gelegenheit, das ausführlich zu untersuchen und umfangreich darzustellen, dann aber auch entsprechend Gehör zu finden?

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Wenn Sie bei dem Ihnen sicher näher stehenden Bundesminister Trittin dafür gesorgt hätten, dass er die Strafgehdandrohung zurückgenommen hätte, hätte ich mir ohne weiteres erlaubt, weitere Wochen der Konsultation anzufügen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Stimmt doch nicht!)

Ich habe zwei oder drei Briefe von Bundesminister Trittin – –

(Abg. Walter GRÜNE: Was er aus Brüssel bekommt, muss er doch machen! Ihr habt doch jahrelang geschlafen!)

(Minister Stächele)

– Entschuldigung, die „freundlichen“ Schreiben, die Herr Trittin an uns gerichtet hat, haben ganz konkret gelaute: Entweder ihr spurt, oder es ist ein Strafgeld von 700 000 € pro Tag fällig, und das wird auf die Länder verteilt, die nicht rechtzeitig nachgemeldet haben. Das war es. Ich kann nichts dafür, dass er so unfreundlich mit uns umgeht. Das müssen Sie mit ihm besprechen.

(Lachen bei der SPD – Abg. Kiefl CDU: Der ist so!  
Der kann nicht anders!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Caroli.

**Abg. Dr. Caroli SPD:** Herr Minister, sind Sie mit mir der Meinung,

(Abg. Seimetz CDU: Nein!)

dass das Land Baden-Württemberg schon bei der ersten Tranche, also bei der Meldung der ersten Gebiete, jahrelang das Gebot, diese Gebiete zu melden, verschlafen hat und gerade noch im letzten Moment und dann unzureichend gemeldet hat und dass auch bei der zweiten Tranche Sanktionen der EU in Millionenhöhe bevorstanden, bevor das Land Baden-Württemberg endlich zur Tat geschritten ist?

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Ich bin keineswegs mit Ihnen der Meinung, dass in Baden-Württemberg irgendjemand in verantwortlicher Position geschlafen hat. Dazu ist der Job viel zu unruhig, als dass man zum Schlafen käme. Nein, Herr Dr. Caroli. Genau in diese Richtung ging meine Nachfrage öfters: Was hat sich zwischen 1992 und 1998 abgespielt? In der Tat sind viele Eckdaten der dann 2001 erfolgten Meldung von der Kommission erst weit in den Neunzigerjahren geliefert worden. Man kann sich also nie auf das Jahr 1992 beziehen, sondern man muss sich auf die Zeit beziehen – ich glaube, 1997 oder 1998 –, in der die Kommission konkret vorgegeben hatte, wie solche Meldungen zu erfolgen haben.

2001 – das war damals übereinstimmend der politische Wille, möglicherweise könnte ich noch nachweisen, dass sich auch der Kollege Dr. Caroli engagiert hat – hat man sicherlich im Gefühl einer politischen Souveränität gemeldet, wie man es entsprechend der Entwicklungsplanung des Landes für vernünftig hielt. Zugegeben, damals war die eine oder andere Gebietsmeldung nicht drin, die zum Beispiel von Naturschutzverbänden vorweg schon nach Brüssel gegangen ist.

Das heißt also, man hat nach bestem Wissen und Gewissen gemeldet und hat viele Belange der Kommunen berücksichtigt. Dann kam, wie gesagt, Ende 2002 das Votum seitens der Kommission, dass dies nicht ausreiche. Es sind ja alle Bundesländer zur Nachmeldung verpflichtet worden.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort für eine Zusatzfrage erteile ich Frau Abg. Kipfer.

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Herr Minister, war Ihre Eingangsbemerkung so zu verstehen, dass Landräte üblicherweise umfangreiches Material der Landesregierung nicht lesen, es sei denn, es folgt eine Informationsveranstaltung?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Und wie bewerten Sie dies vor dem Hintergrund der umfangreichen Aufgaben, die die Landräte im Zuge der Verwaltungsreform übernehmen müssen?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Ich bin mir ganz sicher, Frau Kollegin, dass insbesondere Landräte, Bürgermeister und Oberbürgermeister Broschüren der Landesregierung geradezu als Pflichtlektüre behandeln.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Deswegen bin ich mir sicher, dass das gelesen wurde. Klar ist aber: Es gibt viele Beteiligte, und da und dort ist vielleicht im Detail das eine oder andere Unwissen vorhanden. Das gilt es jetzt aufzuklären.

(Lachen bei der SPD – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Oje, oje!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort für eine Zusatzfrage erhält Frau Abg. Dr. Gräßle.

**Abg. Dr. Inge Gräßle CDU:** Herr Minister, wenn die Anmeldung der Gebiete und der schützenswerten Arten bestritten wird, was muss dann vorgelegt werden, um ein Gebiet aus der jetzigen Meldung herauszubekommen, Stichwort: Gutachten ja oder nein?

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Die Meldungen haben eine Grundlage, die aus dem naturschutzfachlichen Bereich kommt. Das heißt, ich muss dann widerlegen.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Wie?)

Ich kann aber auch bei der Verträglichkeitsprüfung widerlegen, wenn es ganz konkret darum geht, in der Abwägung Wertigkeiten festzulegen. Das wird sogar in den allermeisten Fällen erst dann konkret werden. Wir hatten ja dieses Mal die Auflage – das war auch eine Auflage für die zweite Meldung, für die Nachmeldung –, großflächiger zu melden.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das war vorher auch schon!)

Das heißt, wir dürfen keinen Schweizer Käse machen – so will ich es einmal formulieren –, sondern wir müssen großflächig melden.

(Abg. Walter GRÜNE: Käse habt ihr schon immer gemacht!)

Aber die große Fläche hat dann wiederum den Nachteil, dass schutzwürdige Belange unter Umständen nur vereinzelt vorkommen. Es ist also durchaus möglich, in einem Gebiet eine bestimmte Nutzungsabsicht zu verwirklichen, wenn sich bei der konkreten Verträglichkeitsprüfung herausstellt, dass der konkrete Schutzzweck von der beabsichtigten Nutzung überhaupt nicht berührt wird.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort für eine Zusatzfrage erhält Herr Abg. Alfred Winkler.

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Herr Minister, in der Logik Ihrer Antwort frage ich: Wenn Sie sagen, dass Landräte und Bürgermeister die Mitteilungen der Landesregierung aufmerksam lesen und gelesen haben, kann es dann sein, dass sie sie nicht verstanden haben?

(Heiterkeit bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Lieber Herr Kollege Winkler, es ist immer gefährlich, anderer Leute intellektuelles Niveau zu unterschätzen. Ich gehe davon aus, dass sie gleichermaßen alle in der Lage sind, solche Broschüren zu verstehen, wie wir uns das hier in diesem Plenarsaal zumuten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Kiefl CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Damit ist diese Mündliche Anfrage beantwortet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gunter Kaufmann SPD – Die künftige Finanzierung des Wehrgeschichtlichen Museums Rastatt GmbH

Bitte sehr, Herr Abg. Kaufmann.

**Abg. Kaufmann SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Ist die Landesregierung bereit, die landes- und wehrhistorische Bedeutung des Wehrgeschichtlichen Museums Rastatt GmbH neu zu beurteilen und sich vor dem Hintergrund dieser Beurteilung weiterhin an der Finanzierung des Museums zu beteiligen?
- b) Trifft es zu, dass die Stadt Rastatt dem Land unter Kündigung des Museumsvertrags ein weiteres Mitfinanzierungsangebot unterbreitet hat, und bis wann und wie wird die Landesregierung gegebenenfalls darauf reagieren?

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erhält Herr Staatssekretär Sieber.

**Staatssekretär Sieber:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abg. Gunter Kaufmann wie folgt:

Zu a: Die Landesregierung hält an der bisherigen Beurteilung der landes- und wehrhistorischen Bedeutung des Wehrgeschichtlichen Museums Rastatt unverändert fest.

Zu b: Die Landesregierung beabsichtigt, sich weiterhin an der Finanzierung des Museums zu beteiligen.

Was die Stadt Rastatt betrifft, hat diese die Grundvereinbarung gekündigt, die zwischen Land, Bund und Stadt auch die Finanzierung des Museums regelt. Allerdings hat die Stadt inzwischen erklärt, dass sie zum Abschluss einer neuen Grundvereinbarung bereit ist. Grundlage dafür ist ein im

Dezember 2002 vom Aufsichtsrat des Wehrgeschichtlichen Museums gebilligtes Konzept. Zwischen Stadt und Land besteht also Einvernehmen über die Weiterfinanzierung und über den Abschluss einer neuen Grundvereinbarung.

Seit ein paar Tagen haben wir allerdings eine völlig neue Situation. Am 7. Juni 2004 hat uns ein Schreiben des Bundesverteidigungsministeriums erreicht, in dem der Bund den Ausstieg aus der gemeinsamen Finanzierung des Museums erklärt. Für das Museum hat das folgende Konsequenzen:

Erstens: Der Bund wird die ihm gehörenden Exponate aus Rastatt abziehen. Das sind rund 30 % der gesamten Sammlung.

Zweitens: Der Bund wird zwei Mitarbeiter des Museums, die bisher von seiner Seite bezahlt wurden, abziehen.

Drittens: Künftig entfällt der jährliche Betriebskostenzuschuss des Bundes.

Der Bund hat in seinem Brief keinerlei Verhandlungsspielraum offen gelassen. Ob und wie das Wehrgeschichtliche Museum nach dem einseitigen Ausstieg des Bundes weiterbetrieben werden kann, ist noch offen. Zusammen mit der Stadt Rastatt werden wir diese Frage in nächster Zeit zu prüfen und zu entscheiden haben.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Eine Nachfrage, Herr Abg. Kaufmann.

**Abg. Kaufmann SPD:** Herr Staatssekretär, Sie wissen, dass sich der Bund bislang mit 10 % beteiligt hat, also 90 % der Finanzierung über die Kommune und das Land erfolgten. Wie hoch wäre denn nach Auffassung der Landesregierung der notwendige Zuschuss, um die Ausstellung, einen so genannten „Schatz des Landes“, adäquat präsentieren zu können?

Sie haben darauf hingewiesen, dass der überwiegende Teil der Exponate dem Land gehört. Was wäre Ihrer Meinung nach die notwendige Finanzierungsquelle, wenn das Land über den restlichen Teil der Exponate weitgehend allein zu verfügen hat?

**Staatssekretär Sieber:** Herr Abg. Kaufmann, diese Frage lässt sich aus dem Stegreif gar nicht beantworten.

Zunächst einmal ist mir im Augenblick nicht genau bekannt, welche 30 % der Exponate dem Bund gehören. Man muss sich also einmal überlegen, ob die Ausstellung, falls das alles abgezogen wird, im verbleibenden Umfang überhaupt einen Sinn macht. Möglicherweise wird man mit dem Bund verhandeln müssen, ob das eine oder andere Stück, das jetzt in der Dauerausstellung präsentiert wird, trotz seiner eindeutigen Stellungnahme vielleicht auch künftig in Rastatt bleiben kann.

Zweitens: Ich halte es – Stand heute – für durchaus möglich, mit der Restfinanzierung durch die Stadt Rastatt und das Land – das sind ja immerhin rund 400 000 € wenn ich das richtig im Kopf habe – ein solches Haus angemessen zu betreiben. Andererseits dürfen wir nicht übersehen, dass zwei Stellen abgezogen werden. Darüber, ob es hierfür eine Ersatzmöglichkeit gibt, wird man jetzt gemeinsam mit der Stadt verhandeln müssen.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Eine zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Kaufmann.

**Abg. Kaufmann SPD:** Herr Staatssekretär, habe ich Sie richtig verstanden, dass mit dem Angebot der Stadt Rastatt über einen Barzuschuss von 140 000 € dann vonseiten des Landes eine Finanzierung über 400 000 € möglich ist?

**Staatssekretär Sieber:** Nein, Herr Kaufmann, Sie haben mich missverstanden. Ich kann das genau beziffern. Es wird künftig eine Finanzierung geben wie folgt: Die Stadt Rastatt hat sich verpflichtet, künftig 140 000 € einzubringen, während das Land 220 000 € einbringt. Das sind insgesamt 360 000 €. Ich denke, dass es bei gutem Willen aller Beteiligten mit diesen Mitteln möglich sein müsste, dieses Haus auch künftig einigermaßen vernünftig zu betreiben.

(Abg. Kaufmann SPD: Vielen Dank!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Palmer zu einer Zusatzfrage.

**Abg. Dr. Christoph Palmer CDU:** Herr Staatssekretär Sieber, da ich seinerzeit als Staatssekretär die Vereinbarung mit dem Bund mit ausgehandelt hatte, bin ich von dieser neuen Entwicklung sehr überrascht. Daraus zwei Fragen:

Erstens: Gab es eine Vorwarnung des Bundes, oder ist dieser Brief einfach so ergangen?

Zweite Frage: Wie bewerten Sie das Verhalten des Bundes, aus einer erst vor wenigen Jahren abgeschlossenen Vereinbarung einfach auszusteigen?

**Staatssekretär Sieber:** Erstens: Herr Abg. Dr. Palmer, es gab vonseiten des Bundes keinerlei Vorwarnung.

Zweitens: Der Brief des Bundesministers der Verteidigung ist ziemlich geharnischt abgefasst, sodass ich vom Verhalten des Bundes ziemlich enttäuscht bin. Ich darf zum derzeitigen Stil, der zwischen Bund und Land herrscht, hier beispielsweise einmal einen Satz zitieren. Es heißt hier einfach:

*Ferner sind die Exponate, die im Eigentum des Bundes stehen, zu übergeben.*

(Lachen des Abg. Dr. Christoph Palmer CDU)

Der Ton macht die Musik. Ich bin – um es zusammenzufassen, Herr Dr. Palmer – sehr enttäuscht von diesem Vorgehen.

(Beifall der Abg. Hauk und Dr. Christoph Palmer CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Drexler, bitte sehr, Sie erhalten das Wort.

**Abg. Drexler SPD:** Wer hat denn jetzt gekündigt, Herr Staatssekretär: der Bund, das Land oder die Stadt?

**Staatssekretär Sieber:** Herr Abg. Drexler, die Stadt Rastatt hat eine so genannte Änderungskündigung vorgenommen,

(Abg. Drexler SPD: Also!)

von der der Bund jederzeit Bescheid wusste. Die Stadt Rastatt, die ich jetzt in Schutz nehmen möchte, hat diese Kündigung vorgenommen, weil sie Teile des Gebäudes künftig anders nutzen möchte. Sie hat aber schon bei dieser Kündigung erklärt, dass sie unter geringerer finanzieller Beteiligung nach wie vor großes Interesse hat, dieses Haus weiter zu betreiben. In diese Phase der Neustrukturierung kommt völlig überraschend die Kündigung des Bundes.

(Abg. Drexler SPD: Die Stadt Rastatt hat gekündigt!)

– Ja, aber sie hat gleichzeitig erklärt, unter geänderten Bedingungen einen neuen Vertrag mit Wirkung vom 1. Januar 2005 abschließen zu wollen.

(Abg. Drexler SPD: Ist der Bund denn überhaupt an der GmbH beteiligt?)

– Der Bund ist natürlich beteiligt.

(Abg. Drexler SPD: Er ist nicht beteiligt!)

– Entschuldigung, an der GmbH ist er nicht beteiligt.

(Abg. Drexler SPD: Also! – Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: 10 % Zuschuss!)

Aber er hat eine Abmachung getroffen, dass er mit zwei Personalstellen und mit einem Zuschuss von immerhin über 100 000 DM, jetzt 51 000 € beteiligt ist.

(Abg. Drexler SPD: Wie kann man so etwas kündigen?)

– Diese Frage müssen Sie an den Bund stellen.

(Abg. Drexler SPD: An die Stadt!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

Punkt 5 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Staatsministeriums – Medienpolitik in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2324**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Gräßle.

**Abg. Dr. Inge Gräßle CDU:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit einer beispiellosen Erfolgsgeschichte in Sachen Medienpolitik können unser Land und der zuständige Minister Dr. Palmer aufwarten. Unser Antrag zeigt deutlich, wie das Land in den letzten Jahren medienpolitisch aufgeholt hat und sich als Medienstandort, als Informationstechnologiestandort, als Standort für Print, Rundfunk und Fernsehen einen Namen gemacht hat.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

(Dr. Inge Gräßle)

Es hat in einem Markt, in dem das Fell des Bären als verteilt galt, klug Nischen besetzt, auf neue Technologien, auf neue Entwicklungen in Sachen Film, Musik und Spartenprogramme gesetzt und sich so eine neue mittelständische Struktur geschaffen, die eine kreative, kulturelle Bereicherung für ganz Deutschland ist.

Die CDU-Landtagsfraktion freut sich vor allem über eines: Wenn wir die Karte Baden-Württembergs hernehmen und hier die IT- und Mediennetzwerkstandorte betrachten, dann sind der Anschluss und die Entwicklung des gesamten Landes gelungen, die Entwicklung sowohl der Ballungsräume als auch der ländlichen Räume. Darauf können die CDU und der zuständige Minister zu Recht stolz sein. Lörrach und Balingen, Tauberbischofsheim und Karlsruhe, Stuttgart und Aalen, Reutlingen und Baden-Baden, Lahr und Tuttlingen, Leutkirch und Friedrichshafen, Mannheim, Heilbronn, Ulm, Freiburg – alles dies sind Standorte von IT- und Medieninitiativen dieses Landes.

Es ist, meine Damen und Herren, eine große Leistung, den ländlichen Raum als gleichberechtigten Partner mit an die Entwicklung zu hängen, statt ihn abzuhängen, wie das in anderen Bundesländern der Fall ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Andere Bundesländer haben in der Medienpolitik auf Metropolen oder auf einzelne Standorte gesetzt, teilweise mit gigantomanischen Projekten wie Nordrhein-Westfalen mit der HDO, jetzt insolvent. Die CDU hat auf das ganze Land gesetzt, und wir haben damit auch großen Erfolg.

Zwei Institutionen in Baden-Württemberg sind vor allem mit der Diversifizierung der Standorte verbunden: die Medien- und Filmförderung und die Landesstiftung. Beide geben eine Vielzahl von Initialzündungen sowohl bei der Spezialisierung als auch bei der Verbreitung des Umgangs mit neuen Medien.

Im klassischen Rundfunkbereich ist der SWR von überragender Bedeutung. Die unter Leitung des Ministerpräsidenten erfolgte Fusion von SDR und SWF erweist sich als eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Die Optimierung der Programme macht aus den SWR-Hörfunkprogrammen die erfolgreichsten in der gesamten Bundesrepublik. Das Fernsehen arbeitet an der Landesidentität und einer stärkeren Ausstrahlung auf das Programm der ARD. Durch die Fusion ergaben sich von 1997 bis 2004 Einsparungen in Höhe von 149 Millionen €, die größtenteils in ein verbessertes Programmangebot fließen.

Mit der Fusion leistet der SWR auch Pionierarbeit in der ARD. Das werden wir bei den Diskussionen über die Gebühren noch als vorteilhaft sehen.

Mehr Angebot, mehr Leistung gibt es auch im privaten Hörfunkbereich. Dank des Zusammenwirkens von öffentlich-rechtlichem Rundfunk, dem SWR, und den Privaten unter Führung der LfK in der Frequenzfrage haben die Hörer heute mehr Auswahl, ein vielfältigeres, bunteres Programm als noch vor wenigen Jahren. Neue Programme konnten sich etablieren; bigFM wird immer mehr zu einem süddeutschen Jugendradio. „cont.ra“ und „Das Ding“ aus

SWR-Hand sind inzwischen feste Größen im SWR-Programm.

Das Ballungsraumfernsehen hat nach Startschwierigkeiten einen zweiten Anlauf genommen und wird sein Publikum finden.

Die LfK hat in Sachen DVB-T, digitales Fernsehen, das Heft in die Hand genommen und das Land positioniert. Wir sind nicht so schnell wie Berlin und Brandenburg, die andere geografische Voraussetzungen haben, aber wir sind mit dabei.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Bei den Inhalten leisten die neue Popakademie und die Filmakademie Ludwigsburg Pionierarbeit. Die Filmakademie wurde – dazu gratulieren wir ganz herzlich – zur kreativsten Hochschule Deutschlands gewählt, ein Titel, der eine Auszeichnung für alle ist, die an diesem Projekt mitwirken, und eine Bestätigung dieser erfolgreichen Einrichtung und der Medienpolitik des Landes. Beide Einrichtungen profilieren unser Land als Kulturland, das den weiten Kulturbegriff hochhält und in ihm Chancen für seine jungen Landeskinder sieht.

In diese Richtung bewegt sich auch die künftige Entwicklung. Mit mehr als 220 Studiengängen in den Bereichen Medien und IT ist unser Land europaweit führend bei der Vermittlung von IT- und Medienwissen und der Ausbildung für IT- und Medienberufe.

Inzwischen erwirtschaften in Baden-Württemberg über 22 000 IT- und Medienunternehmen mit rund 300 000 Beschäftigten einen Umsatz von jährlich 60 Milliarden € und haben damit die klassischen Bereiche wie die Automobilindustrie um Längen hinter sich gelassen.

Eine feste, wichtige Größe dabei ist die Medienoffensive „doIT“ mit einem Volumen von 430 Millionen € in dieser Legislaturperiode. Dadurch ist es gelungen, die Rahmenbedingungen für IT und Medien ständig zu verbessern und dafür zu sorgen, dass sich breite Bevölkerungsschichten mit den neuen Technologien zurechtfinden.

Internet für alle ist in Baden-Württemberg kein leeres Schlagwort, sondern konkrete Politik. Jeder zweite Baden-Württemberger ist inzwischen online. Mehr als 180 000 Computer- und Internetanalphabeten wurde das nötige Rüstzeug vermittelt, um eine digitale Spaltung zwischen Usern, Kennern und den Fitten einerseits und denen, die diesem wichtigen Medium zunehmend kritisch und auch ablehnend gegenüberstehen, andererseits zu verhindern.

Wir haben dafür gesorgt, dass sich die digitale Spaltung abbaut, dass sich Brücken bauen lassen zu denjenigen, die keine andere Möglichkeit haben oder die sich nicht trauen, mit diesem Medium spielerisch umzugehen. Hier hat die Landesstiftung mit der Initiative „start und klick!“ eine starke, große Rolle gespielt und die Türen in die digitale Welt aufgestoßen.

Für den Mittelstand und das Handwerk ist „doIT“ eine wichtige Initiative geworden, ein Transferpool mit Beratung zur Standortentwicklung und -vernetzung.

(Dr. Inge Gräßle)

Wir sehen mit Sorge die anhaltende Krise im klassischen Zeitungsgewerbe, die eine Konzentrationswelle ausgelöst hat, deren Ende noch nicht absehbar ist. Wir schätzen die Vielfalt unserer Zeitungslandschaft in Baden-Württemberg, und wir schätzen die Konkurrenz der Blätter, die uns allen nur gut tun kann. „Wohin, gute alte Zeitung?“, fragt die Südwest-Presse in ihrer gestrigen Ausgabe. Wir sehen, dass die Bundesregierung hier in Sachen Wachstumsimpulse und Verbesserung der Binnenkonjunktur eigentlich eine große Aufgabe hätte.

Was die aktuelle Gebührendiskussion angeht: Die CDU-Landtagsfraktion sieht sich in diesem Punkt als Teil der Lösung und nicht als Teil des Problems, und wir werden unseren Part zu einer konstruktiven Lösung der augenblicklichen Situation beitragen. Aber wir verlangen vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk Transparenz beim Einsatz seiner Gebührengelder. Wir wollen keine Wettbewerbsverzerrung mit Gebührengeldern zulasten privater Anbieter – Fernsehen, Hörfunk und Zeitungen – und werden deshalb mit großer Aufmerksamkeit das Auskunftersuchen der Europäischen Kommission in Sachen öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Deutschland verfolgen. Dies soll die Leistung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht schmälern; aber zu einer dualen Rundfunklandschaft gehören auch starke private Anbieter.

In den kommenden Jahren werden wir alle gut beraten sein, den Inhalten vor allem im Fernsehbereich mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Wir müssen bereit sein, den Schutz unserer Kinder und Jugendlichen vor Darstellungen von Gewalt und Verletzung der Menschenwürde viel aggressiver und offensiver zu diskutieren als bisher.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir werden mit den Schmuddelkindern unter den Medienunternehmen ins Gespräch kommen müssen und sie unter Druck setzen müssen. Das ist die große Zukunftsaufgabe der Medienpolitik: die Hinwendung zu Inhalten, die ihrer Sendeplätze auch wirklich würdig sind.

Baden-Württemberg steht medienpolitisch vor einer guten Zukunft. Wenn es gelingt, die begonnenen Initiativen fortzuführen und weiter zu finanzieren, das IT- und Medien Netzwerk im Land dichter und enger zu knüpfen, dann wird Baden-Württemberg seine Führungsrolle in diesem Bereich in Deutschland und Europa halten, woran ich überhaupt keinen Zweifel habe.

Glückauf und vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wieso Glückauf? Fahren Sie in den Berg ein?)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Kipfer.

**Abg. Birgit Kipfer** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Dr. Gräßle, ich kann ja verstehen, dass Sie in Ihrer wohl letzten Rede hier im Plenum das Hohelied der Landesregierung anstimmen. Aber Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich – –

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Wir sind halt auch gut, Frau Kipfer! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Aber doch nicht in der Medienpolitik! Wo ist denn der große private Sender?)

– Warten Sie einmal ab. Ich komme zu einem völlig anderen Ergebnis, und das werde ich auch begründen.

Vor knapp vier Jahren hat die Landesregierung ein Leitbild „Medienstandort Baden-Württemberg“ herausgegeben. Nun fand man zur Mitte der Legislaturperiode, dass man eine Bilanz und einen Ausblick inszenieren sollte, und hat einen Fragenkatalog in Auftrag gegeben, einen Bauchladen von 14 ziemlich altbackenen Fragen, die dem Staatsministerium Gelegenheit geben sollten, dieses Hohelied selber anzustimmen.

(Abg. Walter GRÜNE: So kann man das, glaube ich, gut sagen!)

Aber von Perspektiven, von Zielen, von Strategien für die Zukunft in diesem Land finden Sie in diesem Papier nichts.

(Abg. Drexler SPD: Nichts, null! – Beifall des Abg. Stichelberger SPD)

Die wirklich aufregenden Fragen und eine Antwort, die die Perspektiven für die Medienezukunft in diesem Land aufzeigt, finden in den Köpfen der CDU und der Landesregierung gar nicht statt.

(Beifall bei der SPD)

Ich will das an einigen Beispielen deutlich machen.

Zum Kapitel „Situation und Perspektiven der privaten Hörfunk- und Fernsehveranstalter“: Es wird zugegeben, dass der Werbemarkt von privaten Rundfunkveranstaltern nur unzureichend erschlossen wird – eigentlich ein verheerendes Zeugnis. Indirekt heißt das nämlich, dass diese Veranstalter sich nur unzureichend finanzieren. Die Bilanz ist also trübe. Das Problem ist alt, älter auch als die Werbekrise der vergangenen Jahre. Eine Optimierung der privaten Rundfunklandschaft ist notwendig, sei es durch Synergieeffekte, die sich durch ein Netzwerk der Regionalsender erzielen ließen, sei es durch eine Weiterentwicklung der Radio-Kombi, damit in größerem Maße nationale Werbung akquiriert werden kann. Das Gleiche gilt im Übrigen auch für die privaten Fernsehsender. Wir haben schon immer gesagt, dass die Reichweite der Hörfunkveranstalter zu gering ist und zu einer wirtschaftlichen Existenz nicht ausreicht. Die Landesregierung sagt hierzu nichts.

Zweitens: Veränderungen in der Zeitungslandschaft. Die Presselandschaft unterliegt einem enormen Konzentrationsprozess – das ist unwidersprochen – auch in unserem Bundesland. Als Perspektive verweisen Sie auf das ökonomische Klima und darauf, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk Einschränkungen im Internet unterworfen werde. Mit beiden Antworten verfehlen Sie das Ziel. Es ist inzwischen allgemeine Erkenntnis, dass sich aus Gründen der demografischen Entwicklung und aus strukturellen Gründen der wachsenden Konvergenz der Medien die gesamte Medienlandschaft, auch die der Printmedien, nachhaltig verändern wird.

(Birgit Kipfer)

Welche Perspektiven haben Sie dazu anzubieten? Wie wollen Sie Meinungsvielfalt sichern? Denn aus unserer Sicht muss dies das Ziel aller Medienpolitik in einem demokratischen Staat sein, und erst daraus leitet sich die Frage der Wirtschaftlichkeit ab.

Sie könnten heute wenigstens Bundeswirtschaftsminister Clement für die Novelle des Pressekonzentrationsrechts danken, die er erarbeitet hat,

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräble CDU)

um einen Beitrag zur Bewahrung der Medienvielfalt zu leisten.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräble CDU)

– Wie bitte?

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräble CDU)

– Ich kann das akustisch nicht verstehen.

Dies wird auch hierzulande positive Auswirkungen auf die Presselandschaft haben.

Dritter Punkt: In mehreren Fragen wird die Entwicklung der Telekommunikationsbranche angesprochen. Der wichtigste Bereich der IT-Entwicklung wird jedoch komplett ausgeblendet, nämlich die Chancen des Medienstandorts Baden-Württemberg bei der Digitalisierung der Übertragungswege; das kommt in dem Papier überhaupt nicht vor. Dass dies das Thema der kommenden Jahre sein wird, wird ausgeblendet. Das kann nicht daran liegen, dass der zur Beratung stehende Antrag bereits ein Jahr alt ist; denn dieses Thema gibt es schon lange.

Wir müssen der Infrastruktur zur Übertragung digitaler Daten die gleiche Bedeutung einräumen wie etwa den traditionellen Verkehrsverbindungen, also dem Ausbau breitbandiger rückkanalfähiger Kabelnetze ebenso wie dem Ausbau von DAB, DVB-T, UMTS etc.

Kürzlich bekam ich von meinem Sohn, der in Schweden lebt, ein kleines Filmchen von seinem neuen UMTS-Handy als E-Mail zugespielt. Als ich ihm sagte, wie lange die Übertragung bei mir gedauert habe und dass das wohl sehr teuer sei, hat er nur gelacht.

(Abg. Dr. Inge Gräble CDU: Wer macht denn die Telekommunikationspolitik in diesem Land? Das macht doch Berlin!)

In Schweden ist das bereits Alltag, Frau Kollegin, während es hier von der Landesregierung überhaupt noch nicht in den Blick genommen wird.

(Beifall bei der SPD)

Wo sind Ihre Ziele, Ihre Perspektiven und Strategien, Baden-Württemberg zu einem modernen Medienstandort zu machen? Die Frage ist nicht, wie viele Kongresse, Gesprächskreise und Schulungen organisiert werden, sondern wie dieses Land flächendeckend zu einer modernen Infrastruktur kommt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Birzele SPD: Sehr richtig!)

Die Landesregierung hat sich überraschen lassen vom Kabelverkauf

(Abg. Sakellariou SPD: So ist es!)

von Kabel BW an Kabel Deutschland, anstatt vorausschauend zum Beispiel mit anderen Bundesländern und vielleicht mithilfe eines Bankenkonsortiums Einfluss auf den Ausbau des Breitbandkabelnetzes in Baden-Württemberg zu nehmen.

(Abg. Birzele SPD: Sehr richtig! – Abg. Hauk CDU: Frau Kipfer!)

Die Folge ist, Herr Kollege Hauk, dass wir künftig beim Ausbau des Kabelnetzes von München aus ferngesteuert werden.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Oi, oi, oi! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Es droht nicht nur ein Digital Divide in der Bevölkerung, sondern es droht zwischenzeitlich auch ein Digital Divide zwischen Ballungsräumen und ländlichen Regionen.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Wenn Sie nämlich mit Bürgermeistern aus den ländlichen Regionen sprechen,

(Abg. Dr. Inge Gräble CDU: Wer ist denn der Eigentümer der Telekom? Wer? Der Bund!)

dann vernehmen Sie, dass diese gerne einen besseren Anschluss hätten, um ihren Wirtschaftsstandort zu stärken und damit sich Unternehmen ansiedeln, die Kabelinfrastruktur nutzen wollen. Die ländlichen Regionen wären bereits froh, wenn sie überhaupt am digitalen Netz angeschlossen wären oder selber Netze übernehmen könnten und wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür eingerichtet wären, zum Beispiel durch eine Novellierung des Kommunalabgabengesetzes.

Der vierte Punkt: E-Government findet ebenfalls nicht statt. Es ist bezeichnend, dass bei „Deutschland-Online“, der Plattform von Bund und Ländern zum Thema E-Government, Baden-Württemberg gar nicht vorkommt.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Anstatt die Entwicklung kompatibler Systeme im Konzert der Länder mitzugestalten, blockieren Sie eigenbrötlerisch und stellen sich damit ins bundesweite und europäische Abseits.

Da lohnt sich ein Vergleich mit Nordrhein-Westfalen, wo die Einrichtungen der Landesverwaltung zu 99 % angeschlossen sind – davon ist Baden-Württemberg noch weit entfernt –, . . .

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist überschritten.

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** . . . oder ein Blick nach Hessen – ich bin gleich am Ende meiner Ausführungen –, wo eigens ein Koordinator im Range eines Staatssekretärs für die

(Birgit Kipfer)

E-Government-Politik eingestellt wurde. Das sind wichtige und richtige Strategien und Akzente, um Medienpolitik erfolgreich zu gestalten. Demgegenüber finden wir hier in Baden-Württemberg einen Flickenteppich vor.

Ich bin für die zweite Runde gespannt, wie Minister Palmer dies alles darstellen will.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

**Abg. Theurer FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In einer fünfminütigen Rede ist es nicht möglich, alle Aspekte des Medien- und Informationstechnologiestandorts Baden-Württemberg ausreichend zu würdigen. Wie Kollegin Gräßle bereits ausgeführt hat und wie auch aus der Stellungnahme des Staatsministeriums zum Antrag der Fraktion der CDU hervorgeht, hat sich in Baden-Württemberg eine leistungsfähige Industrie, eine sehr leistungsfähige Informationstechnologie- und Medienbranche etablieren können, die, wie aus der Stellungnahme des Staatsministeriums zu diesem Antrag hervorgeht, mittlerweile 10 % zur Bruttowertschöpfung in unserem Land beiträgt und damit einen höheren Anteil an der Bruttowertschöpfung hat als die traditionellen Bereiche zum Beispiel des Fahrzeug- und Maschinenbaus, der in unserem Land ja doch von erheblicher Bedeutung ist.

Meine Damen und Herren, deshalb kann man sagen: Die reinen Zahlen sprechen dafür, dass Baden-Württemberg ein leistungsfähiger Standort der Medien- und Informationstechnologie ist.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP und Dr. Inge Gräßle CDU)

Dies ist auch gut so, und das muss an dieser Stelle festgestellt werden.

Natürlich – davon ist die FDP/DVP überzeugt – wird wirtschaftlicher Erfolg vor allem durch die Menschen in den Unternehmen erzielt. Es ist nicht der Staat, der hier erfolgreich ist, sondern das sind die Unternehmen, die unternehmerisches Risiko eingehen, die Märkte erarbeiten und erkämpfen,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

die Marktchancen erkennen und nutzen. Meine Damen und Herren, da sieht man, dass in Baden-Württemberg in diesen Bereichen der Medienindustrie Gutes geleistet wird, und wir sind froh und dankbar, dass wir diese Unternehmen hier haben.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP und Dr. Inge Gräßle CDU)

Die Frage ist, ob die Landesregierung die Rahmenbedingungen hier noch verbessern kann. Aus der Stellungnahme des Staatsministeriums geht ebenfalls hervor, was die Landesregierung in diesem Bereich alles gemacht hat. Das ist ein breites Spektrum von der Filmakademie über die MFG bis hin zur Medienoffensive „doIT“. Ich will das hier nicht

wiederholen; ich denke, die Zahlen sprechen eindeutig für Baden-Württemberg und zeigen, dass die Landesregierung hier mit einer aktiven Medienpolitik tätig geworden ist.

Was den Buch- und Verlagsstandort Baden-Württemberg angeht, so ist bei den Vorrednern auch ein Stück weit deutlich geworden, dass gewisse Sorgen vorhanden sind,

(Abg. Walter GRÜNE: Allerdings!)

dass sich über dieser Situation gewisse Sorgenwolken befinden, vor allem auch deshalb, weil im Bereich der Zeitungsverlage ein deutlicher Rückgang der Werbeeinnahmen zu verzeichnen ist, zum Beispiel bei den Stellenanzeigen ein Rückgang um 64,2 %. Das ist beunruhigend, weil die in Baden-Württemberg traditionell gute, vielfältige Zeitungsverlagsstruktur dadurch in ernsthafte Gefahr gerät. Ich glaube, dass wir in Baden-Württemberg auch deshalb ein so vielfältiges Meinungsspektrum in der politischen Diskussion haben, weil gewährleistet ist, dass flächendeckend kleine und mittlere Zeitungsverlage gute Produkte im Bereich der Printmedien anbieten und dadurch eine Meinungsvielfalt vorhanden ist.

Genau diese mittelständische vielfältige Struktur ist der FDP/DVP ein besonderes Anliegen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Frau Kollegin Kipfer, deshalb bezweifeln wir auch, dass die von Bundeswirtschaftsminister Clement in Gang gesetzten Veränderungen des Kartellrechts tatsächlich dazu beitragen werden, diese vielfältige mittelständische Zeitungsverlagsstruktur zu erhalten.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Ich fürchte, dass genau das Gegenteil der Fall sein wird.

Wenn ich nun auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – –

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kipfer?

**Abg. Theurer FDP/DVP:** Die kann ich nicht zulassen, weil ich in meiner Redezeit noch auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk eingehen möchte.

(Oh-Rufe von der SPD – Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau! – Abg. Walter GRÜNE: Das Antworten auf Zwischenfragen wird nicht auf die Redezeit angerechnet!)

– Das wird ja angerechnet. – Die Ausführungen in dieser Stellungnahme des Staatsministeriums zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und des privaten Rundfunks sind sehr kurz gehalten. Wer die duale Rundfunkordnung aus öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk erhalten will, tut gut daran, beide Säulen in ihrem je eigenständigen Profil zu stärken und den Tendenzen einer Annäherung und Verwischung der Profile entgegenzuwirken.

(Theurer)

Dies betrifft auch die Grundlagen der Finanzierung beider Säulen. Wenn die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks über die Rundfunkgebühr, wie sie das Bundesverfassungsgericht aus dem Grundversorgungsauftrag heraus entwickelt und begründet hat, dauerhaft erhalten werden soll, dann erfordert dies den Rückzug des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus der für den privaten Rundfunk typischen Finanzierungsform der Werbung.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Gespräche draußen zu führen.

**Abg. Theurer FDP/DVP:** Deshalb setzt sich die FDP/DVP dafür ein, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk werbefrei zu machen, meine Damen und Herren. Die Begrenzung der Fernsehwerbung auf 20 Minuten und auf die Zeit vor 20:00 Uhr ist ja bereits heute durch eine ganze Reihe von Formen wie zum Beispiel Sponsoring und Product-Placement längst unterlaufen worden. Auch aus diesen Formen sollte sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk zurückziehen.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kipfer?

**Abg. Theurer FDP/DVP:** Bitte schön.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt auf einmal! – Heiterkeit)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bitte sehr, Frau Kipfer.

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Herr Kollege Theurer, Sie stimmen doch immer das Hohelied der privaten Wirtschaft an. Ist Ihnen eigentlich bekannt, dass es private Wirtschaftsunternehmen gibt, die gerade im öffentlich-rechtlichen Rundfunk werben wollen, weil sie nur dort die Zielgruppe erreichen, die sie für ihre Produkte benötigen?

(Abg. Drexler SPD: Das weiß der Herr Theurer nicht! – Abg. Birzele SPD: Weiß er nicht!)

**Abg. Theurer FDP/DVP:** Das ist mir

(Abg. Drexler SPD: Nicht bekannt!)

bekannt.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Ab jetzt!)

Frau Präsidentin, ich bitte, diese Frage noch beantworten zu dürfen.

(Abg. Walter GRÜNE: Gern! Aber schnell!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das dürfen Sie, Herr Abgeordneter.

**Abg. Theurer FDP/DVP:** Es kann nicht sein, dass sich der private Rundfunk, der sich ja ausschließlich über Werbeeinnahmen finanziert, zunehmend Konkurrenzangeboten im

öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen gegenübersteht. Hier besteht die Problematik, dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk sowohl über Gebühren – die ja keine Gebühren für die Nutzung des Fernsehens, sondern für die Bereitstellung von Empfangsgeräten sind – finanziert als auch über Werbeeinnahmen verfügt.

Deshalb sind wir der Auffassung: Um von vornherein Klarheit zu schaffen und Wettbewerbsverzerrungen auszuschließen, sollte man sich sehr intensiv Gedanken darüber machen, ob nicht aus ordnungspolitischen Gründen eine klare Trennung zwischen öffentlich-rechtlichem Rundfunk einerseits und ausschließlich über Werbung finanziertem privatem Rundfunk und Fernsehen andererseits vorgenommen werden sollte. Ich denke, dafür gibt es viele Argumente.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Abschließend möchte ich sagen: Die Umsetzung der Werbefreiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist mit der Diskussion um Ausmaß und Zeitpunkt einer Erhöhung der Rundfunkgebühr zu verknüpfen. Damit dies aber nicht in eine elegante Begründung für zusätzliche Gebührenerhöhungen einmündet, muss gleichzeitig strikt darauf geachtet werden, dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk denselben Notwendigkeiten einer Ausgabenbegrenzung stellt, die für die öffentlichen Haushalte gelten. Hier kann man ja erwähnen,

(Abg. Capezzuto SPD: Redezeit!)

dass der Südwestrundfunk bei den ARD-Anstalten in vorbildlicher Weise vorangegangen ist, um möglichst wirtschaftlich zu arbeiten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

**Abg. Walter GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst ein paar Worte zu den Ausführungen des Kollegen Theurer zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk sagen.

Es hätte einen gewissen Charme, wenn man sagen würde: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist werbefrei. Dann muss man auch nicht mehr so viel herumzappen, sondern kann das Programm durchlaufen lassen. Ich finde es aber unseriös, jetzt herzugehen und zu sagen, dass der jetzt anstehende Finanzbedarf in die Erhöhung gleich mit eingerechnet werden muss. Sie waren letzte Woche im Ständigen Ausschuss dabei. Wir haben dort gehört: Wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk werbefrei sein soll, dann bedeutet das pro Monat 1,50 € zusätzliche Rundfunkgebühren.

(Abg. Theurer FDP/DVP meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein, jetzt lasse ich keine Zwischenfrage zu; ich fange gerade erst an.

Herr Kollege Theurer, ich bin ebenfalls dafür, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk genauso wie alle in diesem Land ans Sparen denken muss. Es gibt auch entsprechende

(Walter)

Vorschläge vom Intendanten des Bayerischen Rundfunks, Herrn Gruber, und auch anderen. Wir alle wissen – auch das haben wir letzte Woche erfahren –,

(Abg. Theurer FDP/DVP: Ist Ihnen bekannt, dass bloß 3 % der Gesamteinnahmen Werbeeinnahmen sind?)

dass auch der SWR schon einiges getan hat, um die Kosten herunterzufahren.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Das habe ich ja gesagt, Herr Kollege!)

Wenn man über Werbefreiheit redet, dann muss man diese Diskussion auch ehrlich führen.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Das habe ich ja erwähnt!)

Ich würde es gut finden, Herr Kollege Theurer, wenn sich auch Ihre Fraktion einmal klar und eindeutig zu der Gebührenerhöhung zum 1. Januar 2005 – in welcher Höhe auch immer – äußern würde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Theurer FDP/DVP: Ich habe mich für eine maßvolle Gebührenerhöhung ausgesprochen! – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

– Ja, aber bitte zum 1. Januar 2005.

Jetzt aber zu meinen allgemeinen Ausführungen. Es ist ohnehin schwierig, in fünf Minuten zu einem derart komplexen Thema zu sprechen. Ich finde das leider auch etwas verschenkt, und es geht am Thema vorbei. Man kann das dann herunternudeln und zu allem nichts Konkretes sagen, aber eine richtig vernünftige Debatte über das, was hier ansteht, kommt leider nicht zustande.

Ich glaube, man muss hier den richtigen Mittelweg finden. Selbstverständlich ist in diesem Land nicht alles schlecht. Wir haben Pfunde, mit denen wir wuchern – –

(Lachen der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Da ist vieles besser als woanders, Herr Kollege!)

Es gibt einiges in diesem Land, was sehr gut läuft, beispielsweise die Filmakademie. Das ist der erste Punkt, den ich nennen möchte. Nur: Wie schaffen wir es, dass diejenigen, die eine Ausbildung an dieser Filmakademie absolviert haben, dann auch in Baden-Württemberg bleiben können, weil sie genügend Aufträge haben? Wie schaffen wir es, dass da neue Arbeitsplätze und neue Firmen entstehen? Diese Fragen haben wir bisher noch nicht befriedigend beantworten können.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sehr richtig!)

Da stehen wir vor einer wichtigen Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Dabei nützt es nichts, einfach zu sagen: „Diese Einrichtung ist toll; ich unterstütze sie“, sondern man muss auch die Folgen sehen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Genau!)

Das Zweite: Sie haben auch die Verlage angesprochen. Der Ehapa-Verlag ist nach Berlin gegangen, die Deutsche Verlags-Anstalt haben wir auch verloren. Das liegt auch an dem kulturellen Klima in diesem Land. Worüber wird denn auch außerhalb dieses Landes im Hinblick auf den Medienstandort diskutiert? Wir haben in der letzten Zeit – ich will diese ganze Diskussion heute nicht wiederholen, da ich sowieso nur noch eine kurze Redezeit habe – nicht unbedingt dazu beigetragen, dass Baden-Württemberg positiv in den Schlagzeilen war – Stichwort BTV und vieles andere mehr. Deswegen müssen wir hier einiges tun. Kulturschaffende haben sich beispielsweise maßlos darüber geärgert, wie die Vermarktung des Bosch-Areals erfolgt ist. Dort hat man dem Herrn Deyhle – –

(Abg. Theurer FDP/DVP: Führen Sie doch einmal etwas Positives an!)

– Ja, hören Sie doch jetzt einmal zu. – Man hat es Herrn Deyhle verkauft. Besser wäre es aber gewesen, man hätte den kreativen Leuten einfach diese Räume gegeben; das wäre der Sache wesentlich dienlicher gewesen. Aber das hat man leider nicht getan.

Ein anderes Beispiel: Wir haben hier in Baden-Württemberg mit der Firma IBM das weltweite Headquarter für Open-Source-Software. Jetzt frage ich Sie: Was wird in diesem Land wirklich getan – auch vonseiten der Landesregierung –, damit man dort besser vorankommt? Nach meinem Gefühl müsste uns Sindelfingen wesentlich näher liegen als Seattle. Wenn es hier um unsere eigenen Arbeitsplätze geht, sind wir alle aufgerufen, dafür zu sorgen, dass diese Open-Source-Software besser vorankommt als in der Vergangenheit und der Firma Microsoft die entsprechenden Anteile abgenommen werden. Da könnte das Land als öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen. Es gibt Einzelbereiche, in denen das geschieht. Aber wenn ich mir die Antwort der Landesregierung auf meine Anfrage zu diesem Thema anschau, stelle ich fest, dass wir erhebliche Defizite haben, die wir möglichst schnell ausgleichen müssen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Stickelberger SPD)

Ein letzter Punkt: Frau Gräßle

(Abg. Capezzuto SPD: „Dr. Gräßle“! So viel Zeit muss sein!)

hat das Ballungsraumfernsehen angesprochen. Wenn Sie die Diskussion in Deutschland verfolgen, wissen Sie, dass es überall riesige Probleme mit diesem Ballungsraumfernsehen gibt. Meiner Ansicht nach ist jetzt also eine Diskussion über die Frage angesagt, wie wir die verschiedenen Sender, die wir haben, in irgendeiner Form vernetzen können, damit es vielleicht sogar eine Art Landessender mit lokalen Fenstern geben kann. So etwas ist ja einmal angestrebt worden. Wenn wir das nicht tun, Frau Gräßle,

(Abg. Capezzuto SPD: „Frau Dr. Gräßle“! – Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

dann befürchte ich, dass diese einzelnen Sender in der Zukunft nicht überleben werden.

(Walter)

Dasselbe gilt für die Radio-Kombi, die Frau Kipfer schon angesprochen hatte. Auch da müssen wir sicherlich zu einer Weiterentwicklung kommen, obwohl die Gründung der Radio-Kombi an sich eine gute Sache war.

Ich kann jetzt leider nichts mehr dazu sagen; denn ich habe meine Redezeit leider schon etwas überschritten. Ich möchte nur noch abschließend eine Bemerkung machen: Wenn Sie, Frau Dr. Gräßle,

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt!)

mit der Transparenz des SWR in der Vergangenheit nicht zufrieden waren, möchte ich Sie bitten, doch einmal darzulegen, was Sie als Verwaltungsrätin getan haben, um die Transparenz dort zu verbessern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Staatsminister Dr. Palmer.

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst möchte ich mich, da es vermutlich Ihre Abschiedsrede war, Frau Kollegin Dr. Gräßle, für die angenehme, gute und kompetente Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren bedanken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

– Das gehört sich so. Da muss man nicht muhen, sondern eher Beifall klatschen.

Wir wünschen Ihnen, sehr verehrte Frau Kollegin, alles Gute. Ich bin sicher, es werden sich auch auf der europäischen Ebene viele Felder der Zusammenarbeit ergeben, bei denen wir Sie brauchen. Herzlichen Dank dafür.

(Zurufe und Unruhe – Abg. Drexler SPD: Warum bleibt sie nicht im Landtag? Sie könnte doch beide Mandate ausüben! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Palmer.

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer:** Ich finde, bei manchen Fragen bewahrt man einfach Stil, auch parteiübergreifend, und dankt auch einmal. Aber manche können das halt nicht.

(Lachen bei der SPD)

Ich bedanke mich nochmals bei Frau Dr. Gräßle.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Wir haben doch geklatscht!)

Jetzt zu drei Themen, die Frau Kipfer angesprochen hat, bevor ich zu den Dingen komme, die ich eigentlich sagen wollte.

Erster Punkt, Frau Kipfer, kurz: Staatssekretär für E-Government. Sie haben das als lobendes Vorbild erwähnt.

Jetzt haben wir doch gestern eine Debatte darüber geführt, die Regierung zu verkleinern. Seien Sie doch froh, dass ich diese Fragen der Medien auch noch nebenher bearbeite. Führen wir doch nicht schon wieder einen neuen Staatssekretär ein.

(Abg. Drexler SPD: Nebenher? Was machen Sie dann hauptsächlich? – Abg. Capezzuto SPD: Wann machen Sie das? Nachts? – Heiterkeit)

– Auch nachts. Überall, Herr Capezzuto. Immer aktiv.

Zweiter Punkt: Pressekonzentrationsrecht. Ich glaube, darüber muss man ernsthaft sprechen. Wir haben noch keine abschließende Position. Wir konnten, Frau Kipfer, auch in der Stellungnahme zu diesem Antrag keine abschließende Position darstellen. Der Antrag ist vor einem Dreivierteljahr oder einem Jahr eingebracht worden. Ich sage heute gern etwas zum Pressekonzentrationsrecht.

Es gibt natürlich Argumente, die für den Entwurf sprechen, den Wolfgang Clement vorgelegt hat, weil wir in der ganzen Republik ein Zeitungssterben konstatieren können. Deshalb sind manche der Vorschläge, zum Beispiel Kooperationslösungen im Verbreitungsbereich, nachdenkenswert. Es gibt aber auch berechtigte Einwände der Monopolkommission, übrigens auch der Zeitungsverleger. Es gibt Fragen, die im bisherigen Entwurf nicht befriedigend geregelt sind, etwa: Wie sichere ich bei kleinen Zeitungen die Unabhängigkeit, wenn sie sich in solche Kooperationen einlassen? Andere Fragen sind völlig unstrittig, etwa dass wir nicht-redaktionelle Kooperationen, zum Beispiel im Vertrieb oder bei Marketingstrategien, zulassen. Da haben auch die Oppositionsparteien im Bundestag zugesagt, dass man das mit ihnen machen kann.

Wir sind mitten im Diskussionsprozess. Es gibt viele unterschiedliche Auffassungen. Auch die Meinungen der Zeitungsverleger sind überhaupt nicht einheitlich. Der Bundesrat wird sich in Kürze in der ersten Lesung damit befassen. Wir sind hier wirklich in alle Richtungen gesprächsbereit und wollen, weil wir die schwierige Situation der Zeitungsverlage sehen, auch möglichst eine Konsensregelung erreichen.

Beim nächsten Punkt, Frau Kipfer, kann ich es leider nicht so versöhnlich machen, sondern da muss ich Ihnen einfach einmal die Abfolge des Verkaufs der Kabelinfrastruktur darstellen. Die Kabelinfrastruktur wurde von der Telekom, bundesbeteiligt, unter dem Einfluss Ihrer Bundesregierung 1999/2000 überstürzt auf den Markt geworfen, um Kasse zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Es waren nicht wir, die die Kabelinfrastruktur auf die Märkte geworfen haben. Wir haben sie nicht privatisiert. Das war 1999/2000.

Dann hat man, weil damals ein großer Boom da war – ich sage ganz offen: auch in Baden-Württemberg –, gesagt, das sei ein guter Weg. Wir haben uns genau um das bemüht, was Sie hier angemahnt haben, nämlich ein baden-württembergisches Bankenconsortium. Die Gespräche haben alle bei mir stattgefunden. Ich kann heute im Rückblick nur sagen: Gott sei Dank ist es nicht zu diesem baden-württem-

(Minister Dr. Christoph Palmer)

bergischen Bankenconsortium gekommen. Die Banken waren vorsichtig. Die hätten sich die Finger verbrannt.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Damals, bei Callahan!)

– Vor Callahan. Wir waren – das wissen Sie aus Landtagsdiskussionen und Ausschussberatungen, haben es aber vielleicht im Augenblick nicht präsent – die Ersten, die versucht haben, die Lösung einer inländischen Struktur zu zimmern. Es ist nicht gelungen. Dann hat Callahan mit Beteiligung der Telekom Kabelnetze übernommen und hat fürchterlich die Finger hineingebracht, allerdings nicht nur Callahan, sondern auch andere Investoren, etwa Klesch, um ein Beispiel zu nennen, in Hessen. Jetzt sind die Reste mit erheblichen Verlusten für die Bankenszenen, die Callahan, Klesch und die anderen Investoren bezahlt haben, von Kabel Deutschland aufgekauft worden. Was hätten Sie mir erzählt, wenn damals die baden-württembergische Lösung gelungen wäre und wir heute mit leeren Händen dastünden?

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Ich habe von jetzt gesprochen!)

Es wäre nicht gelungen. Diese Debatte wollte ich nicht aushalten. Wir haben dadurch wenigstens nicht die Hände hineingebracht. Allerdings gebe ich Ihnen Recht: Wir reden in Deutschland viel zu wenig über diese wichtigen Fragen: Wie geht es eigentlich mit unserer technischen Infrastruktur weiter? Wie machen wir das Netz in Ballungs- und in ländlichen Räumen zukunftsfähig? Was wird im Internet über das Kabel abgewickelt? Was wird in der Telefonie über das Kabel abgewickelt? Das ist technische Infrastruktur, und das ist für dieses Land von einer ganz eminenten Bedeutung. Ich bin dankbar für jeden, der diese Fragen aufwirft. Wir müssen darüber diskutieren und auch streiten.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Danke!)

Ich möchte, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein paar Worte sagen. Wir sind ja zum Teil auch freundlich gelobt worden. Natürlich ist aber auch noch vieles zu tun. Gleichwohl muss man zunächst einmal in Erinnerung rufen, was dieser Medienstandort Baden-Württemberg heute darstellt. Wir denken immer, wir wären nur das Automobilland, wir wären nur das Land des Maschinenbaus. Die Wertschöpfung der Medienbranchen in Baden-Württemberg liegt in der Tat mit 10 % Wertschöpfung vor den anderen Leitbranchen der baden-württembergischen Wirtschaft. In der Medienbranche arbeiten über 300 000 Beschäftigte im Land. Sie erwirtschaftet 61,5 Milliarden € Jahresumsatz. Das sind so stolze Zahlen, dass eigentlich jeder Politiker, egal ob in der Opposition oder in der Regierung, die baden-württembergische Medienwirtschaft in einer Diskussion über die Stärken dieses Landes immer mit erwähnen muss, weil wir hier außerordentlich gut aufgestellt sind, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Wir haben insbesondere Kompetenz für die Technologie: für Software, für Computer, für Chips und für die Vernetzung dieser Technologien mit anderen Branchen. Wir sind die Weltmeister in der Kompetenz für Konvergenz – so sage ich das immer –, die darin besteht, dass man den Chip

und die Unternehmenssoftwarelösung in die Werkzeugmaschine hineinbringt, dass man die Umwelttechnik entsprechend steuert und dass man unsere Schwerpunkte in der exportorientierten Industrie Baden-Württembergs zusammendenkt. Das ist die zentrale Kompetenz Baden-Württembergs.

Sie haben Recht, Herr Walter: Da haben IBM und auch HP eine bedeutende Rolle. Wir sind total offen für Open-Source-Software. Wir können stolz darauf sein, dass IBM da ist, und wir können auch stolz darauf sein, dass HP die weltweite Fusion mit Compaq in Europa und in Deutschland am Standort Böblingen/Sindelfingen zulasten des Standorts München vollzogen hat. Damit verbunden war ein Arbeitsplatzeffekt für den Standort Baden-Württemberg, der in die Größenordnung von tausend geht.

(Beifall bei der CDU)

Das muss man auch einmal sagen, wenn man über Strukturentscheidungen in der Wirtschaftspolitik in diesem Land spricht.

Natürlich haben wir Sorgen, weil der Kostendruck da ist. Ich habe das gestern in der Debatte gesagt. Die SAP, der Weltmarktführer für Unternehmenssoftware mit deutschlandweit fast 30 000 Beschäftigten, denkt ernsthaft darüber nach, die Verwaltung in Osteuropa zu zentralisieren, weil der Kostenblock hier zu hoch ist und weil sie in Osteuropa natürlich zu ganz anderen Bedingungen Abrechnungen machen können.

Wir müssen auch sehen: Auch die Medienwirtschaft ist nicht von einem Gartenzaun umgeben. Auch die Medienwirtschaft steht unter einem Kostendruck und unter einem Standortwettbewerb. Man hat ringsum in der Welt zugelegt, hat gute Informatiker und hoch qualifizierte Softwareingenieure ausgebildet, wirklich gute Leute. Wenn wir uns bei den Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik nicht anstrengen, wird auch diese Branche, wird auch die Medienwirtschaft in Deutschland zusätzlich unter Druck kommen. Ich muss das leider so sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP)

Deshalb gilt es, Netzwerke und Cluster zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik zu schmieden. Wir machen das in zwei Gremien, in „Baden-Württemberg: Connected“ und im „Beratungsforum Information, Telekommunikation und Software“ (bits) Baden-Württemberg. Lassen Sie mich das auch einmal sagen, weil da ganz viele kompetente Leute aus der Wirtschaft und aus der Wissenschaft mitwirken und die Arbeit sich mehr oder weniger im Stillen vollzieht: Allein „Baden-Württemberg: Connected“ hat in den vergangenen Jahren über 100 Millionen € Venture-Kapital für junge Existenzgründerfirmen im Medien- und Biotechnologiebereich zur Verfügung gestellt. Das war generiert durch „Baden-Württemberg: Connected“. Über 100 Millionen € frisches Geld haben wir auf den Weg gebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

bits Baden-Württemberg: Die gesamte Leitungsetage der Computerwirtschaft und der Softwareunternehmen, Herr

(Minister Dr. Christoph Palmer)

Walter, die Ordinarien der Informationstechnologie geben ihren guten Rat für den Standort. Es ist nicht wahr, dass nichts geschieht

(Abg. Walter GRÜNE: Zu wenig!)

– oder dass wenig geschieht. Gerade haben wir als Ergebnis der Arbeit von bits Baden-Württemberg, das ich gemeinsam mit Herrn Harms von HP leite, ein Schwerpunktprogramm Unternehmenssoftware mit 15 Millionen € für Schwerpunkte der Grundlagenforschung, die die Wirtschaft nicht allein bewältigen kann, auf den Weg gebracht. Ich lade alle Fraktionen einmal ein, an diesen regelmäßigen Beratungen mitzuwirken und mitzubekommen, wie wir den Medienstandort hier dialogisch weiterentwickeln. Sie sind herzlich eingeladen, einmal an solchen Sitzungen teilzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es geschieht also etwas, es wird nicht nur geredet.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Ich sage heute an dieser Stelle: Deshalb kann die Max-Planck-Gesellschaft, kann die Bundesrepublik Deutschland auch nicht anders entscheiden, als das neue Max-Planck-Institut der Bundesrepublik Deutschland für Software in die Stadt zu bringen, in der es die größte Exzellenz für Informatik in der Republik gibt. Wir haben uns mit Karlsruhe um den Standort des neuen Max-Planck-Instituts für Software beworben, und dieses Institut muss auch nach Karlsruhe kommen, weil wir dafür die beste Ausstattung haben.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

430 Millionen € geben wir in dieser Legislaturperiode in den Mediensektor. Das ist in Zeiten knapper Kassen weiß Gott viel Geld. Aber es ist gut angelegtes Geld, weil wir damit in zukunftsträchtigen Bereichen investieren.

Ich mag diese Schwarz-Weiß-Bilder nicht. Natürlich geht auch einmal etwas schief, und natürlich kann man auch an dem einen oder anderen Projekt Kritik üben. Ich finde es aber schon bemerkenswert, wie weit wir in den vergangenen Jahren mit dem Medienland Baden-Württemberg gekommen sind. Mit Nordrhein-Westfalen und Bayern zusammen spricht man von den großen Drei – wenn man Baden-Württemberg erwähnt – in der deutschen Mediendiskussion. Baden-Württemberg ist immer dabei, und es war eine Aufholjagd.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben – weil Sie, Herr Kollege Walter, sagten, man lache gelegentlich über uns – nicht so dramatische Flops hingelegt wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen mit Oberhausen mit einem Ausfall von über 100 Millionen.

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Wir haben nicht wie Nordrhein-Westfalen eine Mediengesellschaft – die wird dort jetzt abgewickelt – aufgelöst und den Geschäftsführer hinausgeworfen.

Damit das nicht so einseitig klingt: Bayern hat vor vier Jahren ein Wahnsinnsprojekt angekündigt: „Silicon Valley und

Bayern“, die zwei Weltregionen der Zukunft im Unternehmenssoftwarebereich. Bayern hat dafür extra eine Infrastruktur GmbH gegründet. Sie hatte den schönen Namen „Go to Bavaria“. Vor drei Monaten hat Bayern sang- und klanglos das Personal abgewickelt und den Betrieb der Agentur eingestellt.

Ich glaube, wir als Baden-Württemberger können uns mit unserer Medienarbeit sehen lassen und brauchen uns weiß Gott nicht zu verstecken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir spielen eine wichtige Rolle im privaten Rundfunk und im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Wir werden innerhalb der ARD wahrgenommen. Wir leisten moderate Beiträge zur Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Bundesrepublik Deutschland.

Wir haben aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sicherlich auch an einer Stelle – da greife ich etwas auf, was Kollege Walter zu Recht gesagt hat – noch Nachholbedarf. Es knistert nicht, wenn man über Baden-Württemberg spricht. Die objektiven Daten sind vorzüglich; an denen kommt niemand vorbei. Ich hätte auch – aus Zeitgründen habe ich das nicht getan – die Ausbildung erwähnen müssen. In der Technik, in der Ausbildung, in der Unternehmenssoftware sind wir nicht nur deutschlandweit, sondern auch europaweit unschlagbar. Aber die Atmosphäre des Landes muss weiter verbessert werden. Wir müssen mehr Anziehungskraft schaffen. Wir müssen das kreative Potenzial dieses Landes stärker zum Ausdruck bringen. Und wir müssen dazu wirklich auch weiterhin kontinuierlich alle Anstrengungen unternehmen.

Allerdings dürfen Sie dann auch nicht gegen unsere Werbekampagne für dieses Land sein, sondern dann müssen Sie erkennen, dass diese Werbekampagne nichts anderes will, als dieses Land positiv dazustellen,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

damit man mehr über die Stärken dieses Landes spricht.

Herr Kollege Walter, ich habe vor, unsere vier Kreativitätsschmieden, wie ich sie einmal nennen will – die Filmakademie Ludwigsburg, das Zentrum für Kunst und Medientechnologie in Karlsruhe, die Hochschule der Medien in Stuttgart, die Popakademie in Mannheim –, stärker zusammenzuführen. Denn es ist wirklich wahr: Das kulturelle Klima, die Ausstrahlung, die ein solches Land hat, und die Art und Weise, wie man über dieses Land redet, ist, zusätzlich zu den „harten“ Faktoren, auch eine ganz wichtige Beschreibung unserer Kompetenzen. Da müssen wir noch etwas nachholen. Denn nichts ist so gut, als dass es nicht noch verbessert werden könnte.

Ich will einen zweiten Bereich nennen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und dann auch zum Ende kommen. Wir müssen das Land im bundesweiten Fernsehen besser „verorten“. Es ist mir zu wenig, dass zweimal im Jahr der Bienzle kommt und einen Eindruck vom Land vermittelt. Wir waren da schon weiter, wenn ich an die „Schwarzwald-

(Minister Dr. Christoph Palmer)

klinik“ von vor 20 Jahren denke. Wir müssen mit mehr Serien im Vorabendprogramm vertreten sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich habe mir einmal, Frau Kipfer, von den Anstalten innerhalb der ARD alle Serien geben lassen. Ich glaube aber nicht, dass wir da auseinander sind. Ich bitte Sie, das auch innerhalb der Gremien mit zu befördern – genauso die anderen Kollegen, die in den Gremien vertreten sind. Was wir an Serien produzieren, entspricht nicht annähernd der Bedeutung, die der SWR als zweitgrößte ARD-Anstalt hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir müssen dieses Land stärker im bundesweiten Fernsehen abbilden. Dazu gibt es überhaupt keine Alternative.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kipfer?

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer:** Aber selbstverständlich.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abg. Kipfer, bitte sehr.

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Herr Minister Palmer, sind wir uns dann einig, dass für solch eine Darstellung mehr Produktionsmittel finanzieller Art zur Verfügung stehen müssen und dass das auch Auswirkungen auf die Gebührendebatte haben muss?

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer:** Liebe Frau Kollegin Kipfer, Sie wissen ja, dass ich in der Gebührenfrage eine sehr vernünftige Position eingenommen habe, keine restriktive, sondern eine angemessene. Es kommt darauf an, welche Schwerpunkte gesetzt werden. Ich glaube, wir haben jetzt die Voraussetzungen dafür – nach dem Personalabbau beim SWR, nach der Umsetzung des neuen Eigenbetriebskonzeptes, das mehr nach außen geht –, dass man sich auch stärker um Serien kümmern kann. Wir haben dies auch durch einen Serienschwerpunkt an der Filmakademie Ludwigsburg abgesichert und müssen nun in den Gremien gemeinsam weiterkommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, in den vergangenen Jahren ist vieles geschehen. Manches gibt es noch zu tun. Insgesamt geht es darum, dass wir die Priorität eines der wichtigsten Zukunftsthemen für die Arbeitsplätze und für die Zukunftsmöglichkeiten des Landes Baden-Württemberg erkennen und weiterhin konsequent den Ausbau des Medienstandorts Baden-Württemberg betreiben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der

Antrag Drucksache 13/2324 ist durch die Aussprache erledigt.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Förderung von Forschung und Anwendung der Tiefengeothermie in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2315**

**b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Entwicklung der Geothermie in Baden-Württemberg und Erdwärmeprojekt in Bad Urach – Drucksache 13/3227**

**c) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Unterstützung des Landes zur Fortsetzung des Geothermie-Projekts in Bad Urach – Drucksache 13/3186**

Im Zusammenhang mit den beiden Anträgen unter den Tagesordnungspunkten 7 b und 7 c rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/3333, auf.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten für die Begründung der beiden Anträge unter den Tagesordnungspunkten 7 a und 7 b, fünf Minuten für die Begründung des Antrags unter Tagesordnungspunkt 7 c und fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, für die Aussprache.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Knapp.

**Abg. Knapp SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich ein paar Dinge zur Geothermie allgemein sagen. Ich denke, wir sollten uns einfach noch einmal vergewissern, dass die Geothermie eine witterungs- und saisonunabhängige Energienutzung darstellt und damit grundlastfähig ist und dass die Geothermie an dem jeweiligen Standort einen sehr geringen Platz- und Raumbedarf hat. Wenn man sich die Anlage in Soultz-sous-Forêts angeschaut hat, dann kann man sagen, ein 2-Megawatt-Kraftwerk hat etwa einen Raumbedarf von zwei großen Schiffscontainern, und damit ist das ganze Thema erledigt.

Auch in dem Gutachten der Landesregierung für die zukünftige Stromversorgung wird ausgeführt, welches Potenzial die Geothermie hat. Darin wird aber auch ausgeführt, dass ein ökonomisches Risiko und ein Markteinführungsrisiko da ist und dass es diesbezüglich Herausforderungen gibt, die man gemeinsam lösen muss.

Beim technischen Potenzial wird in der gleichen Studie vom Landesamt für Geologie in Freiburg aufgezeigt, dass allein für Baden-Württemberg ein Potenzial von 125 Terawattstunden pro Jahr vorhanden ist. Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass durch die Kernenergie in Baden-Württemberg insgesamt ungefähr 40 Terawattstunden erzeugt werden, können wir sagen: Wir könnten durch Geothermie ganz locker die Stromproduktion aller Kernkraftwerke ersetzen und hätten zusätzlich noch zwei Drittel des Potenzials übrig. Wenn man das auf Baden-Württemberg hochrechnet, stellt man fest, dass es möglich wäre, den Energie-

(Knapp)

standort Baden-Württemberg deutlich auszubauen. Wir könnten sogar Strom in andere Bundesländer exportieren.

Kommen wir nun aber konkret zu dem Projekt in Bad Urach. Dieses Projekt wurde bisher mit 6,5 Millionen € vom Bund gefördert. Dies entspricht 97 % des Volumens aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm. Nur 3 % der Summe kamen von den Stadtwerken Bad Urach, von REpower Systems und der EnBW. Der Rest kam vom Bund. Leider – so muss man sagen – kam vom Land bisher nichts für das Projekt in Bad Urach.

Selbst in der Landtagsdrucksache 13/3227 findet sich keine Antwort auf unsere Frage, wie das Land zukünftig das Projekt in Bad Urach unterstützen möchte. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir sind uns einig, dass wir das Projekt in Bad Urach weiterführen wollen. Ich glaube, es ist unser aller Ziel, dass das Projekt in Bad Urach als Tiefengeothermie-Projekt, als Projekt nach dem Hot-Dry-Rock-Verfahren weitergeführt wird.

(Beifall bei der SPD – Abg. Röhm CDU: Können Sie das erklären?)

– Das werden wir erklären.

Wenn das Land sagt, das Interesse sei vorhanden, das Projekt gemeinsam weiterzuführen, dann sollte man auch gemeinsam an einem Strang ziehen und es weiterführen – zusammen mit dem Bund, der jetzt nach dem Stopp 1,5 Millionen € zusätzlich genehmigt hat, allerdings unter der Maßgabe, dass sowohl das Land als auch die beteiligten Firmen aus der Industrie und der Energiewirtschaft mit einsteigen. Ich denke, wenn der Bund etwas dazugibt, wenn die Firmen bereit sind, mit einzusteigen, sollte sich das Land auch nicht zieren, in geeigneter Weise einzusteigen.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Es genügt einfach nicht, dass der Minister für Umwelt und Verkehr am 27. Februar, als Bundesumweltminister Trittin in Bad Urach war, ein Grußwort sprach und es begrüßte, dass der Bund sein Engagement in Bad Urach fortführt, aber selbst nichts macht. Das kann auf Dauer so nicht bleiben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Ich möchte deshalb einen konkreten Vorschlag machen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von den anderen Fraktionen. CDU und FDP/DVP haben einen Änderungsantrag zu den Anträgen Drucksachen 13/3186 und 13/3227 gestellt. Wir vonseiten der SPD würden unsere Anträge zurückziehen und als erledigt betrachten, wenn in Ihren Änderungsantrag eine kleine Änderung aufgenommen würde. Denn nach dem bisherigen Wortlaut wird alle Verantwortung komplett auf den Bund und die Industrie geschoben.

In Ziffer 1 Ihres Änderungsantrags wird das Potenzial der Geothermie beschrieben. Das können wir unterstützen. Damit haben wir keine Probleme. In Ziffer 2 beschreiben Sie konkret, was gemacht werden soll, wie es weitergehen soll.

Ich lese einmal vor, mit welcher Änderung wir vielleicht einen gemeinsamen Antrag verabschieden können:

*Das Pilotprojekt in Bad Urach zur geothermischen Wärmeerzeugung mittels der Hot-Dry-Rock-Technologie ist ein weit über die Landesgrenzen hinaus beachtetes Vorhaben. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung und den weiteren Projektträgern für eine Fortsetzung der Arbeiten in Bad Urach einzusetzen und*

– jetzt kommt der Änderungsteil –

*sich in geeigneter Weise einzubringen, damit das Projekt erfolgreich abgeschlossen werden kann.*

(Abg. Fischer SPD: Finanziell zu beteiligen!)

Damit ist noch nicht gesagt, was schließlich die „geeignete Weise“ ist. Aber man muss auch dazusagen: Zunächst einmal muss geklärt werden, Herr Staatssekretär, in welcher Art und Weise das Projekt weitergeführt werden kann. Zu einer „geeigneten Weise“ gehört natürlich auch eine entsprechende finanzielle Beteiligung, die Frage, ob das Projekt mit 3, 4 oder 5 Millionen € weitergeführt werden kann. Wenn das schließlich definiert ist – das wird vielleicht nach der parlamentarischen Sommerpause sein –, kann man sagen: Das Land ist auch bereit, mit einzusteigen. Denn es kann nicht sein, dass man in einem Antrag die ganze Last anderen zuschiebt. Vielmehr muss das Land auch sagen: Wir müssen auch mit einsteigen. Ich glaube, das wäre ein Zusatz, den alle Fraktionen akzeptieren könnten. Denn dass wir das Projekt in Bad Urach gemeinsam wollen, ist uns, glaube ich, allen klar.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kleinmann?

**Abg. Knapp SPD:** Gerne.

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Herr Kollege Knapp, wir sind uns einig, dass man an diesem Projekt festhalten soll. Aber könnten Sie sich und könnte sich die SPD auch vorstellen, dass wir das Ganze verkaufen? Um es im Klartext zu sagen: Es gibt einen Interessenten namens Gernot Eberhard. Der führt die Südmüll in Frankenthal. Er war inzwischen auch schon im Umwelt- und Verkehrsministerium und möchte die Anlage kaufen.

(Abg. Fischer SPD: Aber das gehört doch jetzt gar nicht hierher!)

Damit wäre die Beteiligung des Landes erledigt.

**Abg. Knapp SPD:** Zum einen ist das nicht Inhalt des jetzigen Antrags, und zum andern sage ich ganz grundsätzlich: Warum soll man das nicht verkaufen? Aber verkaufen kann es nur jemand, dem es auch gehört.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: So ist es!)

Bisher ist das Land am Projekt nicht beteiligt. Daher sehe ich im Moment nicht, wie das Land in den Verkauf einsteigen kann.

(Knapp)

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Der Bund ist doch beteiligt!)

– Der Bund ist stark beteiligt.

Aber ich gebe Ihnen Recht: Das Ziel ist, das Projekt weiterzuführen. Wenn ein privater Investor oder wenn ein Industriekonsortium das unter bestimmten Randbedingungen vonseiten des Bundes und des Landes weiterführt, dann steht dem, glaube ich, nichts entgegen.

Ich sage es nochmals: Unser Änderungswunsch, um unsere Anträge für erledigt zu erklären, bedeutet nur, dass man nicht nur den Bund und die Firmen zur Weiterführung heranzieht, sondern dass auch das Land „in geeigneter Weise“ eingebunden wird. Das können Genehmigungen sein, das können Unterlagen des Geologischen Landesamts sein, das kann natürlich vielleicht auch eine kleine finanzielle Beteiligung sein, ganz klar. Denn wie wollen Sie zum Beispiel bei der EnBW oder bei REpower Systems argumentieren und sagen: „Ihr solltet das Projekt weiterführen, aber wir als Land machen nichts.“? Deshalb würden, wenn Sie dem Zusatz zustimmen könnten, unsere Anträge für erledigt erklärt und wir könnten das Ziel, Bad Urach fortzuführen, gemeinsam in Angriff nehmen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU: Für vernünftige Vorschläge sind wir immer zu haben!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Unsere heutige Energieversorgung ist nicht zukunftsfähig. Die Kernenergie ist eine Risikotechnologie, und bei der Verbrennung von Öl und Gas entsteht CO<sub>2</sub>. Was das für Probleme verursacht, haben wir heute Morgen bei der Debatte über die Waldschäden diskutiert. Wir brauchen daher eine neue Energieversorgung. Wir brauchen die Nutzung von Sonne, Wind und Wasser, von Biomasse, aber auch von Geothermie.

Die Geothermie ist in dem Bündel der erneuerbaren Energien ein wichtiger Teil. Sie hat spezifische Vorteile. Kollege Knapp hat schon darauf hingewiesen. Geothermischer Strom steht rund um die Uhr zur Verfügung. Er kann also Grundlast ersetzen. Geothermische Kraftwerke brauchen wenig Fläche und haben keine Emissionen. Das sind Vorteile. Diese sollten wir nutzen, und wir sollten sie speziell in Baden-Württemberg nutzen, weil hier bei uns im Land die geologischen Voraussetzungen für diese Energiequelle besonders gut sind, denn Erdwärme findet man bei uns schon in relativ geringen Tiefen.

Günstige Voraussetzungen gibt es insbesondere in Bad Urach, wo gebohrt wurde. Der Bohrturm ist zwischenzeitlich abgebaut worden. Aber lassen Sie mich deutlich feststellen: Die Tatsache, dass der Bohrturm dort abgebaut wurde, bedeutet nicht ein Scheitern des Geothermieprojekts. Er wurde nicht wegen geothermischer Probleme abgebaut, sondern es gab andere Probleme: Es gab Auflagen für den Lärmschutz, es gab eine unterirdische Störungszo-

ne, die die Kosten erhöht hat. Man hatte in dem Projektantrag die Kosten sehr knapp kalkuliert, um das Projekt genehmigt zu bekommen. Wir wissen natürlich: Wenn man etwas unterirdisch macht, dann ist immer mit Kostensteigerungen zu rechnen. Die Neubauprojekte der DB haben das gezeigt. Dabei sind teilweise wahnsinnige Kostensteigerungen aufgetreten. Trotzdem werden diese Projekte weitergeführt. Wir meinen – für die Fraktion GRÜNE kann ich das hier klar feststellen –, dass das Projekt in Bad Urach jetzt nicht an diesen Problemen scheitern darf. Es ist nicht widerlegt, dass dieses Projekt dort möglich ist. Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass dieses Projekt weitergeführt wird, und wollen dafür auch alle Hebel in Bewegung setzen.

(Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE und bei der SPD)

Zum Vorgehen jetzt Folgendes: Wir müssen natürlich zuerst den Abschlussbericht abwarten, der zeigt, wo genau die Probleme liegen,

(Abg. Röhm CDU: So ist es!)

und der dann die Basis bildet für ein gezieltes Vorgehen, damit das Projekt sicher zum Ziel gebracht werden kann.

Das wird zusätzliches Geld kosten. Ich darf hier meine Befriedigung darüber kundtun, dass der Bund schon die Bereitschaft erklärt hat, zusätzliche Gelder bereitzustellen. 1,5 Millionen € stehen da im Raum; sie sind sozusagen zugesagt. Es kann aber nicht angehen, dass das Land hier sagt: „Wir wollen, dass das Projekt kommt, aber wir geben keinen Cent dazu.“ Wir Grünen erwarten, dass das Land auch etwas dazu beiträgt, zumal im Umweltplan des Landes ein Förderprogramm Geothermie angekündigt wurde, das aber noch in keiner Weise sichtbar ist. Wir wollen, dass das Land wenigstens für dieses eine Projekt in Bad Urach etwas tut und, wenn Bedarf besteht, auch in die eigene Tasche greift.

(Abg. Alfred Winkler SPD: „Wir geben nichts“! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Röhm?

(Abg. Alfred Winkler SPD: „Wir geben nichts“!)

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Ja. Bitte schön.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

**Abg. Röhm CDU:** Herr Kollege Dr. Witzel, welchen Beitrag erwarten Sie von der Wirtschaft, und was halten Sie für zumutbar, weil die Wirtschaft hinterher auch Nutznießer ist?

(Abg. Alfred Winkler SPD: Die geben auch nichts!  
– Abg. Capezzuto SPD: Millionen!)

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Herr Kollege Röhm, ich hatte gesagt, wir sollten zuerst den Abschlussbericht abwarten,

(Abg. Röhm CDU: Einverstanden!)

(Dr. Witzel)

damit wir genau wissen, welche geologischen Probleme zu überwinden sind. Dann kann kalkuliert werden, welche Kosten anfallen. Möglicherweise sind noch gewisse Forschungsarbeiten durchzuführen usw. Erst dann, wenn tatsächlich der Umfang der Arbeiten umrissen werden kann, wenn Kostenkalkulationen möglich sind, sollten wir uns darüber unterhalten, wer welchen Beitrag leistet.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Mein Votum war ja nur: Das Land muss sich dafür einsetzen, aber es darf sich nicht auf die Rolle des Moderators beschränken, sondern es soll auch sagen: „Wir fühlen uns hier finanziell verpflichtet.“ Denn wir müssen ja sehen, Herr Röhm: Das Land hat das Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln.

(Abg. Röhm CDU: So ist es!)

Wir wissen: Das Land hat die Solarförderung gestrichen, das Land ist der Vorreiter gegen die Windkraft gewesen, und bei der Wasserkraft gibt es Genehmigungsaufgaben, sodass kaum etwas gebaut wird. Jetzt verkündet das Land immer wieder, Geothermie sei der Hoffnungsträger. Wenn Sie an Ihrem Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln, festhalten und sagen „Geothermie ist das wichtige Stichwort“, dann müssen Sie auch in die Tasche greifen bzw. dann muss das Land auch sagen: „Wir sind auch bereit, Geld dazuzugeben, damit das voran gebracht wird.“

Ich komme zum Schluss in der ersten Runde: Das Projekt in Bad Urach hat bundesweit Signalwirkung. Es ist eines der ersten Projekte zur Geothermie. Wir wollen daher, dass dieses Projekt auf eine solide Basis gestellt und zu Ende geführt wird. Und wir sagen klar und deutlich: Das Land, das dieses Projekt ja auch will, muss auch einen Beitrag dazu leisten, dass es realisiert wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Brenner.

**Abg. Dr. Carmina Brenner** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf eines vorausschicken: Die CDU-Fraktion steht zu den Klimaschutzzielen der EU, des Bundes und des Landes.

(Zuruf von der SPD: Da bleibt sie stehen!)

Für uns ist auch klar, dass die erneuerbaren Energien ein fester und wichtiger Bestandteil im Energiemix werden müssen. Der Schwerpunkt muss allerdings auf grundlastfähigen Energieformen liegen, weil diese ganzjährig zuverlässig sind.

(Abg. Knapp SPD: Das ist Geothermie!)

Hierfür eignen sich die Wasserkraft, die Biomasse und die Geothermie.

Wir haben es hier im Landtag gemeinsam geschafft, dass auch die Große Wasserkraft im EEG verankert worden ist. Ebenfalls gut verankert ist die Biomasse. Dieser Bereich wird auch vom MLR und vom UVM durch eigene Landesprogramme unterstützt.

Im Bereich der Tiefengeothermie laufen zurzeit eine ganze Reihe von Pilotprojekten, nicht nur das Projekt in Bad Urach, sondern auch das erwähnte Projekt im Elsass sowie Projekte beim Forschungszentrum in Karlsruhe, in Bruchsal, in Glewe und auch in Basel.

Im Februar haben wir uns alle darüber gefreut, dass die zweite Bohrung in Bad Urach begonnen wurde. Im Mai traten geologische Schwierigkeiten auf, sodass die Bohrungen gestoppt wurden. Es hat sozusagen die „Uracher Anomalie“ zugeschlagen.

An den Gesamtkosten von 6,5 Millionen € hat sich – das ist schon gesagt worden – der Bund zu 97 % beteiligt, die restlichen 3 % teilen sich die EnBW, die Stadt Bad Urach und REpower Systems. Den Betrieb der auf ein Megawatt geplanten Anlage im Hot-Dry-Rock-Verfahren wollen die Stadtwerke Bad Urach zusammen mit EnBW und REpower Systems übernehmen.

Nun sind die Bohrarbeiten bei 2 300 Metern gestoppt worden, und die 6,5 Millionen € sind verbraucht. Im Gespräch sind jetzt zwischen 3 und 5 Millionen € an zusätzlichen Mitteln, wobei dies im Moment eine frei gegriffene Zahl zu sein scheint, die noch in keinsten Weise haltbar ist. Das Problem ist nun: Wie bekommen wir das Projekt in Bad Urach wieder zum Laufen, finanziell wie auch technisch?

Ich darf eindeutig feststellen, dass die CDU-Fraktion größtes Interesse daran hat, dass das Projekt weiterläuft. Aber bis jetzt liegt kein Antrag auf einen bestimmten Förderbetrag des Landes vor, weil die Zahlen eben noch nicht haltbar sind.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Bad Urach ist ein Pilotprojekt des Bundes – der Bund hat ein Programm für große Projekte; das Land nicht –, und deshalb war das Land bisher auch nicht gefordert. Außerdem gibt es weitere Probleme: Es muss genau evaluiert werden, wie viel Geld tatsächlich noch nötig ist.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Boris Palmer?

**Abg. Dr. Carmina Brenner** CDU: Nein, im Moment nicht; ich möchte das jetzt erst ausführen.

Wir müssen wissen, ob diese 3 bis 5 Millionen € haltbar sind oder ob hier noch höhere Kosten auf uns zukommen. Im Verlauf der Bohrungen sind wohl auch zusätzliche Forderungen aufgetaucht, die nicht im Finanzplan eingeplant waren, unter anderem auch ein teurer Lärmschutz. Kein Wunder, dass das Geld weg ist, wenn jeder hier munter draufgepackt hat! Sowohl das Kostenmanagement als auch das Projektmanagement vor Ort scheinen überfordert gewesen zu sein, und der Bund hat womöglich die Mittelverwendung nicht zeitnah kontrolliert.

Deshalb stellt sich die Frage, ob das Projektmanagement durch zusätzliches Personal und auch durch technische Kompetenz in den verbleibenden Monaten unterstützt werden muss. Auch das Bundesumweltministerium sieht das inzwischen so.

(Dr. Carmina Brenner)

Ferner sollte man eine solche Maßnahme auch nicht doppelt und dreifach fördern. Der produzierte Strom würde, wenn er dann fließt, nach dem EEG mit 8,95 Cent pro Kilowattstunde gefördert werden, und die Investition ist wie beschrieben gefördert worden. Dies kann man zwar für ein Pilotprojekt machen, aber nicht dauernd, und es stehen ja weitere Projekte an.

Da die Zusatzkosten das Projekt zwar verteuern, aber dessen Effizienz nicht steigern, passt dieses Projekt auch nicht in das „Klimaschutz-Plus“-Programm, zumal dieses für oberflächennahe Geothermie ausgelegt ist. Die EnBW steht übrigens zu ihren bisherigen Zusagen. Sie ist allerdings für den energetischen Teil zuständig, wenn die Bohrung dann fertig gestellt ist. Das heißt, sie ist ein Energieversorger und kein geologisches Bohrunternehmen. Trotzdem wird die EnBW vom fertigen Projekt profitieren, und es sollte nicht an ihr scheitern, wenn jetzt noch ein Anschub gebraucht wird.

Zusammenfassend darf ich Folgendes sagen: Alle Projektbetreiber sitzen schon gemeinsam am Tisch und versuchen, konstruktive Lösungen zu erarbeiten. Im Moment zeichnet sich eine privatwirtschaftliche Lösung ab, und das wäre das Beste. Es ist überhaupt kein Problem, wenn die Landesregierung hier eine Moderatorenrolle übernimmt, zum Beispiel unser neuer Wirtschaftsminister in Absprache mit dem Herrn Umweltminister. Ein Sprecher des Bundesumweltministeriums hat schon angedeutet, dass im September ein neues Konsortium zusammengestellt werden soll; hier könnten dann zusätzliche Firmen und Projektträger zum Zug kommen. Diese sollten dann insbesondere auch das Projektmanagement verstärken und zusätzliche Kompetenz bei der Bohrtechnik einbringen; da fehlt es offensichtlich.

Über das Geld werden alle Beteiligten dann reden, wenn verlässliche Kostenschätzungen vorliegen; und wenn Herr Minister Trittin es ernst meint mit der Geothermie, sollte er diese 6,5 Millionen € nicht aufgeben, sondern weitermachen. Die Zeichen stehen gut, dass Berlin die Finanzen und die Projektbegleitung aufstocken wird, und ich bitte die Kollegen von Rot-Grün, diese Absichten in Berlin auch zu bestärken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP/DVP haben den Änderungsantrag Drucksache 13/3333 gestellt,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

und das, was Sie, Herr Kollege Knapp, möchten, ist überhaupt kein Problem. Wir werden den Antrag ändern und dann so formulieren:

*... sich in geeigneter Weise einzubringen, ...*

Das lässt alle Optionen offen, so, wie Sie es gesagt haben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Ja!)

Was geeignet ist, kann man im Moment tatsächlich noch nicht sagen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Vor allem wegen der Privatisierung!)

An den Staatssekretär im Wirtschaftsministerium habe ich die Bitte – man wird jetzt wohl zwei, drei Monate brauchen,

(Staatssekretär Dr. Mehrländer nickt zustimmend.)

bis man hier Grund unter die Füße bekommt und auch dieses Konsortium gebildet werden kann; ich denke also, dass es dann im September zur Sache geht –: Halten Sie bitte die energiepolitischen Sprecher der Fraktionen auf dem Laufenden. Auch wir möchten das Projekt gemeinsam unterstützen. Es ist überhaupt kein Problem, uns kurzfristig zu einem Termin zusammenzubekommen. Halten Sie uns also bitte sehr aktuell auf dem Laufenden; da wären wir Ihnen sehr verbunden.

Eines muss ich am Schluss auch noch sagen: Über Geld reden wir, wenn Kostenschätzungen vorhanden sind. Aber falls das Land je einsteigen sollte, dann geht es natürlich anders zur Sache, denn dann ist eine strenge Kostenkontrolle fällig, die „rechnungshofsicher“ ist.

Danke.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Das hoffen wir natürlich! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Fauser.

**Abg. Beate Fauser FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Brenner hat im Grunde genommen alles ausgeführt, was zu diesem Thema an Substanziellem zu sagen ist.

(Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Deshalb kann man nur noch einmal unterstreichen, dass wir, wie auch Herr Dr. Witzel ganz klar gesagt hat, selbstverständlich einen Abschlussbericht brauchen, der deutlich macht, wie die Kostensteigerungen zustande gekommen sind und woran das liegt. Das kann nicht nur daran liegen, dass der Bohrer, der 25 000 € pro Tag kostet, aus Gründen des Lärmschutzes für die Nachbarschaft nicht genügend ausgelastet war. Da gibt es auch noch weitere Bereiche, bei denen wir fragen müssen: Wo sind innerhalb eines Dreivierteljahres rund 6,5 Millionen € abgeblieben? Wir brauchen dringend ein zeitnahes Controlling.

Meine Damen und Herren, ich möchte für unsere Fraktion noch einmal ganz deutlich betonen, wie wichtig uns das Thema Geothermie ist. Geothermie ist grundlastfähig.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Dies ist mittelfristig ein ganz wichtiges Thema für uns, weil

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Weil wir aus der Kernenergie aussteigen wollen!)

zumindest im Süden des Landes der Wind im Grunde genommen nicht die erforderliche Effizienz bringt und diese Energieform vor allen Dingen auch belastend für die Natur ist.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

(Beate Fauser)

Es ist richtig, dass Biomasse, Wasser, Geothermie und eben auch Sonne – wenigstens bis zu einem gewissen Grad – die regenerativen Energien der Zukunft sind, die wir brauchen.

Meine Damen und Herren, wir haben im neuen EEG glücklicherweise eine Förderung der Oberflächengeothermie, was ich außerordentlich begrüßen möchte, denn bisher war die Oberflächengeothermie sozusagen das Stiefkind der Grünen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Warum „Stiefkind“?  
Ich habe schon vor Jahren Anträge dazu gestellt!)

Wir haben hier in Zukunft eine Förderung von – – Sie sagten bisher immer, Sie wollten – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe bitten.

**Abg. Beate Fauser FDP/DVP:** Sie verbraucht einfach auch ein hohes Maß an Strom. Deshalb wurde das bisher nicht so sehr gefördert.

Wir haben bei uns im Kreis Calw eine sehr schöne und innovative Firma, die Firma Burkhardt, die Geothermieanlagen herstellt, und dies mit sehr großem Erfolg – auch in früheren Jahren mit geringer Förderung.

Die besagten 0,15 Cent werden selbstverständlich auch für den Wohnungsbau erhebliche Vorteile bringen. Wie Sie alle wissen, werden in der Schweiz über ein Drittel der Neubauten schon mit Geothermieanlagen ausgestattet. Es lohnt sich auch für ältere Häuser, sofern sie Fußbodenheizung haben, eine Geothermieanlage einzubauen. Dazu kann man die Menschen, die das tun, wirklich nur beglückwünschen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Meine Damen und Herren, wie wir von Herrn Knapp, Frau Brenner und Herrn Witzel gehört haben, soll die Geothermie durch einen gemeinsamen Antrag von FDP/DVP, CDU, SPD und Grünen mehr unterstützt werden als bisher. Es wäre erfreulich, wenn wir eine Privatlösung hinbekommen würden,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was denn für eine Privatlösung?)

weil sich dies im Endeffekt sehr effizient auswirken könnte.

Wir müssen aufpassen, dass die Geothermie nicht ein Fass ohne Boden wird.

(Unruhe)

Es gibt heute schon Bohrungen bis in eine Tiefe von 12,5 Kilometern, bei denen nichts herauskommt. Es muss also bei zukünftigen Bohrungen darauf geachtet werden, dass sie nicht irgendwo im Schlamm stecken bleiben.

(Zuruf von der SPD)

Diese Bodenstrukturen ändern sich laufend. Das ist vornehmlich in heißen geologischen Zonen so, dass man dabei sehr unterschiedliche Erfahrungen hat.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich ganz herzlich für die übergroße Übereinstimmung bedanken. Wir begrüßen, dass man gerade die Geothermie als zukünftige, wirklich wichtige Energiequelle unseres Landes weiter fördert.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Ich freue mich, dass wir hier auch einmal zu einem gemeinsamen Antrag kommen. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir in Bad Urach viel Erfolg haben werden, und bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Mehrländer.

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat die Bedeutung der Geothermie in Baden-Württemberg in der Drucksache 13/2315 ausführlich dargestellt. Ich darf darauf verweisen und gleich auf Bad Urach zu sprechen kommen.

Herr Abg. Knapp, Sie haben gefragt, in welchem Umfang sich das Land an der Finanzierung in Bad Urach beteilige. Ich darf Sie daran erinnern, dass Urach III vom Land Anfang der Neunzigerjahre mit 1 Million DM gefördert worden ist. Das ist noch da; darauf können wir auch zurückgreifen. Also war die Landesregierung schon damals bei Urach beteiligt.

Bei Urach IV sind es der Bund zu 97 % sowie die Firma REpower. Dafür sind wir sehr dankbar; das möchte ich bei dieser Gelegenheit durchaus zum Ausdruck bringen.

Die entscheidende Frage, um die es ja auch in der Debatte ging, ist: Wie geht es weiter? Ich habe die Debatte so verstanden, dass alle darin übereinstimmen – und dem stimmt auch die Landesregierung zu –, dass wir die Untersuchung, die in Jülich läuft, derzeit abwarten müssen, um einerseits zu erfahren, was sich dabei an Schwachstellen herausstellen wird, und andererseits, was es kosten wird, um das Projekt fortzusetzen. Ich hoffe, dass diese Untersuchung schon im Herbst vorliegen wird, damit wir relativ schnell zu Entscheidungen kommen können. Danach wird man sich zusammensetzen müssen. Zum einen gibt es private Investoren – die Firma EnBW, die Firma REpower und Herrn Eberhard. Herr Abg. Kleinmann, am Dienstag dieser Woche hat es ein gemeinsames Gespräch mit dem Ministerium für Umwelt und Verkehr und dem Wirtschaftsministerium gegeben. So, wie wir dieses Gespräch verstanden haben, war von einem Kauf durch Herrn Eberhard keine Rede

(Abg. Junginger SPD: Heiße Luft!)

– nein, nein –, sondern er hat sich als ein potenzieller Mitinvestor geäußert. Aber auch er hat gesagt, er wolle zunächst einmal die Untersuchung sehen und dabei auch sehen, wer noch alles dabei ist. Der Bund hat erklärt, dass er weiter dabei sein wird. Dafür sind wir sehr dankbar.

Im Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, sich in geeigneter Weise zu beteiligen. Sofern dieser Antrag angenommen wird, werden wir dem sicher entsprechen; wie, das muss man dann sehen.

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

Zum Schluss: Ich bin gern bereit, der Bitte von Frau Abg. Dr. Brenner zu entsprechen, die energiepolitischen Sprecher aller Fraktionen in dieser Frage sehr eng zu beteiligen. Denn in der Tat sieht auch die Landesregierung die Geothermie von ihrem Potenzial her – wir sitzen ja praktisch darauf – als einen ganz wichtigen Teil der regenerativen Energien an, der stärker genutzt werden muss. Dafür ist Urach IV ebenso wie Urach III ein ganz wichtiges Projekt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst eine kurze Bemerkung zu Frau Fauser: Es ist nicht richtig, dass wir jetzt erst aktuell die Geothermie entdeckt hätten. Bereits im ersten EEG hat Rot-Grün die Vergütung für Strom aus Geothermie vorgesehen. Es liegen auch Landtagsinitiativen von uns vor. Ich darf auf die Initiative unserer Fraktion in der letzten Legislaturperiode, Drucksache 12/5442, hinweisen. Das heißt, wir beschäftigen uns schon länger mit Geothermie.

Zum Zweiten: Es liegen jetzt ein Änderungsantrag und auch ein Antrag von uns vor. Ich möchte dazu Folgendes sagen: Dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP hätten wir in der ursprünglichen Form nicht zustimmen können. Jetzt ist die Formulierung geändert worden in „sich in geeigneter Weise einzubringen“. Das ist eine Formulierung – das möchte ich hier zu Protokoll geben –, der wir zustimmen werden, weil das für uns auch eine finanzielle Beteiligung des Landes einschließt. Das heißt, diese Option wollen wir offen halten, und in diesem Sinne können wir diesem gemeinsamen Antrag zustimmen. Ich bitte andererseits darum, den Antrag unserer Fraktion an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen, damit wir über diesen Antrag dann bei der Beratung im Wirtschaftsausschuss im Herbst, wenn der Abschlussbericht vorliegt, konkret debattieren können.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Doch, Knapp will auch noch etwas sagen! Knapp, bitte!)

– Entschuldigung, Herr Abg. Knapp, bitte sehr.

**Abg. Knapp** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe vorhin gesagt, wir würden unsere Anträge zurückziehen. Ich möchte das dahin gehend modifizieren, dass wir – wie das die Grünen mit ihrem Antrag auch wollen – die Anträge an den Wirtschaftsausschuss überwiesen haben wollen, um sie dann dort, wenn die Untersuchungsergebnisse vorliegen, diskutieren zu können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen

Behandlung der Anträge. Nachdem alle Fraktionen signalisiert haben, dass sie dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/3333, mit der von der SPD eingebrachten Änderung zustimmen werden, stelle ich diesen Antrag zur Abstimmung. Ich lese noch einmal vor, wie der zweite Satz in Ziffer 2 lauten muss:

*Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung und den weiteren Projektträgern für eine Fortsetzung der Arbeiten in Bad Urach einzusetzen und sich in geeigneter Weise einzubringen, damit das Projekt erfolgreich abgeschlossen werden kann.*

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Wer dem Antrag mit dieser Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Anträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 13/2315 und 13/3227, werden an den Wirtschaftsausschuss überwiesen, ebenso der Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/3186. Sie stimmen dem zu? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Innenministeriums – Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen – Drucksache 13/2326**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kurz.

(Abg. Stickelberger SPD: Kurz und bündig!)

**Abg. Kurz** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Wir wollten mit diesem Antrag erreichen, dass die Regierung über das, was im Bereich der Privatisierung in der ersten Hälfte der Legislaturperiode geleistet wurde, eine Art Bilanz erstellt. Ich glaube, dass diese Bilanz ganz hervorragend ausgefallen ist. Die Regierung ist mit der Privatisierung auf dem richtigen Weg. Ich empfehle jeder Kollegin und jedem Kollegen, diese 25 Seiten der Stellungnahme der Regierung einmal durchzulesen. Hier wird deutlich sichtbar, dass sich die Regierung mit großer Intensität darum bemüht, die Privatisierung in unserem Land voranzubringen. Daher möchte ich, weil dies im Einzelnen ausgeführt wurde und auch alle Sektoren, in denen sich etwas getan hat, aufgelistet sind, nur ein paar grundsätzliche Bemerkungen machen.

In dieser Stellungnahme wird sehr feinsinnig auch herausgearbeitet, dass es zwischen einer formellen, also organisationsmäßigen, und einer materiellen, also aufgabenmäßigen, Privatisierung zu unterscheiden gilt. Unter den Begriff „formelle Privatisierung“ fallen die hoheitlichen Aufgaben, die grundsätzlich in der Verantwortung des Staates verbleiben.

(Kurz)

In diesem Sektor werden Private lediglich zur Erfüllung der Aufgaben herangezogen und zu diesem Zweck auch mit hoheitlichen Befugnissen ausgestattet. Dies setzt allerdings eine gesetzliche Grundlage voraus.

Wir beobachten in den letzten 15 Jahren europaweit eine stärkere Tendenz zur Privatisierung staatlicher Aufgaben. Dies wird sehr unterschiedlich begründet. Auch wir hier in Baden-Württemberg, insbesondere die Landesregierung, aber auch der Landtag, bemühen uns, neue Formen einer effizienten Zusammenarbeit mit den Privaten bei der Bewältigung der staatlichen Aufgaben zu finden.

Es geht wirklich darum, bürgerfreundliche und moderne Instrumente zu schaffen, um die Sicherung der Daseinsvorsorge genügend zu stärken.

In der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode – das habe ich bereits erwähnt – brachte die Landesregierung die Privatisierung kräftig voran. In einer Zeit des Umbruchs und der finanziellen Engpässe bleibt die Besinnung auf wirkungsvolle Maßnahmen im Bereich der Privatisierung einer der Königswege, um die Leistungsfähigkeit staatlichen Handelns zu erhalten.

Auch das gestern verabschiedete Gesetz zur Verwaltungsreform wird vom Prinzip der Subsidiarität getragen. Aufgabenabbau ist ein wichtiger Teil dieses Gesetzes. Auch hiermit ist eine umfassende Aufgabenkritik zu verbinden, die Chancen für eine weitgehende Übertragung von Aufgaben und deren Erfüllung auf Private ermöglicht.

Eine wirkungsvolle Privatisierungspolitik ist Teil einer effizienten Arbeitsteilung zwischen Staat und Wirtschaft. Sie bedeutet gleichzeitig einerseits eine permanente Aufgabenkritik des Staates und seiner Organe und auf der anderen Seite natürlich auch die Bereitschaft zur Neuausrichtung und Neustrukturierung. Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze erfordern Unternehmen, die den Herausforderungen flexibler nationaler und internationaler Märkte gewachsen sind. Flexibilität, Marktorientierung und die Bereitstellung von Eigenkapital sind dafür von zentraler Bedeutung.

(Beifall des Abg. Rech CDU)

Diesen Anforderungen können privatwirtschaftlich tätige Unternehmen besser gerecht werden als staatliche Institutionen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

In diesem Zusammenhang sind Ausgründungen von Aufgaben aus Behördenstrukturen in eine privatwirtschaftliche Organisationsform immer etwas kritisch zu hinterfragen. Solche Ausgründungen haben nur dann eine Berechtigung, wenn der freie Markt keine effizientere und kostensparendere Lösung zulässt.

Nach der Gesetzesbegründung zu § 3 des Mittelstandsförderungsgesetzes vom 19. Dezember 2000 soll die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand im Land Baden-Württemberg eingegrenzt werden. Zur Förderung wirtschaftlicher Dynamik, zur Erweiterung wirtschaftlicher Freiräume und im Interesse eines schlanken Staates sollten

Land und Kommunen nur dort wirtschaftlich tätig werden, wo sie im Vergleich zur privaten Leistungserbringung auch wirklich Effizienzvorteile nachweisen können.

Das Land ist mit seinen Privatisierungsbemühungen weitgehend auf dem richtigen Weg. Dies habe ich ausgeführt. Leider kann dies nicht immer von allen Städten und Gemeinden so klar gesagt werden. Da werden, teilweise mit großem Einfallreichtum und von neuartigem Unternehmertum beseelt, vielerorts die wirtschaftlichen Aktivitäten noch ausgeweitet. Kommunen treten außerhalb ihrer eigentlichen daseinsvorsorgenden Aufgaben auf dem im Allgemeinen vom Wettbewerb dominierten Markt als Hersteller oder Anbieter von Gütern und Dienstleistungen in Bereichen auf, in denen bisher nur Private anzutreffen waren. Ich habe eine ganze Menge Beispiele hierfür gesammelt.

Mit dieser zunehmenden wirtschaftlichen Betätigung begeben sich die Kommunen und ihre rechtlich unselbstständigen Eigenbetriebe in direkte Konkurrenz zu privaten Wettbewerbern. Solche Entwicklungen müssen wir im Auge behalten. Scheinprivatisierungen führen zu einem verzerrten Wettbewerb und verdrängen Aufträge, Umsätze und letztlich auch Arbeitsplätze und auch Ausbildungsplätze aus dem mittelständischen Bereich.

(Beifall des Abg. Rech CDU)

Kommunale Betriebe können die vielfältigen Vorteile der hinter ihnen stehenden Kommune nutzen und sich gegen negative Sanktionen des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs absichern. Dies können kleine Unternehmen nicht.

Im Rahmen der Novellierung der baden-württembergischen Gemeindeordnung wurde in § 102 für kommunale Aufgaben außerhalb der Daseinsvorsorge in Anlehnung an das Mittelstandsförderungsgesetz eine so genannte einfache Subsidiaritätsklausel eingeführt.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Sehr gut!)

Durch diese Subsidiaritätsklausel versprachen sich die öffentliche Hand, aber auch wir – ich erinnere mich noch an die Diskussionen im Landtag – und vor allem die mittelständische Wirtschaft Rechtssicherheit. Diese Hoffnung zerschlug sich durch die neueste Zivilrechtsprechung. Nach Auffassung der Gerichte ist ein Anspruch eines Wettbewerbers auf Unterlassung nach § 1 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb bei Verstoß der Kommune gegen § 102 der Gemeindeordnung nicht gegeben, da § 102 Abs. 1 Nr. 3 der Gemeindeordnung keine drittsschützende Wirkung zukomme.

Sehr viel deutlicher formulierte der BGH in seiner Revisionsentscheidung auf ein Urteil des Oberlandesgerichts München am 25. April 2002:

*Die Gemeindeordnung ist nicht dazu da, die guten Sitten im Wettbewerb zu schützen. Ein Verstoß gegen die Gemeindeordnung ist zwar gesetzeswidrig, aber, wenn nicht noch weitere Gründe hinzukommen, noch nicht wettbewerbswidrig.*

Damit ist die wirtschaftspolitische und, wie ich meine, auch die gesellschaftspolitische Frage, ob sich die öffentliche

(Kurz)

Hand überhaupt erwerbswirtschaftlich betätigen soll und darf und welche Grenzen ihr insoweit gesetzt werden, wieder neu gestellt. Der Gesetzgeber ist aufgefordert, die offensichtlich bestehende Wettbewerbsverzerrung zulasten der privaten Wirtschaft im Geiste des Gesetzes zur Mittelförderung abzubauen und damit zunächst einmal Chancengleichheit für die privaten Unternehmen herbeizuführen.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Und wie ist das mit den Brauereien, Herr Kurz?)

– Bitte?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wie ist das mit Brauereien?)

– Solange diese Brauereien mit hohem Ertrag arbeiten, von Bedeutung für die wirtschaftliche Struktur einer Region sind, Arbeitsplätze sichern und Aufträge an die mittelständische Wirtschaft vergeben, ist dies auch zu verantworten.

(Zuruf des Abg. Junginger SPD)

Aber auch da wird sich eines Tages die Frage erheben: Wo hören wir auf, und wo beginnen wir mit solchen zusätzlichen unternehmerischen Tätigkeiten?

Die unscharfe Grenze – darauf komme ich jetzt – zwischen zulässiger und unzulässiger kommunaler wirtschaftlicher Tätigkeit muss deutlich aufgezeigt und damit auch formaljuristisch anwendbar gemacht werden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Jawohl!)

Damit ist auch die Gemeindeordnung um eine Privatisierungsklausel mit drittschützender Wirkung zu ergänzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch kurz auf das EU-Recht eingehen. Es stellt sehr auf offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb ab. Daraus ist auch eine Präferenz für privatwirtschaftliche Lösungen zur Erfüllung zumindest der materiellen Staatsaufgaben zu sehen. Beispielsweise bekamen die staatlichen Banken dies durch den Wegfall der Staatshaftung bereits zu spüren. Und die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland werden sich noch sehr intensiv mit den Fragen des europäischen Wettbewerbsrechts auseinander setzen müssen.

Auch die Frage nach einer sinnvollen Konzeption der staatlichen Daseinsvorsorge und einer Grenzziehung zwischen dem privaten und dem staatlichen Sektor könnte in der europäischen Dimension mehr zugunsten des offenen Wettbewerbs entschieden werden. Wir müssen uns, glaube ich, auch auf diese Situation vorbereiten. Wir müssen diese Entwicklung schon heute erkennen, damit wir in unserem Land keine Nachteile hinnehmen müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Junginger.

**Abg. Junginger SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem die CDU einen Redner, der schwerpunktmäßig Wirtschaftspolitiker ist, aufgeboten hat, darf ich als Innenpolitiker der SPD-Fraktion mich diesem Thema zuwenden und dabei als Erstes die Überschrift zitieren – Kernbegriff –: „Verlässliche Politik für Baden-Württemberg“.

Wenn ich die umfangreiche Stellungnahme, die Initiativen, die noch keine Fortschritte in der Ergebnisorientierung erkennen lassen, würdige, komme ich zu dem Schluss: Es ist eher eine verlässliche Politik des Stillstands in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Dies ist deshalb besonders gerechtfertigt,

(Zuruf des Abg. Pauli CDU)

weil wir gerade gestern bei der Verwaltungsreform gehört haben, es gehe um Bürokratieabbau, um Vorschriftenabbau und Aufgabenreduzierung. Dazu sagen wir: Welche Erkenntnisse! Heute diskutieren wir über eine Stellungnahme vom September 2003, die erkennen lässt, dass durchaus kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem vorliegt. Dort finden wir wieder Vorschriften, Untervorschriften und Regelungen zuhauf, ohne dass erkennbar wäre, dass in der Frage des Bürokratieabbaus auch erste Erfolge zu verzeichnen wären.

Was bedeutet das konkret? Wenn der Aufgabenabbau schon im September 2003 als ein wesentliches Element der Verwaltungsreform bezeichnet worden ist, wenn in dieser Stellungnahme steht, dass alle Ministerien aufgefordert seien, Vorschläge zu machen, wie in diesem Bereich Aufgabenabbau oder Privatisierungen möglich wären, die Auswertung damals aber noch nicht abgeschlossen gewesen sei, dann stellt sich heute die Frage: Welche Ergebnisse lagen denn beispielsweise bis gestern vor? Unser Eindruck ist, dass man es nunmehr den Land- und Stadtkreisen überlassen will, die eigene Aufgabe, die vor über einem Jahr mit diesem Antrag auch angesprochen worden ist, zu erledigen.

Wir sagen: Immer ist zu beachten, dass Daseinsvorsorge und Gemeinwohl bei der Frage der Wahrnehmung der Aufgaben der öffentlichen Hand Vorrang haben müssen. Wir sehen das auch auf der europäischen Ebene, wo es ja nicht darum geht, etwa die Wettbewerbskräfte zu stärken, sondern wo es darum geht, die nationalen Strukturen im Bereich der Daseinsvorsorge, die in den EU-Ländern sehr unterschiedlich wahrgenommen und definiert werden, nach besten Kräften zu bewahren.

(Glocke der Präsidentin)

Deswegen ist auch im Konvent zur Europäischen Verfassung das Thema „Subsidiarität, Selbstgestaltung der nationalen und der kommunalen Verhältnisse“ behandelt worden.

(Glocke der Präsidentin)

Dies halten wir für richtig.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

**Abg. Junginger SPD:** Sehr gern, wenn es nicht auf meine Redezeit angerechnet wird.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das wird es nicht.

Bitte sehr, Herr Abg. Hofer.

**Abg. Hofer FDP/DVP:** Herr Kollege Junginger, sind Sie mit mir der Meinung, dass sich der Begriff der Daseinsvorsorge, auf den Sie sich zu Recht beziehen, seit der Definition durch Forsthoff in den Dreißigerjahren in der Zwischenzeit außerordentlich geändert hat, dass das insbesondere im Bereich der EU festzustellen ist und dass man darauf dann auch in entsprechenden Änderungen einzugehen hat?

**Abg. Junginger SPD:** Herr Kollege Hofer, das, was wir unter Gemeinwohl und Daseinsvorsorge verstehen, werden auch Sie nachvollziehen können. Nach unserem Verständnis ist beispielsweise speziell die Wasserversorgung eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Darüber können wir vielleicht mit Ihnen diskutieren. Andere sehen das anders. Da gibt es auch zu Forsthoff keinen Unterschied. Die öffentliche Hand hat nämlich die Verpflichtung, die Grundlebensbedingungen sicherzustellen, und zwar zu erträglichen Preisen, sodass die Grundlebensbedingungen für alle in gleicher Weise gewährleistet sind. Da brauchen wir keinen Forsthoff, sondern das ist Politik einer sozialen Gerechtigkeit, eine zukunftsorientierte Politik für Europa. Deswegen ist die Herausforderung der europäischen Ebene, dass diese Begriffe Gemeinwohl und Daseinsvorsorge nicht untergeschleift werden.

Dies ist hier auch das Thema. Deswegen danke ich für die Stellungnahme zu dem Antrag, die wirklich auch denen, die nicht so in dem Thema stecken, auf vielen Seiten darlegt, was alles zu beachten ist: Artikel 33 Abs. 4, nämlich die Erledigung von öffentlichen Aufgaben durch öffentlich Bedienstete. Überall sind Dinge zu beachten, bevor man dann sagen kann: Nun lasst uns doch mal privatisieren, lasst uns Aufgaben abbauen!

Ich darf sagen: Mein Fazit ist, dass die Bemühungen noch zu keinen guten Ergebnissen geführt haben; denn die Fragen, die die CDU-Fraktion zu den verschiedenen Feldern gestellt hat, mussten ganz überwiegend so beantwortet werden, dass in diesen Feldern keine Möglichkeit der Privatisierung bestehe. Wenn es darum geht, öffentliche Aufgaben zu privatisieren, dann lese ich, dass der Aufsichtsdienst in Museen beispielsweise ein solches Erfolgsergebnis darstellt oder etwa die Übernahme von Kantinen in Fachhochschulen durch Private.

Da sind wir uns völlig einig: Wenn durch eine Privatvergabe die Aufgaben günstiger erledigt werden können, kann sich die Frage des Vorrangs von Daseinsvorsorge oder Gemeinwohl nicht stellen. Aber in den zentralen Fragen des Gemeinwirtschaftsrechts – Herr Kollege Kurz hat das als Hauptthema angesprochen – warten wir ab, was die Subsidiaritätsprüfung, die uns hier in diesem Jahr noch beschäftigen soll, ergeben wird und welche Möglichkeiten gegeben

sind, dass tatsächlich auch im kommunalen Bereich weitere Privatisierungen erfolgen können – allerdings immer unter der Vorgabe des kommunalen Selbstbestimmungsrechts. Nicht wir schreiben vor, was wer machen darf, sondern das Grundgesetz und die Landesverfassung geben den Kommunen die Befugnis zu Selbstgestaltungen.

Da ich nicht mehr sehr viel Redezeit habe und auf der anderen Seite der Herr Innenminister zu den aufgeworfenen Fragen sicherlich noch Stellung nehmen wird – Auswertung eines Bund-Länder-Fachausschusses zum Thema Kfz-Zulassung; die Frage, was die kommunalen Verbände und die Ministerien noch als Beiträge geliefert haben, denn die Auswertung war damals noch nicht erfolgt –, möchte ich die Gelegenheit nutzen, dem Herrn Innenminister zu danken. Ich glaube, es ist beispielhaft – er ist hoffentlich nicht bei der Erstellung dieser Vorlage amtsmüde geworden –, dass er sein Amt für einen Nachfolger zur Verfügung stellt. Auch wir danken für seine erbrachte Leistung, rechnen mit einem Freibier von Rothaus

(Heiterkeit – Zurufe von der CDU)

und bitten insbesondere darum, die Aufgaben, die gerade im Bereich dieses umfangreichen Antrags noch zu leisten sind, mit dem gleichen Engagement fortzuführen. Denn es ist auch unter Kostengesichtspunkten dringend notwendig, über Aufgabenabbau, Entbürokratisierung, Vorschriftenrückbau zu reden. Bisher sind die Ergebnisse nicht so ausgefallen, dass wir ein Lob aussprechen könnten. Aber jedenfalls: Die Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion ist qualifiziert und gibt all denen, die locker von Privatisierung und Aufgabenabbau reden, einmal eine gute Grundlage an die Hand, was in diesem Zusammenhang zu beachten ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer  
GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eine Bemerkung zur Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen vorab: Im Landkreis Osnabrück gibt es kein staatliches oder kommunales Krankenhaus, kein staatliches oder städtisches Altenheim und nur wenige kommunale Kindergärten.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Die Abfallwirtschaft ist vollständig privatisiert, der Staat beschränkt sich auf Kontrolle und Aufsicht.

(Abg. Fischer SPD: Seit wann ist die Abfallwirtschaft voll privatisiert?)

Das Gleiche gilt für große Teile der Wasserwirtschaft, und nur wenige Gemeinden unterhalten kommunale Regiebetriebe, Stadtwerke, Kurbetriebe.

Im Ergebnis gehört der Landkreis Osnabrück zu den wenigen Gebietskörperschaften in Deutschland, die in den vergangenen zehn Jahren ihre Verschuldung deutlich reduzie-

(Heiderose Berroth)

ren konnten. Nach einer aktuellen Umfrage der Zeitschrift „Stern“ fühlen sich die Menschen in der Region Osnabrück – das sind die Stadt und der Landkreis sowie der Landkreis Vechta – im Vergleich aller Regionen Deutschlands am wohlsten.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Junginger: Niedersachsen, mein Gott! Das haben wir aber anders gehört! – Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Das ist, denke ich, eine gute Nachricht und zeigt ein Ziel auf. Nachdem der Bereich der öffentlichen Dienstleistungen in den letzten Jahrzehnten nämlich ein echter Wachstumsmarkt war, bei dem es manchmal eher nach dem Prinzip „Wer bietet mehr?“ zu gehen schien,

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

wird inzwischen der gute alte liberale Grundsatz „So viel Staat wie nötig, aber eben auch so wenig Staat wie möglich“ erfreulicherweise immer mehr zum Allgemeingut. Es ist schön, dass die CDU dies zum Anlass genommen hat, hier einmal genau nachzufragen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Das Handeln, dass man immer mehr an Privatisierungen herangeht, wird zwar oft weniger durch politische als vielmehr durch haushaltsrechtliche und wirtschaftliche Vorgaben bestimmt, aber wichtig ist, dass die dringend notwendige Offensive endlich vorankommt.

(Abg. Rech CDU: Richtig!)

Dabei hat der Aufgabenabbau absolute Priorität. Das ist auch bei der gestrigen Debatte über die Verwaltungsreform erfreulicherweise von allen Fraktionen gesagt worden.

(Abg. Rech CDU: Jetzt müssen es nur noch die Bürger begreifen!)

Die Bürger werden das, denke ich, sehr gern akzeptieren, wenn sie dafür künftig mehr freies Geld in ihrer Geldbörse haben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Wegen der Verwaltungsreform habe ich auch noch eine Frage. Die Stellungnahme zu dem Antrag ist ja schon vor einer ganzen Zeit erfolgt. Darin steht an einigen Stellen, dass man noch nicht wisse, wie sich die Verwaltungsreform in Bezug auf Privatisierung auswirke. Es wäre ganz schön, wenn dazu noch ein neuerer Stand mitgeteilt werden könnte.

(Abg. Fischer SPD: Das ist ja noch gar nicht vollzogen!)

Insgesamt aber hat Herr Kurz die richtigen Ausführungen gemacht. Ich sehe es zwar nicht ganz so, dass die Bilanz hervorragend ausgefallen wäre. Aber es hat sich schon einiges getan, und man kann das durchaus loben.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Die FDP/DVP sieht an drei Stellen noch erheblichen Bedarf und erkennt auch gute Chancen.

Das eine sind die Universitätsklinika. Da besteht ein erster Schritt darin, dass die nun mit größerem Freiraum ausgestatteten Universitätsklinika einzelne Bereiche nach außen vergeben. Man hat gestern deutlich gehört, dass ein wichtiger Punkt der Privatisierung natürlich auch der ist, dass man zum Beispiel nicht mehr am BAT hängt. Dadurch bieten sich ganz andere Chancen und Möglichkeiten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Stichelberger SPD: Schauen wir mal!)

Der zweite Punkt ist die Finanzierung im Straßenbau. Da gibt eine Pressemitteilung aus Berlin von gestern auch einen deutlichen Hinweis. Da lautet nämlich die Überschrift: „Stolpe: Mehr Autobahnen und Schulen privat finanzieren“. Weiter so, Herr Stolpe!

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Auch wir in Baden-Württemberg sollten prüfen, was da noch zu tun ist.

Dabei geht es uns bei den Schulen nicht nur um den Schulhausbau, sondern auch um die Trägerschaft. Da besteht wirklich ein gewaltiges Potenzial. In der Stellungnahme zu dem Antrag steht – ich habe es mir herausgesucht –, dass 340 allgemein bildende und 170 berufliche Schulen in freier Trägerschaft geführt werden. Bei den allgemein bildenden Schulen sind das exakt 7,4 %. Ich würde hier einmal als Zielwert für die nächsten zehn Jahre 20 % vorgeben.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Dann hätten wir einen vernünftigen Satz. Bei den beruflichen Schulen sind es jetzt schon 23 %, aber da kann es auch mehr werden. Wichtig dafür ist allerdings, dass wir das Thema „Förderung der Schulen in freier Trägerschaft“ endlich auf eine solide Basis stellen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Richtig! Zustimmung! – Abg. Drexler SPD: Dann macht es doch!)

Das ist eine wichtige Aufgabe.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Witzel GRÜNE – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abg. Berroth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Boris Palmer?

(Abg. Wieser CDU: Aber die Redezeit ist doch schon abgelaufen!)

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Nein, jetzt leider nicht, weil meine Redezeit ohnehin schon knapp ist.

(Abg. Drexler SPD: Nein! Sie will weiter vorlesen!)

Beim Gemeindefinanzrecht erwarten wir den Bericht der Landesregierung. Die Regierungsfaktionen werden dann, wie es Herr Kurz schon richtig angedeutet hat, daraus noch einige Konsequenzen ziehen müssen.

Insbesondere wird man den Bereich Daseinsvorsorge wieder klar und eng definieren müssen, weil inzwischen viele

(Heiderose Berroth)

Dinge, die früher nur der Staat anbieten konnte, auch von Privaten angeboten werden. Das muss man neu prüfen.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Ich fasse zusammen: Wir müssen den Begriff Subsidiarität mehr denn je ernst nehmen. Der Staat muss sich auf die Kernbereiche konzentrieren, und er muss delegieren, wo immer das möglich ist.

Eine Randbemerkung sei mir noch gestattet: Wenn Liberale „Privatisierung“ sagen, dann meinen sie den tatsächlichen Übergang und keine Scheinprivatisierung. Allein die Gründung einer GmbH reicht bei weitem nicht aus. Deshalb ist unser Wunsch an das Innenministerium – –

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, darf ich Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Ich komme zum Schluss, jawohl.

Mein Wunsch an das Innenministerium ist: Bleiben Sie dran! Dieses Thema ist für uns alle dringend notwendig.

(Abg. Drexler SPD: „Bleiben Sie dran!“)

Der Dank geht vor allem an Herrn Innenminister Schäuble.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU – Abg. Drexler SPD: „Bleiben Sie dran!“ – Heiterkeit)

Herr Minister Schäuble nimmt das Thema Privatisierung so ernst, dass er sich auch privat in diese Richtung entwickelt, wie man hört. Der Buschfunk hat mir zugetragen, dass dies heute seine letzte Rede hier sei.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Gestern wurde an dieser Stelle schon deutlich, dass unsere Fraktion das konstruktive Zusammenwirken mit Ihnen, Herr Schäuble, und Ihrem Haus sehr geschätzt hat. Wir wünschen Ihnen auch für Ihre künftigen Aufgaben von ganzem Herzen alles Gute und freuen uns heute schon darauf, Sie sicherlich von Zeit zu Zeit an anderen Orten wieder zu treffen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Berroth forderte eine dringend notwendige Offensive zur Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen. So dringend, wie sie das fordert, sehen wir das nicht.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das überrascht uns jetzt!)

Im Gegensatz zur Fraktion der FDP/DVP machen wir aus der Privatisierung kein Dogma.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wir auch nicht!)

Aber wir sagen: Dort, wo es sinnvoll ist, sind Privatisierungen wichtig, und wir sperren uns nicht dagegen. Im Antrag werden beispielsweise die Parkraumbewirtschaftung und die Popakademie angeführt. Das sind private Gesellschaften. Da ist etwas privatisiert worden. Das haben wir auch mitgetragen.

Wir haben in der Vergangenheit verschiedentlich diskutiert, dass sich der Staat auf die Kernaufgaben konzentrieren muss. Eine Aufgabenkritik ist notwendig, und auch aus Gründen der Haushaltszwänge sind Einsparungen durch Aufgabenabbau notwendig. Ein Weg dahin – ich betone: ein Weg – kann die Privatisierung sein. Wir haben schon in vergangenen Debatten gefragt: Warum muss sich das Land am Messewesen beteiligen? Kann man das nicht besser in private Hand geben? Warum muss der Flughafen Stuttgart mit vom Land betrieben werden?

(Abg. Drexler SPD: Wir haben die Privatisierung beantragt! Die FDP/DVP war dagegen!)

Können das nicht Private besser machen?

(Abg. Drexler SPD: Die FDP/DVP war dagegen!)

Das wären Möglichkeiten, bei denen wir sagen: Privatisierung, ja bitte.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Fischer SPD: Wo es um Geld geht! – Abg. Drexler SPD: Wir haben einen Antrag gestellt! Die FDP/DVP war dagegen!)

Es gibt andere Bereiche, bei denen man nicht privatisieren kann – in der Stellungnahme zu dem Antrag sind viele hoheitliche Aufgaben genannt, die nicht privatisiert werden können –, bei denen aber gespart werden kann, indem man etwas organisiert. Ich möchte als ein Beispiel das Mess- und Eichwesen in Hessen nennen. Dieses ist dort anders strukturiert, und zwar in öffentlicher Trägerschaft, und braucht unter dem Strich keinen Zuschuss. Das wäre auch ein Weg, den man gehen könnte, um den Haushalt zu sanieren.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Hofer FDP/DVP)

Das heißt unter dem Strich: Wir müssen jeweils sehr detailliert prüfen, ob eine Privatisierung richtig ist oder ob man darauf verzichten soll.

(Beifall der Abg. Boris Palmer GRÜNE und Hofer FDP/DVP)

Die Stellungnahme des Innenministeriums bietet ja vielfältige Hinweise, was alles bei dieser Entscheidung beachtet werden muss.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Lassen Sie mich abschließend noch einen Gedanken äußern: Wir Grünen sind klar dagegen, beim Privatisieren die Rosinen herauszupicken.

(Beifall der Abg. Boris Palmer GRÜNE und Hofer FDP/DVP)

(Dr. Witzel)

Das kann nicht angehen. Als ein Beispiel möchte ich das Handelsregister nennen. Das Führen des Handelsregisters ließe sich privatisieren. Aber es gibt beim Handelsregister auch verfahrensrechtliche Aufgaben, die geklärt werden müssen und die bei der Justiz bleiben müssen. Diese beiden Bereiche sind so verschränkt, dass eine Privatisierung keinen Sinn macht.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sie waren bisher so gut!)

Eine Privatisierung würde erstens dazu führen, dass dem Land Einnahmen verloren gingen. Zum Zweiten würde im öffentlichen Bereich doppelte Arbeit entstehen, und die Aufgabe würde komplexer. Daher lehnen wir hier eine Privatisierung ab.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Edith Sitzmann  
GRÜNE: Sehr richtig! – Abg. Wieser CDU: Wir wollen jetzt den Schäuble hören!)

Weil mein Kollege Boris Palmer vorhin das Stichwort Rothaus-Brauerei ansprach, lassen Sie mich auch dazu noch kurz Stellung nehmen: Zumindest für mich persönlich kommt eine Privatisierung von Rothaus nicht infrage.

(Beifall bei den Grünen, Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Abg. Sieber CDU: Sehr gut!)

Es ist ein ertragreiches Unternehmen. Zweitens ist die Rothaus-Brauerei ein wichtiger Arbeitgeber im ländlichen Raum, der eine wichtige strukturpolitische Aufgabe erfüllt. Das ist gut für unser Land, und wir sollten dafür sorgen, dass dies so bleibt.

(Beifall bei den Grünen, Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Zustimmung! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Da haben Sie doch meine volle Unterstützung!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Dr. Schäuble.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Wir klatschen erst nach der Rede! Erst nach der Rede! Also gut, klatschen wir ein bisschen mit! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Vorschuss!)

**Innenminister Dr. Schäuble:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei dem Thema Privatisierung denke ich zunächst einmal daran, wie sich hier die Diskussion in den letzten Jahrzehnten verändert hat. Ich habe jetzt über 20 Jahre – früher als Oberbürgermeister, später als Minister und Abgeordneter – hauptamtlich in der Politik gearbeitet. Ich kann mich noch gut erinnern: Mitte der Achtzigerjahre gab es im Bereich der Kommunalverwaltung schon große Diskussionen, wenn man etwa das Reinigungsgeschäft privatisieren wollte.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Die Diskussion hierüber hat sich mit immer größerer Rasanzenz und Dynamik weiterentwickelt.

Manchmal – und das ist, Herr Kollege Junginger, nicht als Alibi gedacht – scheint mir, man muss schon wieder aufpassen, dass man die Kirche noch im Dorf lässt.

(Abg. Junginger SPD: Gut! – Abg. Stichelberger SPD: Richtig!)

Ich sehe vor allem zwei Faktoren, die diesen ungeheuren Schub in der Diskussion zur Privatisierung hervorgebracht haben. Das eine sind die bekannten finanziellen Zwänge und die damit verbundene Erwartungshaltung, was alles möglicherweise durch eine Privatisierung erreichbar sein könnte. Das andere ist natürlich das immer stärker spürbar gewordene Wirken der EU, der EU-Kommission mit dem außerordentlich scharfen Gedanken des Wettbewerbs auf allen Gebieten, das ja durchaus auch für uns in Deutschland und damit auch in Baden-Württemberg manchmal mit mehr als einem Fragezeichen zu versehen ist. Dabei denke ich etwa an die Rolle der Sparkassen und an die Einflussnahme oder den Versuch der Einflussnahme seitens der EU. Die Sparkassen sind ja – damals im 19. Jahrhundert hat man es noch anders bezeichnet – letztendlich auch als ein Element der kommunalen Daseinsvorsorge geschaffen worden. Ich unterstütze dies schon und glaube auch, dass wir uns dieser Diskussion nicht entziehen können – das tun wir ja alle auch nicht – und dass noch Veränderungen auf uns zukommen werden, die wir uns früher nicht vorstellen konnten und die wir uns vielleicht auch heute noch gar nicht vorstellen können.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Aber es wird auch da darum gehen, dass man wie immer im Leben den goldenen Mittelweg findet. Deshalb ist es auch unerlässlich, diese Diskussion bei uns zu führen.

Ich will heute davon Abstand nehmen – ich glaube, das ist auch nicht das, was Sie von mir erwarten –, wieder buchhalterisch aufzulisten, wo sich die Landesregierung schon bemüht hat und was wir gemacht haben. Ich möchte mich wirklich auf einige wenige Hinweise beschränken. Wir haben ja auch – übrigens zum Teil jedenfalls auch auf Druck der beiden Fraktionen, die die Regierung unterstützen – im Rahmen der Verwaltungsreform noch einmal den Privatisierungsgedanken verstärkt. Ich erinnere an die lange Diskussion über die Frage, wie wir den Anteil der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure erhöhen können. Das hat sich ja letztlich auch im Gesetzentwurf bemerkbar gemacht.

Wir steuern als übernächste Lösung noch immer eine Privatisierung des Landesgewerbeamts an, und im Rahmen des Teils der Verwaltungsreform, der die Justiz betrifft, sind als Ziel ja auch Elemente aufgenommen worden – ich komme auf das eingangs Gesagte zurück –, die noch vor wenigen Jahren unvorstellbar gewesen wären.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Ich habe heute Mittag – das ist Zufall – an einer Diskussion über das Thema teilgenommen, inwieweit sich zum Beispiel auch Kommunen, um eine bessere Erfüllung ihrer öffentlich-rechtlichen Forderungen erreichen zu können, der Dienste von Inkassounternehmen bedienen können. Rechtlich gibt es viele, viele Fragezeichen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: UVG!)

(Minister Dr. Schäuble)

Aber wenn ich zum Beispiel sehe, wie unbefriedigend es für das Allgemeinwohl, für den Steuerzahler ist, dass so wenig Unterhaltsvorschüsse wieder zurückgeholt werden können,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

bin ich überzeugt, dass wir hier auch noch Diskussionen ausgesetzt werden, die man sich – ich wiederhole mich – vor nicht allzu langer Zeit noch gar nicht hätte vorstellen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wenn man etwas erreichen will, dann ist es nach meiner Erfahrung sehr hilfreich, wenn man sich ein bestimmtes Gebiet vornimmt, das auch gewisse Flaggschiffeigenschaften hat, und dort etwas erreicht. Ich sage zum Beispiel übrigens auch an unsere, an meine Adresse, zum Uralthema Entbürokratisierung, bei dem wir ja – aber nicht nur wir hier in Baden-Württemberg, sondern überall – auf der Stelle treten: Wenn es gelänge, dass wenigstens einmal das Steuerrecht – ich rede jetzt nicht über das Absenken der Steuersätze – nicht mehr so kompliziert wäre, dann wäre dies auch ein Durchbruch, weil man dann bei vielen anderen Rechtsgebieten an die Adresse der dort Verantwortlichen sagen könnte: Die haben es ja auch geschafft; warum dann nicht ihr? Aber auch da bekommt man ja, wenn man die Diskussion verfolgt, wieder Sorge, ob am Schluss nicht der berüchtigte Berg nur das kleine Mäuslein gebiert.

Ein ähnliches Flaggschiff bei der Privatisierungsdiskussion könnte jetzt sein, was Herr Kollege Junginger vorhin noch einmal nachgefragt hat: Es wäre aufgrund der symbolhaften Bedeutung schon hochinteressant, wenn es zum Beispiel gelänge, im Zulassungswesen bei Kraftfahrzeugen Private – sprich die Händler; dann kann man ja sortieren, wem man es anvertraut und wem nicht, und jeder wird sich bemühen, dann bei den Guten zu sein, weil es anderenfalls für ihn auch geschäftlich sehr schlecht wäre – zuzulassen und in diesem Bereich einen Durchbruch zu erreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das haben wir ja auch im Innenausschuss diskutiert, und deshalb wiederhole ich das dort Gesagte: Die Bereitschaft hierfür wäre wohl vorhanden. Aber noch ist auf der Bundesländer-Ebene nicht ersichtlich, dass die bundesrechtlichen Änderungen, die man dazu bräuchte, geschaffen werden. Es wäre aber wichtig, in irgendeinem Bereich einmal einen richtig dicken Punkt zu setzen, damit dies Vorbildwirkung für andere Bereiche erzielt.

Wenn ich noch einmal auf das Thema Aufgabenabbau kommen darf, mit dem Sie mich in den letzten Wochen auch in den Ausschusssitzungen immer wieder etwas herausgefordert haben: Ich sage auch heute als Schlusspunkt, dass ich mir natürlich gewünscht hätte, dass wir insgesamt mehr erreichen. Aber auch das ist nichts Neues. Wir haben in Baden-Württemberg alles im Blick, auch das, was im gesamten Bundesgebiet geschieht. Es ist auch richtig, dass man voneinander lernen will. Es ist aber überall das Gleiche: Man kommt da noch nicht richtig voran.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Seltenreich?

**Innenminister Dr. Schäuble:** Ja, gerne, aber ich möchte meinen Satz noch beenden.

Ich bin davon überzeugt – ohne die Diskussion, die wir gestern sehr lange geführt haben, noch einmal aufwärmen zu wollen –, dass es in der öffentlichen Verwaltung ohne einen massiven Sparzwang nicht zu einem Aufgabenabbau kommen wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Alles andere wäre, glaube ich, weltfremd.

Eines ist auch ganz klar – das hat dann schon mit den künftigen Strukturen nach der Verwaltungsreform zu tun; Herr Kollege Birzele, als mein Vorgänger darf ich Sie ansprechen, denn das war ja auch bei Ihnen ein Thema –: Wenn wir die Fachabteilungen gefragt haben, was sie sich zum Thema Aufgabenabbau in ihrem Bereich vorstellen könnten, dann war die Antwort von vornherein klar: Entweder können sie sich überhaupt keinen Aufgabenabbau vorstellen, oder sie schlagen vor, Aufgaben abzubauen, die nun wirklich kein Mensch abbauen kann.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Es ist immer das Gleiche. Deshalb müssen wir da schon die Strukturen ändern. Ich füge aber noch einmal hinzu: Ohne Sparzwang wird das nicht gehen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ganz genau!)

Jetzt, bitte, Ihre Zwischenfrage.

**Abg. Seltenreich SPD:** Herr Innenminister, das ist heute Ihre letzte Rede. Es ist also auch meine letzte Gelegenheit, Sie in diesem Rahmen etwas zu fragen.

(Heiterkeit – Zuruf: Das ist aber keine Einladung!)

Sie haben jetzt – sehr lyrisch – eine Reihe von Punkten genannt; dazu ganz konkret die Frage: Was haben Sie getan, um bis zum 30. Juli 2004 eine Antwort auf die europäische Initiative zu dem „Grünbuch zu öffentlich-privaten Partnerschaften und den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für öffentliche Aufträge und Konzessionen“ zu geben?

Vor allem: Wie wollen Sie in dieser Zeit noch das Parlament beteiligen? Wenn wir hier einerseits zum Beispiel über die Frage gemeinsamer Finanzierung diskutieren und andererseits über die Frage, welche Bereiche wir an Private abgeben könnten, finde ich es schon erstaunlich, dass der Prozess in der Europäischen Gemeinschaft den ganzen Tag über keinen Eingang in diese Debatte gefunden hat. Da möchte ich einmal wissen, wie jetzt der parlamentarische Verlauf aussehen soll. Wir haben im Landtag ja leider keinen Europaausschuss, aber ich denke, diese Frage werden Sie mir noch erlauben.

**Innenminister Dr. Schäuble:** Ich habe zu Beginn meiner Rede darauf hingewiesen, dass einer der Gründe, weshalb zur Privatisierung eine so rasante Diskussion entstanden ist, schon auf das massive Vorgehen der Europäischen Union zurückzuführen ist.

Aber lassen Sie mich das – zugegebenermaßen etwas pauschal – noch einmal aufgreifen. Auch das hängt jetzt mit dem Aufgabenabbau und der Privatisierung zusammen. Logisch betrachtet, haben wir eine klare Reihenfolge: Aus unserer Sicht wäre ein wirklicher Aufgabenabbau, also der ersatzlose Abbau einer Aufgabe, das Beste. Ich räume durchaus ein – aber es muss ja auch für spätere Minister noch etwas zu tun geben –: Da ist noch nicht allzu viel erreicht worden. Nur weise ich – nicht als Entschuldigung, sondern feststellend – darauf hin: Da ist noch nirgendwo in Deutschland viel erreicht worden. Aber das wäre eigentlich das Optimale.

Erst dann kommt nach logischen Gesichtspunkten die zweite Frage. Wenn man nämlich auf die Wahrnehmung einer Aufgabe nicht verzichten kann, dann wird es Bereiche geben – und diese Bereiche sind in der Diskussion inzwischen gewaltig angewachsen –, bei denen man sich fragen kann: Muss das der Staat erledigen, oder kann diese Aufgabe, wenn sie noch jemand erledigen muss, auch ein Privater übernehmen?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau!)

So sollte die Reihenfolge sein.

Dann wird sich in diesem Zusammenhang natürlich auch eine andere Frage stellen. Wenn man auf den vollständigen Abbau einer Aufgabe nicht verzichten kann, dann wird, bevor gar nichts geschieht, auch noch die Frage diskutiert werden müssen, ob man die Aufgabe nicht wenigstens zurückfahren kann.

Erst am Schluss – in dieser Reihenfolge finde ich es logisch – kommt dann die Frage: Wenn weder ein Aufgabenabbau noch eine Privatisierung stattfinden kann, wer innerhalb des Staates – gesamter Staatsaufbau einschließlich der Kommunen – nimmt die Aufgabe dann wahr? Da haben wir den Grundsatz – und auch darüber ist in der Diskussion über die Verwaltungsreform oft gesprochen worden –: Wenn irgendwie möglich, soll diese Aufgabe nach dem Subsidiaritätsprinzip möglichst weit unten angesiedelt werden.

Deshalb muss ich einfach feststellen: Die Privatisierung und der Aufgabenabbau sind Gebiete, in denen eine heftige Diskussion eingesetzt hat. Erreicht hat man in ganz Deutschland – und damit eben auch bei uns – bisher noch nicht allzu viel. Es ist alles sehr überschaubar. Das heißt natürlich wiederum auch zwingend, dass wir – Sie – am Ball bleiben müssen.

Damit, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Schluss einfach noch einige persönliche Bemerkungen, da dies meine letzte Rede als Innenminister vor diesem hohen Haus ist. Ich möchte mich beim ganzen Landtag von Baden-Württemberg für die vieljährige kollegiale Zusammenarbeit sehr herzlich bedanken.

Sie werden bitte verstehen, dass mein erster Dank an die Adresse meiner eigenen Fraktion mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Günther Oettinger geht. Ich danke meiner Fraktion für die langjährige Unterstützung. Ich danke dafür, dass ich immer von der Fraktion getragen und in einigen wenigen Fällen auch ertragen worden bin, und weiß dies außerordentlich zu schätzen.

Ich möchte mich auch bei der Fraktion der FDP/DVP mit ihrem neuen Fraktionsvorsitzenden Dr. Noll ganz herzlich für die partnerschaftliche Zusammenarbeit bedanken, ebenso bei ihrem innenpolitischen Sprecher, Herrn Dr. Glück, dem ich, wie viele von uns in diesem hohen Haus, menschlich sehr verbunden bin.

Ich darf in diesen Dank – nicht nur, weil es guter Brauch ist, sondern weil es auch meiner Einstellung entspricht – auch die Opposition einbeziehen: die große Oppositionsfraktion, die SPD, mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Drexler, mit ihrem innenpolitischen Sprecher Junginger und mit meinem Vorgänger in der gemeinsamen Zusammenarbeit in der großen Koalition, an die ich auch gerne zurückdenke, Herrn Kollegen Birzele, dessen – Sie werden mir diese Bemerkung gestatten; sie ist freundlich gemeint – unerbittliche Gründlichkeit ich damals immer bewundert habe.

Ich darf in diesen Dank auch die Fraktion GRÜNE einbeziehen. Natürlich sind wir – das liegt in der Natur der Sache – oft unterschiedlicher Meinung gewesen. Aber fast immer erfolgten die Auseinandersetzungen fair und angemessen, eben so, wie es dem demokratischen Stil entspricht.

Wir alle hoffen und werden gemeinsam dafür kämpfen, dass die Demokratie diese Republik auch in schwerer werdenden Zeiten auf Kurs hält. In diesem Sinne darf ich mich noch einmal ganz herzlich für die gemeinsame Zusammenarbeit bedanken.

(Die Abgeordneten aller Fraktionen spenden stehend anhaltenden Beifall.)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister Dr. Schäuble, im Namen des hohen Hauses darf ich Ihnen sehr herzlich danken für Ihren jahrelangen engagierten Einsatz hier im Parlament, für Ihre Offenheit anderen Positionen gegenüber und in diesem Zusammenhang auch für Ihre Debattierfreude, die Sie immer an den Tag gelegt haben. Ganz besonders aber möchte ich Ihnen für das hohe Maß an Loyalität danken, das Sie diesem Hause immer entgegengebracht haben.

Ich wünsche Ihnen im Namen aller Abgeordneten alles Gute, und ich gehe davon aus, dass, wenn sich Ihre Wünsche erfüllen, der Kontakt der Damen und Herren Abgeordneten zu Ihnen nicht abreißen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen – Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/2326, ist durch die Aussprache erledigt.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung abgeschlossen.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Wir kommen zu **Punkt 9** der Tagesordnung:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 8. Juni 2004 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Baden-Württemberg über die Zugehörigkeit der Apotheker, Apothekerassistenten und Pharmaziepraktikanten des Landes Baden-Württemberg zur Bayerischen Apothekerversorgung – Drucksachen 13/3257, 13/3270**

**Berichterstatter: Abg. Döpfer**

Die Fraktionen sind übereingekommen, hierüber keine Aussprache zu führen.

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Jawohl!)

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/3279, 13/3287, 13/3288, 13/3289**

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/3239**

Auch hier stelle ich gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung die Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

(Abg. Wieser CDU: Das ist aber schade!)

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, dem 14. Juli 2004, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 16:56 Uhr**

## **Vorschlag**

der Fraktion der FDP/DVP

### **Umbesetzung im Präsidium**

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Präsidium	ordentliches Mitglied	Pfister	Dr. Noll

01. 07. 2004

Dr. Ulrich Noll und Fraktion